



Bundesverband RIAS e.V.
Bundesverband der Recherche- und
Informationsstellen Antisemitismus

Rechtsextremismus und Antisemitismus

Historische Entwicklung
und aktuelle Ausdrucksformen.

Impressum

Rechtsextremismus und Antisemitismus ist Teil der Reihe
Analysen antisemitischer Phänomene *des Bundesverbands RIAS.*

Herausgeber

Bundesverband der Recherche- und
Informationsstellen Antisemitismus e. V.
(Bundesverband RIAS)

Gleimstraße 31, 10437 Berlin
Telefon: 030 509 31 19 10
presse@rias-bund.de

ISSN 2944-6147

V. i. S. d. P.: Benjamin Steinitz, Bundesverbands RIAS

Redaktion Bundesverband RIAS

Layout und Grafik gegenfeuer.net

Druck Senser Druck

Lektorat Julia Roßhart

Bildnachweis Die Bildrechte verbleiben beim
Bundesverband RIAS bzw. für Fotos auf den Seiten
auf den Seiten 29 und 43 bei Nico Kuhn.

Urheberrechtliche Hinweise © Copyright 2024
Bundesverband der Recherche- und Informations-
stellen Antisemitismus e. V. (Bundesverband RIAS).
Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird
für nicht kommerzielle Zwecke kostenlos zur Ver-
fügung gestellt. Der Herausgeber behält sich das
Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Herausgebers gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt der Herausgeber keine Gewähr. Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalt der Herausgeber keinen Einfluss hat. Deshalb kann dieser für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der angegebenen oder verlinkten Seiten sind die jeweiligen Anbieter_innen oder Betreiber_innen der Seiten verantwortlich. Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Vorwort	4
<i>Benjamin Steinitz</i>	
<hr/>	
1. Einleitung	8
<hr/>	
2. Antisemitismus im Rechtsextremismus: Der gemeinsame Nenner	12
<i>Gideon Botsch</i>	
<hr/>	
3. Terrorismus, Polit-Aktivismus und Alltagskultur: Rechtsextreme antisemitische Vorfälle in Deutschland 2019–2023	26
<i>Daniel Poensgen</i>	
<hr/>	
4. Die Alternative für Deutschland und Antisemitismus	60
<i>Julius Gruber</i>	
<hr/>	
5. Der arabisch-israelische Konflikt in der rechten Publizistik	92
<i>Mika Pérez Duarte, Dana Fuchs, Julius Gruber und Vera Henßler</i>	
<hr/>	
6. Fazit	110
<hr/>	
Literaturverzeichnis	114
<hr/>	

Vorwort

Benjamin Steinitz
Geschäftsführer des Bundesverbands RIAS

Am 5. November 2024 fanden an 20 Orten in Deutschland, Polen und Österreich Hausdurchsuchungen bei Rechtsextremen statt – unter ihnen auch mehrere Mitglieder der Alternative für Deutschland (AfD). Laut Bundesanwaltschaft bereiteten sie sich unter dem Kürzel SS (Sächsische Separatisten) auf die Besetzung von Teilen Sachsens an einem „Tag X“ vor. Die Aufdeckung einer rechtsterroristischen Vereinigung, die wie viele andere vor ihr den Aufbau einer antisemitischen und rassistischen Gesellschaftsordnung nach dem Vorbild des Nationalsozialismus anstrebt, wird durch die bundesdeutsche Öffentlichkeit fast nur noch beiläufig zur Kenntnis genommen.

Wie tief und dauerhaft antisemitische Vernichtungsabsichten, positive Bezugnahmen auf die Schoa und aggressive Erinnerungsabwehr in der rechtsextremen Praxis verankert waren und sind, belegen zahlreiche Ereignisse: Die Morde an Frieda Poeschke und Shlomo Lewin im Jahr 1980 in Erlangen, sowie die Bombenanschläge gegen zwei Sendemasten im Jahr 1979 durch Rechtsterroristen – mit denen die Ausstrahlung der Serie „Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss“ verhindert werden sollte – zeugen davon. Auch beim Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) stellten Ermittlungsbehörden 277 Adressen jüdischer Einrichtungen sicher. Ebenfalls richteten sich Mitte der 1990er Jahre mehrere, schwere Straftaten aus dem Umfeld des später gegründeten NSU direkt gegen Ignatz Bubis, den verstorbenen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland. Der zu lebenslanger Haft verurteilte Attentäter von Halle und Wiedersdorf gab ohne Reue vor Gericht an, dass es seine Absicht war, an dem höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur so viele Jüdinnen_Juden wie möglich zu ermorden und damit die Ursache für andere gesellschaftliche Entwicklungen, wie Migration und die Gleichstellung von Frauen, bekämpfen zu wollen.

Seit der genozidalen Gewalt der Hamas und anderer Terrorgruppen am 7. Oktober 2023 in Israel werden Jüdinnen_Juden auch in Europa zunehmend in allen Lebensbereichen aus unterschiedlichen politischen Milieus angefeindet, bedroht und angegriffen. Dominiert der antiisraelische Aktivismus seit dem 7. Oktober 2023 erstmals das bundesweite Vorfalleschehen, wurden in der Folge auch rechtsextreme Vorfälle mit Bezug zu den Massakern des 7. Oktobers registriert: An einem rechtsextremen Szenetreff in Dortmund wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Der Staat Israel ist unser Unglück“ aufgehängt; in der NS-Gedenkstätte Ahlem in Hannover wurden Dutzende Sticker mit Slogans wie „Befreie Dich vom Schuld kult“ „Free Palestine. End Israeli Occupation“, „Fuck You Israel“ und „Israel mordet und die Welt schaut zu“ angebracht. Einige von Ihnen verweisen auf die Jugendorganisation der Partei „Die Heimat“ (vormals NPD).

Die Beobachtungen vom Bundesverband RIAS zeigen, dass durch rechtsextreme, verschwörungsideologische, aber auch israelfeindliche Mobilisierungen – sowohl im Kontext von Versammlungen als auch in Sozialen Netzwerken – permanent Inhalte verfügbar sind, die zur Normalisierung antisemitischer und antidemokratischer Narrative beitragen. Die bedrückenden Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg sowie der Europawahl spiegeln die zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz für revanchistische Geschichtsbilder, Antiamerikanismus, Minderheitenfeindliche Programmatik und regressive Elitenkritik wider, wie sie in dieser Publikation bei der Alternative für Deutschland aufgezeigt werden.

Die jüngst veröffentlichte Leipziger Autoritarismus-Studie belegt erstmals weitere besorgniserregende Entwicklungen: Die Zustimmung zu und Verbreitung von Formen antisemitischer Schuldabwehr auch außerhalb rechtsextremer Milieus. So stimmen 47 % der deutschen Bevölkerung dem seit dem 7. Oktober 2024 vielfach wahrnehmbaren Slogan „Free Palestine from German Guilt“, den die Studienautor_innen in leicht abgewandelter Form als „postkolonialen Antisemitismus“ charakterisieren, mindestens teilweise zu. Zwar wiesen laut der Autoritarismus-Studie die Anhänger_innen der AfD bei dieser Form des Antisemitismus die höchsten Zustimmungswerte auf, doch wurde der genannte Slogan im Kontext israelfeindlicher Versammlungen vorwiegend aus dem studentisch geprägten Milieu des antiisraelischen Aktivismus und der antiimperialistischen Linken propagiert.

In derselben Studie stimmten sogar über 60% der Befragten der Forderung nach einem Schlussstrich in Bezug auf die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seiner Verbrechen zu. Wie unsere Kolleg_innen von RIAS Bayern bereits 2022 völlig richtig feststellten, sieht sich Erinnerung an die Schoa gegenwärtig multidirektionalen Angriffen ausgesetzt.

Es mag daher kaum verwundern, dass die Aufdeckung eines antisemitischen Flugblatts – das die Opfer der Schoa verhöhnnte und im Duktus neonazistischer Organisationen verfasst war – welches Hubert Aiwanger in den 1980er Jahren verbreitet haben soll, seinem Erfolg keinem Abbruch tat. Nur wenige Wochen nach der Enthüllung stimmten bei den bayerischen Landtagswahlen im Jahr 2023 mehr als zwei Millionen Wahlberechtigte für seine Partei, die Freien Wähler. Aiwanger blieb weiterhin als stellvertretender Ministerpräsident der Bayerischen Landesregierung im Amt.

Jüdische Organisationen auf der ganzen Welt sind nicht nur ständiges Ziel rechts-extremer, islamistischer und anderer antidemokratischer Akteure, sondern sie sind regelmäßig auch die ersten und lautesten Stimmen, die antidemokratische Tendenzen benennen und konsequent verurteilen, auch wenn sie selbst nicht direkt adressiert sind.

Zu der Bundestagswahl 2021 riefen mehrere Dutzende jüdische Organisationen – zuletzt auch die jüdischen Landesverbände vor den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen 2024 – dazu auf, der AfD keine Stimme zu geben. In aller Deutlichkeit hieß es schon in einer Erklärung von 2018: „Eine Partei, die außer Hass und Hetze keinerlei gangbare Lösungen für die aktuellen Herausforderungen unserer Gesellschaft anzubieten hat, kann für niemanden eine Alternative sein. Kein Bürger dieses Landes, dem unsere Demokratie am Herzen liegt, kann sich mit dieser Partei identifizieren. Die Partei ist ein Fall für den Verfassungsschutz, keinesfalls aber für Juden in Deutschland.“

Die vorliegende Publikation liefert erstmals eine umfassende Auswertung antisemitischer Vorfälle mit einem rechtsextremen Hintergrund zwischen 2019 – 2023. Sie stellt damit wichtige Informationen für den Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus bereit.

Ich fordere angesichts der klar sichtbaren gegenwärtigen und zukünftigen Gefahren, die von rechtsextremen Bestrebungen innerhalb und außerhalb der Parlamente ausgehen, alle demokratischen Akteur_innen auf, sich konsequent gegen diese, aber auch solche antisemitischen Narrative, die in den eigenen Reihen verfangen, zu positionieren.

Ich hoffe, diese Publikation leistet hierfür einen Beitrag.

Ich danke allen Autor_innen, insbesondere Prof. Gideon Botsch, dem antifaschistischen pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. und meinen Kolleg_innen, insbesondere Till Hendlmeier, Daniel Poensgen, Julius Gruber und Marco Siegmund für die wertvolle Arbeit und gute Zusammenarbeit.

1. Einleitung

Der Terrorangriff der Hamas auf die israelische Bevölkerung am 7. Oktober 2023 stellt für viele Jüdinnen_Juden weltweit eine Zäsur dar. Die Massaker, bei denen mehr als 1.150 Menschen ermordet und über 240 in den Gazastreifen verschleppt wurden, teilen das Erleben von Jüdinnen_Juden in ein Davor und ein Danach.¹ Durch den 7. Oktober und die antisemitischen Reaktionen weltweit veränderte sich das Leben von Jüdinnen_Juden schlagartig.² Antisemitismus ist in der deutschen Öffentlichkeit in einer nach der Schoa kaum gekannten Quantität und Qualität sichtbar. Für das Jahr 2023 dokumentiert der Bundesverband RIAS 4.782 antisemitische Vorfälle. Das stellt einen Anstieg um circa 83 % im Vergleich zum Vorjahr dar.³ 58 % der Vorfälle 2023 ereigneten sich nach dem Terrorangriff der Hamas.⁴ Auch das Bundeskriminalamt hält für das Jahr 2023 mit 5.164 Delikten eine deutliche Zunahme an antisemitischen Straftaten fest und führt diese auf den 7. Oktober zurück.⁵

Alltagsprägende Erfahrungen von Antisemitismus, die Jüdinnen_Juden in Deutschland seit Jahren machen, haben sich enorm verstärkt. Sie sind ständig damit konfrontiert, ihre jüdische Sichtbarkeit und ihre eigene Sicherheit gegeneinander abwägen zu müssen. Viele von ihnen vermeiden aus Sorge vor antisemitischen Vorfällen das Tragen von Symbolen, die sie als jüdisch erkennbar machen würden, oder bestimmte Orte wie den Arbeitsplatz oder die Universität, oder sie ziehen sich (noch weiter) aus dem öffentlichen Leben zurück.⁶ Die psychische Belastung von Jüdinnen_Juden in Deutschland zeigt sich deutlich am Anstieg des Beratungsaufkommens der Beratungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung OFEK e.V.: Im ersten halben Jahr nach dem 7. Oktober verzeichnete die Beratungsstelle mehr Anfragen als in ihrem gesamten Bestehen seit 2017.⁷

1 RIAS Bund: Jahresbericht: Antisemitische Vorfälle in Deutschland im Jahr 2023. Berlin 2024, S. 5. https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2023.pdf (Zugriff am 30.07.2024).

2 Marina Chernivsky / Friederike Lorenz-Sinai: Der 7. Oktober als Zäsur für jüdische Communities. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 25–26/2024 (Hefthema: Antisemitismus), S. 19–22, hier S. 20.

3 RIAS Bund: Jahresbericht 2023, S. 5.

4 RIAS Bund: Jahresbericht 2023, S. 39.

5 BKA: Bundesweite Fallzahlen 2023. Politisch motivierte Kriminalität, 21.05.2024, S. 12. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2024/pmk2023-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (Zugriff am 30.07.2024).

6 RIAS Bund: Jahresbericht 2023, S. 46.

7 OFEK: Beratung im Krisenmodus: Update zur Beratungsstatistik von OFEK e.V. im 1. Halbjahr nach dem 7. Oktober 2023. 2024, S. 1. <https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2024/04/240417-OFEK-sechs-Monate-nach-7-Oktober-%E2%80%93Auswertung.pdf> (Zugriff am 30.07.2024).

Der 7. Oktober wirkt sich nicht nur direkt und indirekt auf die Lebenswirklichkeit von Jüdinnen_Juden weltweit aus, sondern prägt auch die Debatte über Antisemitismus. Öffentliche Auseinandersetzungen um Antisemitismus in Deutschland drehen sich seitdem vor allem um linken/antiimperialistischen und islamischen/ islamistischen Antisemitismus; beispielhaft zu nennen sind die großen Debatten um studentische Protestcamps,⁸ um Antisemitismusklauseln für den Kunstbetrieb⁹ oder um das neue Staatsangehörigkeitsgesetz.¹⁰ Der Antisemitismus aus dem Milieu der extremen Rechten spielt in medial-öffentlichen Debatten dementsprechend eine verminderte Rolle seit dem 7. Oktober. Auch die Frage, wie sich Akteur_innen der extremen Rechten zum Terrorangriff verhalten und inwiefern sie seitdem antisemitisch in Erscheinung treten, wurde bislang wenig adressiert.

Antisemitismus ist, wie die Analysen des Bundesverbands RIAS belegen, ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das eine umfassende Betrachtung aller politisch-weltanschaulichen Milieus erfordert. Dennoch nimmt das rechtsextreme Spektrum eine Schlüsselrolle im deutschen Antisemitismus ein.

Antisemitismus ist, wie die Analysen des Bundesverbands RIAS belegen, ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das eine umfassende Betrachtung aller politisch-weltanschaulichen Milieus erfordert. Dennoch nimmt das rechtsextreme Spektrum eine Schlüsselrolle im deutschen Antisemitismus ein. Insgesamt wies der Bundesverband RIAS im Auswertungszeitraum von 2019 bis 2023 die Mehrheit zuordenbarer antisemitischer Vorfälle einem rechtsextremen Hintergrund zu. Erst die Ereignisse des 7. Oktobers verschoben diese Konstellation, wobei rechtsextrem motivierte Vorfälle über den gesamten Zeitraum des systematischen

8 Nathalie Daiber, Silvio Duwe, und Marie Röder, „Links, radikal, antisemitisch – Woher kommt der Judenhass?“, *Kontraste Reporter* (Berlin, 15. Mai 2024), <https://www.rbb-online.de/doku/kontraste-die-reporter/links-radikal-antisemitisch-woher-kommt-der-judenhass.html> (Zugriff am 30.07.2024)..

9 Dirk Peitz, „Der Berliner Weg, den Antisemitismus in der Kunst zu beseitigen“, *Zeit Online*, 7. Januar 2024, <https://www.zeit.de/kultur/2024-01/antisemitismus-klausel-kulturfoerderung-berlin-joe-chialo-offener-brief>. (Zugriff am 30.07.2024).

10 Max Kolter, „So will die Ampel die Einbürgerung von Antisemiten verhindern“ (Legal Tribune Online, 24. Januar 2024), <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/antisemitismus-antisemitisch-staatsangehoerigkeit-einbuergerung-ampel-straftat-bekennnis-israel>.(Zugriff am 30.07.2024).

Monitorings dennoch am häufigsten dokumentiert wurden.¹¹ Ein charakteristisches Merkmal des rechtsextremen Antisemitismus ist seine ausgeprägte Gewaltbereitschaft. Dies spiegelt sich ebenso in der Dokumentation antisemitischer Vorfälle wider. Zwischen 2019 und 2023 wiesen sechs antisemitische Vorfälle extremer Gewalt einen rechtsextremen Hintergrund auf. Der Terroranschlag in Halle und Wiedersdorf 2019 exemplifizierte diese Gewaltaffinität der extremen Rechten besonders drastisch und markiert für viele Betroffene einen Einschnitt. Dennoch war die existentielle Bedrohung durch Rechtsextreme für jüdische Gemeinschaften nichts neues. Einige Reaktionen aus Bundes- und Landespolitik zeigten, dass dieses Wissen innerhalb der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft fehlte. Die jüngsten Wahlerfolge der AfD bei den Landtagswahlen 2024 in Sachsen, Thüringen und Brandenburg unterstreichen die Dringlichkeit einer vertieften Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Antisemitismus. Vor diesem Hintergrund widmet sich die vorliegende Broschüre in vier Abschnitten den aktuellen Ausprägungen des Antisemitismus innerhalb der extremen Rechten.

Für die extreme Rechte in Deutschland stellt Antisemitismus die zentrale verbindende Ideologie dar. Dies zeigt **Gideon Botsch**, indem er die Entwicklung des Antisemitismus in der extremen Rechten nach 1945 nachzeichnet und analysiert. Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund sind zentraler Bestandteil eines genauen Lagebildes zu Antisemitismus. **Daniel Poensgen** analysiert antisemitische Vorfälle aus dem rechtsextremen Milieu, die den Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) in den Jahren 2019 bis 2023 bekannt wurden. Dabei zeigt er auf, wie konstant antisemitische Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund in diesen Jahren waren. **Julius Gruber** untersucht die Alternative für Deutschland (AfD) als rechtsextreme Partei mit parlamentarischer Verankerung. Dabei nimmt er antisemitische Narrative und Ideologeme in der Partei in den Blick und legt den Geschichtsrevisionismus und verschwörungsideologische Erzählungen innerhalb der AfD dar. Anschließend widmen sich **Mika Pérez Duarte, Dana Fuchs, Julius Gruber und Vera Henßler** der Frage, wie in der rechten Publizistik der Terrorangriff der Hamas und die nachfolgenden Entwicklungen verhandelt werden.

11 Julius Gruber / Bianca Loy / Daniel Poensgen, Antisemitische Vorfälle nach den Massakern der Hamas am 7. Oktober. Die Rolle von Gelegenheitsstrukturen für das antisemitische Vorfalleschehen in Deutschland, Berlin 2023. https://report-antisemitism.de/documents/2024-05-17_Working-Paper-01-23_Antisemitische-Vorfaelle-nach-den-Massakern-der-Hamas-am-7-Oktober.pdf. (Zugriff am 30.07.2024).

2. Antisemitismus im Rechtsextremismus: Der gemeinsame Nenner

Gideon Botsch

Als die Bundesministerin des Innern, Nancy Faeser, am 16. Juli 2024 ein Verbot der Compact GmbH auf Grundlage des Vereinsrechts aussprach¹², begründete sie den Schritt unter anderem damit, das von Compact betriebene Medienkonglomerat hetze „auf unsägliche Weise gegen Jüdinnen und Juden“. Compact vermittelte, so stellt die Verbotsbegründung heraus, „einen politischen Antisemitismus und das Bild eines im Verborgenen machtausübenden jüdischen Kollektivs“. Durch die „selektive Aufzählung elitärer und einflussreicher Positionen“ werde das „antisemitische Narrativ einer jüdischen Elite aus Medien, Politik und dem Finanzsektor vermittelt“.¹³ Manche Beobachter_innen der politischen Landschaft mochten sich über diese Verbotsgründe wundern. Spielt denn Antisemitismus im Rechts-Extremismus noch eine so große Rolle? Ist nicht an seine Stelle eine militante, rassistische Feindschaft gegenüber Migrant_innen getreten? Und zeigen sich nicht zunehmend sympathisierende Stellungnahmen gegenüber Israel und Bekenntnisse zum Schutz jüdischen Lebens, vor allem gegenüber muslimischen Migrant_innen und der politischen Linken? Gilt dies nicht gerade für die sogenannte Neue Rechte, der Compact (fälschlich) oft zugerechnet wird?

Die Aktivitäten von Compact beweisen indes eindrücklich, welche hohe Bedeutung der Antisemitismus in der Weltanschauung und Agitation der extremen Rechten bis heute hat. Der deutsche Fall unterscheidet sich damit mehr als nur graduell von jenen Rechtsaußenkräften inner- und außerhalb Europas, die sich zumindest oberflächlich von Antisemitismus absetzen, sich demonstrativ an die Seite Israels stellen und sich teilweise sogar für Jüdinnen_Juden öffnen. Zwar ließen sich auch in Deutschland seit Mitte der 2000er-Jahre innerhalb der radikalen Rechten vermehrt Kräfte erkennen die mit lange gepflegten antijüdischen Prämissen brachen und sich ganz auf „den Islam“ als Hauptfeind konzentrierten. Auch in der Alternative für Deutschland (AfD) waren solche Positionen vertreten. Inzwischen aber sind inner- wie außerhalb der Partei Akteur_innen, die explizit positiv auf Israel Bezug nehmen oder das Judentum für ein antimuslimisches, christlich-abendländisches Erbe vereinnahmen wollen, wieder weniger wahrnehmbar als noch vor einem Jahrzehnt. In der AfD haben sie mit der Radikalisierung der Partei immer weniger Raum. Dafür sprechen auch die Reaktionen auf den Überfall der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023.¹⁴

12 Anmerkung der Redaktion: Das Bundesverwaltungsgericht hat das Verbot des Compact Magazins am 14. August 2024 vorläufig außer Vollzug gesetzt. Das Magazin darf damit vorläufig weiter erscheinen (Stand: November 2024).

13 Auszug aus der Verbotsverfügung des Bundesministeriums des Innern, Abschnitt „Gründe“, Kopie im Archiv der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle (EJGF).

14 Siehe auch den Beitrag von Gruber sowie den Beitrag von Duarte, Fuchs, Gruber und Henßler in der vorliegenden Broschüre.

Antisemitismus im Wandel

Antisemitismus ist ein steter Begleiter des Rechtsextremismus in Deutschland. Seine zentrale Funktion besteht darin, dass er sozusagen als *gemeinsamer Nenner* wirkt, durch den sich die verschiedenen ideologisch-weltanschaulichen Elemente des Rechtsextremismus, seine Feindbilder und Vorurteile, *brechen* lassen. Antisemitismus integriert damit die extreme Rechte in weltanschaulich-politischer Hinsicht.

Mit Antisemitismus mobilisiert wurde allerdings nicht immer lautstark. Das Motiv konnte phasenweise in den Hintergrund treten, antisemitische Aussagen konnten vermieden werden. Auch gilt: Wie die Judenfeindschaft insgesamt einen Wandel durchlief, so partizipierte auch der Rechtsextremismus in doppelter Hinsicht an diesem Wandel. Erstens blieb der rechtsextreme Antisemitismus nicht unbeeinflusst von jenen Entwicklungen in der Judenfeindschaft, die sich außerhalb des rechten Lagers vollzogen. Zweitens beeinflusste er seinerseits Wandlungsprozesse in der Judenfeindschaft, da er viel breiter wirkte als nur in der eigenen Basisklientel.

Rechtsextreme berufen sich nicht nur auf den klassischen radikalnationalistischen Antisemitismus oder auf die nationalsozialistische Rassenideologie, sondern greifen selbstverständlich auch andere Äußerungsformen der Judenfeindschaft auf.

Dazu sollte man sich bewusst machen, dass Antisemitismus in der empirischen Wirklichkeit keineswegs den kategorialen Unterscheidungen folgt, die bei seiner Erfassung und Analyse sinnvollerweise gemacht werden müssen. In der antisemitischen Weltwahrnehmung strömen unterschiedliche, diffuse Elemente ineinander, können gleichzeitig auftreten, ein in sich widersprüchliches Gesamtbild erzeugen. Rechtsextreme berufen sich nicht nur auf den klassischen radikalnationalistischen Antisemitismus oder auf die nationalsozialistische Rassenideologie, sondern greifen selbstverständlich auch andere Äußerungsformen der Judenfeindschaft auf. An anderer Stelle habe ich mit Bezug auf die Geschichte der Judenfeindschaft von Aufschichtungen gesprochen und festgestellt: „Ältere Schichten

der Judenfeindschaft verschwinden nicht einfach.“¹⁵ Im rechtsextremen Antisemitismus finden sich neben originär radikalnationalistischen und rassenantisemitischen Motiven und Elementen solche, die eher in religiöser Judenfeindschaft wurzeln. Zudem sind alte und neue Verschwörungsnarrative und auch die Formen der sogenannten neuen Judenfeindschaft präsent, also sekundärer Schuldabwehrantisemitismus und israelbezogener Antisemitismus.

Für den deutschen Fall bleibt festzuhalten, dass die drei zuletzt genannten Phänomene – neue Verschwörungsnarrative, sekundärer und israelbezogener Antisemitismus – maßgeblich von der extremen Rechten mitgeprägt und verbreitet wurden. Über längere Zeit war der hiesige Rechtsextremismus die einzige relevante politische Kraft, die gezielt daran arbeitete, antisemitische Geschichtsrelativierungen und israelbezogene Vorurteile zu formulieren. Erst nach 1967 weitete diese Form von Judenhasse sich aus und ergriff auch andere politische Strömungen, insbesondere die radikale Linke. Neben der Agitation gegen Israel wurde die Spezifik des nationalsozialistischen Judenmords im Rahmen einer politökonomisch simplifizierten Faschismustheorie eingegebenet. Diese Form der relativierenden Thematisierung der Schoa stand aber noch nicht in direkter Verbindung zum rechtsextremen Relativismus und Negationismus. Erst im Anschluss an postkoloniale Debatten, die sich unter anderem an den provokanten Thesen des Historikers Dirk Moses entzündeten, sind der vermeintliche „Schuld-kult“ und ähnliche originär rechtsextreme Schlagworte in Teile der politischen Linken diffundiert. Dort erhalten sie in Form von Parolen wie „Free Palestine from German guilt“ eine aktivistische Stoßrichtung. Selbst Mahnmal-Schändungen, die bisher ausschließlich von rechts zu erwarten waren, sind inzwischen vorgekommen.

15 Gideon Botsch: Von der Judenfeindschaft zum Antisemitismus. Ein historischer Überblick. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 28–30/2014, S. 10–17, hier S. 16.

Rechtsextremer Antisemitismus im historischen Rückblick

Die Wandlungen im rechtsextremen Antisemitismus lassen sich gut im Durchgang durch die Jahrzehnte nachvollziehen. Im ersten Nachkriegsjahrzehnt nach der Gründung der Bundesrepublik war die extreme Rechte restaurativ und mit der Sicherung ihres Bestandes beschäftigt. Da in der Urteilsbegründung zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) durch das Bundesverfassungsgericht 1952 der Antisemitismus der NS-Nachfolgepartei betont worden war, sah sich auch das radikalnationalistische Lager dazu gezwungen, entsprechende Inhalte in die „Kommunikationslatenz“ zu verschieben und sich einer typischen „Umwegkommunikation“ zu bedienen.¹⁶ Dass dies langfristig nicht durchzuhalten war, zeigt sich an der Jahreswende 1959/60: Im Rahmen der sogenannten Hakenkreuzwelle wurden die ersten nach dem Krieg wiedererstandenen Synagogen zum Angriffsziel junger Rechtsextremer. Auf die NS-Geschichte bezogen, produzierten die einschlägigen Ideologie-Unternehmer vor allem rechtfertigende Äußerungen. Den weitverbreiteten Antikommunismus teilte auch die extreme Rechte, wobei ihr spezifischer Zugang verschwörungsideologisch war: Im Kommunismus sah sie eine Äußerungsform jüdischer Weltkonspiration, der auch „der Westen“, vor allem die USA, zugerechnet wurde. Auch ließen sich so Impulse gegen jegliche Ost- oder Westbindung und für die Unabhängigkeit eines geeinten Deutschland von beiden Machtblöcken des Kalten Krieges – sogenannte national-neutralistische Orientierungen – antisemitisch aufladen.

Soweit sie zu Israel überhaupt Stellung nahmen, arbeiteten die rechtsextremen Politiker und Publizisten (es waren tatsächlich fast ausschließlich Männer) an Mythenbildungen rund um den 1948 gegründeten jüdischen Staat. Das ging nicht ganz problemlos vonstatten. Mancher Bundesbürger, der national dachte, projizierte seit dem Übergang zu den 1960er Jahren auf Israel Bilder einer Idealgesellschaft, wie man sie den Juden eigentlich nicht zugetraut hatte und die man sich für die eigene Gesellschaft wünschte: Wehrhaftigkeit, nationale Einigkeit, Volksgemeinschaftsdenken, Dienstbereitschaft und ein völkisch vorgestelltes „Abstammungs- und Rassenideal“ wurden der israelischen Gesellschaft zugeschrieben, und angesichts der Blockkonfrontation des Kalten Krieges wurde Israel als Aktivposten des antikommunistischen Westens gedeutet. In der militärischen Leistung der israelischen Armee im Sechs-Tage-Krieg 1967 meinte so mancher alte Landser des Zweiten Weltkrieges – ungeachtet der völlig abweichenden Ausgangslage – die Angriffstechniken der Deutschen Wehrmacht und Luftwaffe

16 Werner Bergmann / Rainer Erb: Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38 (1986), S. 209–222.

aus der Zeit der sogenannten Blitzsieg wiederzuerkennen. Diese Ambivalenz gegenüber Israel stand seither im Raum. Von den Akteuren der extremen Rechten wurde sie sorgsam eingehegt, oft auch offen zurückgewiesen: Israel und die Israelis könnten nur im Negativen ein Vorbild sein, als Ansporn, selbst mehr „Rassenbewusstsein“ und „Wehrhaftigkeit“ zu beweisen, wenn schon der Feind dies tat. Und als Feind in einem grundsätzlichen Sinne sah man den jüdischen Staat nach wie vor an. So gehörte denn auch die Agitation gegen die Aufnahme offizieller deutsch-israelischer Beziehungen, Entschädigungszahlungen und Waffenlieferungen zu den zentralen Agitationsfeldern der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) in den Landtagswahlkämpfen zwischen 1965 und 1968 und im Bundestagswahlkampf 1969.

Im Hintergrund war die Agitation für die Rechtfertigung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen weitergelaufen. In den 1970ern setzte eine neue Qualität Schoa-leugnender (sogenannter negationistischer) und Schoa-relativierender Aktivitäten ein. Die Akteure bezeichneten sich jetzt selbst als „Geschichtsrevisionsisten“. 1973 erschien die neonazistische Broschüre *Die Auschwitz-Lüge*, deren Titel zum Synonym für systematische Holocaustleugnung wurde. In die Hände spielte dem rechtsextremen Lager dabei die sogenannte Hitler-Welle, in deren Rahmen eine Flut unkritischer Werke veröffentlicht wurden, die vom Faszinosum „Hitler“ lebten. Hier konnte die entstehende Neonazi-Bewegung anknüpfen, die sich ganz offen zu Hitler, Hakenkreuz und Judenhasse bekannte. Andere Strömungen im Rechtsextremismus arbeiteten an einer ideologischen Erneuerung, die eher auf Distanz zum historischen Nationalsozialismus bedacht war und auch den Antisemitismus in die Latenz verbannte. Die ultranationalistischen und völkischen Autoren der sogenannten Konservativen Revolution aus der Zwischenkriegszeit, die von dieser Neuen Rechten gefeiert wurden, waren indes fast durchweg Antisemiten. Interessanterweise verknüpften bereits in den 1970er-Jahren rechtsextreme Ideologen und Propagandisten die Themen Demografie, Zuwanderung und Antisemitismus miteinander: Sinkende Geburtenraten, Abtreibung, sexuelle Libertinage einerseits, Flucht- und Arbeitsmigration andererseits deuteten sie als gezielte Strategie bössartiger, „volksfremder“ Eliten. Ziel sei, so wurde schon damals unterstellt, der Austausch des deutschen Volkes.

Die 1980er waren geprägt von einer fortdauernden Transformation des nationalen Lagers. Dessen generationelle Erneuerung stand in enger Beziehung zu einer Verschiebung, was die soziale Basis des deutschen Rechtsextremismus anbelangt. War dieser bislang eine mittelständische Bewegung gewesen – eingebettet in nationale Milieus des agrarischen, handwerklichen und gewerblichen Mittelstands –, erschlossen sich die rechtsextremen Akteure seit den späten 1970ern mehr und mehr proletarische und subproletarische Milieus. Als Eintrittstor dienten jugendlich geprägte Fan- und Subkulturen, in deren Randbereichen – vor allem bei Motorradrockern, Fußballfans und Skinheads – neonazistische Gruppen

agitierten. Sogenannter Ausländerhass, Rassismus, war das zentrale Motiv, mit dem in diesen Milieus Anhänger_innen gewonnen werden konnten. Sobald sie in rechtsextreme Diskurse eingebunden waren, bestand die Chance, ihre sozusagen rohe Fremdenfeindlichkeit im Rückgriff auf antisemitische Verschwörungserzählungen zu radikalieren und zu einem geschlossen rassistischen Weltbild zu verdichten. Dass in der DDR inzwischen auch eine rechtsextreme Subkultur entstand, ermöglichte ab den 1990ern die weitere Ausdehnung der sozialen Basis. Westdeutsche rechtsextremistische Gruppierungen betrieben seit 1990 eine gezielte Ideologisierung der bislang eher lockeren Szene und förderten damit die Ausbreitung von Antisemitismus zumindest in dem rechtsextremen Basismilieu, das sich nun auch in Ostdeutschland zunehmend formierte. Zwar wurden aus der rechtsextremen Subkultur der DDR bereits seit den 1980er-Jahren antisemitische Friedhofsschändungen und andere Straftaten verübt, doch belegten Einstellungsbefragungen zunächst eine geringere Verbreitung von Antisemitismus in den neuen Bundesländern. So galten 1992 16 Prozent der Westdeutschen als antisemitisch eingestellt, aber nur 4 Prozent der Ostdeutschen.¹⁷ Selbst im Jahr 2002 ermittelte die Leipziger Autoritarismus-Studie für manifest geschlossen antisemitische Einstellungen in Westdeutschland noch fast 14 Prozent Zustimmung, während es im Osten knapp 5 Prozent waren. Gingen die Werte in Westdeutschland auch in den folgenden Jahren stetig zurück, stiegen sie in Ostdeutschland langsam an. Um die Wende zu den 2010er Jahren glich sich das Bild nahezu aus, und zwar auf einem niedrigen Niveau, das um 5 Prozent schwankte. Während in Westdeutschland die Zustimmung weiterhin leicht sank, stabilisierten sich die Werte dagegen vor der Pandemie im Osten auf einem etwas höheren Niveau. In der Autoritarismus-Studie von 2022 sank der Wert erstaunlicherweise insgesamt weiter und lag in Ostdeutschland sogar geringfügig niedriger. Dabei darf nicht vergessen werden, dass latent antisemitische Einstellungen sehr viel weiterverbreitet sind.¹⁸

Zwei Entwicklungen prägten die 1990er-Jahre: die Stabilisierung eines deutschlandweiten neonazistischen Milieus von weitaus größerer Reichweite als in den 1970/80er-Jahren sowie die Konsolidierung eines neurechten Netzwerkes, das sich selbst als konservativ präsentierte. Flaggschiff dieser Neuen Rechten wurde die Zeitschrift Junge Freiheit, die sich Mitte der 1990er als Wochenzeitung etablierte. Neben der notorisch rassistischen Abwehr von Migration drehte sich deren Nationalismus zu einem bedeutenden Teil um die Vergangenheitspolitik. Die

17 Jeder achte Deutsche ein Antisemit, in: Der Spiegel Nr. 4 v. 19.01.1992, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/jeder-achte-deutsche-ein-antisemit-a-0f8f835c-0002-0001-0000-000013679493> (Zugriff am 19.09.2024).

18 Vgl. Oliver Decker et al., Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2022: Methode, Ergebnisse, Langzeitverlauf, in: Oliver Decker et al. (Hg.), Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022, Gießen 2022, S. 3190, hier: S. 48–49.

Zeitung agitierte gegen einen vermeintlichen „Schuldskult“ um die Schoa, die sie zwar nicht rundweg leugnete, aber doch bagatellierte. Ihr Antisemitismus war zugleich christlich-traditionalistisch orientiert. Derweil gelang es den Neonazis, aus einer diffusen subkulturellen Strömung mit vagen rechtsextremen und fremdenfeindlichen Orientierungen ein Spektrum mit geschlossenen neonazistischen Weltbildern zu schaffen. Dieses organisierte sich nicht mehr in straffen Kameradschaften oder Kleinparteien, sondern bezog seine Kraft aus dem lebensweltlichen Milieu. Die NPD, um die Wende zu den 1990ern eigentlich bereits totgesagt, konsolidierte sich in dem Maße, in dem sie die Neonazi-Gruppen einsammeln und an sich binden konnte.

Auf dieser Grundlage konnte die NPD in ostdeutschen Bundesländern während der 2000er-Jahre mehrere Wahlerfolge erzielen – die zur Vorgeschichte der AfD-Wahlerfolge zu rechnen sind. Ihren Weg zur Verschmelzung mit dem Neonazismus ebnete die NPD unter anderem, indem sie sich antisemitisch äußerte. Schon ihre Wiederbelebung in den 1990ern war durch eine Hinwendung zur Holocaustleugnung eingeleitet worden. Nun startete sie gemeinsam mit dem Neonazi-Milieu eine „Antikap-Kampagne“, die hinter den Schlagwörtern „Finanzkapital“ und „Globalismus“ vor allem ein imaginiertes Weltjudentum zum Verursacher aller Krisen und Konflikte weltweit erklärte. Dabei wurde die antisemitische Stoßrichtung der Kampagne nicht verdeckt, sondern ganz offen propagiert. Auch der Rassismus wurde mit Rückgriff auf antisemitische Motive massiv aufgeladen und mörderisch. Die antisemitische Fantasie von einem „Rassen-Bürgerkrieg“ trug maßgeblich zur Motivation der Bombenattentate und Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) bei. Weniger blutig, aber in den Grundannahmen ähnlich, zeigte sich die Bürgerkriegs- und Vorbürgerkriegsrhetorik, derer sich die Neue Rechte in der Jungen Freiheit sowie die Zeitschrift Sezession¹⁹ des in den 2000ern neu begründeten Instituts für Staatspolitik (IfS) bedienten. Eng verbunden damit war die Entdeckung des Islam als neues zentrales Feindbild. Dieses wurde in Deutschland nicht unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September 2001 virulent, sondern erst Mitte des Jahrzehnts.

19 Zur Sezession siehe auch den Beitrag von Duarte, Fuchs, Gruber und Henßler in der vorliegenden Broschüre.

Eine neue Konstellation

An der Wende zu den 2010er-Jahren bildete sich eine neue Konstellation heraus. Zwar existierte der Neonazismus weiter, doch verlor die NPD an Bedeutung, und die konkurrierenden neonazistischen Kleinparteien legten keinen großen Wert auf Wahlkampf und Breitenwirkung. Insbesondere der radikale, völkisch-antisemitische III. Weg orientiert sich bis heute an der Stärkung seines inneren Kerns aus gewaltbereiten, gesinnungsfesten Kadern. In rechten Lebenswelten, wie dem Rechtsrockmilieu und einschlägigen Kampfsportszenen, werden aggressiv rassenantisemitische Gesinnungen kultiviert.

Zugleich entstand eine viel breitere Bewegung, die neue Formen und Wirkungsfelder entdeckte und viel erfolgreicher rechtsextreme Politik betrieb als alle ihre Vorgängerinnen in Deutschland seit 1945. Sie ist grob in vier Segmente einteilbar, die miteinander verwoben sind, aber eben nicht identisch. Da ist erstens das parteipolitische Segment, mit der AfD als wichtigstem, aber nicht einzigem Akteur. Zweites ein Medien-Segment, das sowohl neue Medien und Messengerdienste als auch traditionelle Formate – wie das eingangs erwähnte Hochglanz-Printmagazin, das im Zentrum des Wirkens der Compact GmbH steht – nutzt und umfasst. Das dritte Segment ist Straßenaktivismus, wozu neben einzelnen Mobilisierungen sehr erfolgreiche Demonstrationsreihen gehören, insbesondere die Dresdner Pegida- und die Cottbuser Zukunft-Heimat-Protestreihe. Daneben finden unkonventionelle Protestaktionen statt, wie sie eine Zeit lang vor allem die Identitäre Bewegung medienwirksam inszenierte. Das vierte Segment ist der gewaltförmige Aktivismus, der von einzelnen Übergriffen über organisierte Bürgerwehren bis hin zu rechtsterroristischen Zellen und Plänen für Umsturz-Milizen reichen kann. Die Gewalt lässt sich meistens nicht unmittelbar den anderen drei Segmenten zuordnen: Straßenproteste sind derzeit eher selten unmittelbar mit Gewalt verbunden, und auch in den Medien und durch die Parteien wird bislang – mit markanten Ausnahmen – eher nicht offen zu Gewalt aufgerufen.

In allen diesen Segmenten, die den gegenwärtigen Rechtsextremismus tragen – Gewalt, Straßenaktionen, Medien und Parteipolitik –, stellen wir massiven Antisemitismus fest. Gleichwohl war in der Anfangsphase der Bewegung noch relativ viel Platz für Positionen, die offenen Antisemitismus vermeiden wollten, Israel als vermeintliche Bastion des Westens gegen den Islam deuteten oder auch Sorge um jüdisches Leben zum Ausdruck brachten. Sogar einige Jüdinnen_Juden wurden in der Bewegung aktiv, auch wenn es viel Mühe erfordert haben dürfte, den virulenten Antisemitismus auszublenden. Die Radikalisierung der Bewegung begrenzte indes den Spielraum jüdischer Akteur_innen und verringerte die Anziehungskraft auf solche Jüdinnen_Juden, die zwar mit verschiedenen Forderungen und Positionierungen einverstanden waren, aber den verbreiteten

Antisemitismus ablehnten. Diese Radikalisierung wurde gezielt gefördert in der Zeitschrift Sezession und von dem IfS, die stets an einer antisemitischen Grundagenda festhielten und von Solidarität mit Israel nichts wissen wollten. Eine Gegenrichtung, wie sie sich im Umfeld der Jungen Freiheit fand, suchte dagegen eher Anschluss an erfolgreichere Akteure der europäischen Rechten, die populistisch auftraten, ihre Agenda oberflächlich deradikalisierten und eine Revision des Verhältnisses zu Israel zumindest denkbar machten. Für die Junge Freiheit bedeutete das allerdings keineswegs eine Abkehr von ihrer judenfeindlichen Grundhaltung, die sich weiterhin vor allem in der Geschichtspolitik zeigt. Ob weitere Akteure mit israelfreundlichem Auftreten, die der Bewegung unmittelbar zuzurechnen sind (wie die PI-News oder die German Defense League), die Schnittmengen mit ihr aufweisen oder die dort zumindest positiv rezipiert werden (wie die Internetplattform Die Achse des Guten – Achgut), noch Reichweite generieren können, müsste gesondert untersucht werden. Der Eindruck ist, dass sie zwar geduldet bleiben, aber deutlich marginalisiert sind, während judenfeindliche Akteure die Stimmung und Politik der rechtsextremen Bewegung deutlich beherrschen.

Dazu hat insbesondere die Zeit der Pandemie beigetragen, in der antisemitische Verschwörungserzählungen in einer neuen Dimension wirksam wurden und eine Reichweite erzielten, die ohne die Möglichkeiten der sozialen Medien undenkbar wäre. Sie griffen vorangegangene Mythen auf, zum Beispiel die Mär vom jüdisch organisierten Kinderhandel und -Missbrauch oder von einer generellen Verschwörung globaler Eliten zur Dezimierung der Weltbevölkerung. Derartige Erzählungen fanden erhebliche Verbreitung und Zustimmung, als sie mit Verschwörungserzählungen zur Covid-19-Pandemie verbunden wurden: Darin wurden die Pandemie sowie Maßnahmen zu deren Eindämmung durch Prophylaxe und Intervention zur „Plandemie“ konstruiert, deren eigentliche Ziele finstere Machenschaften bössartiger Cliquen sein sollen.

Seither scheinen alle Dämme der Falsch- und Desinformation gebrochen und der größte Unsinn lässt sich als Wahrheit verkaufen. Die schon länger gepflegte Erzählung vom „Großen Austausch“, die die Einwanderungspolitik angesichts weltweiter Migrationsströme als eine perfide Strategie zur Abschaffung des deutschen Volkes umdeutet, ist das wichtigste Beispiel: Diese Erzählung ist durch und durch antisemitisch und funktioniert nur vor dem Hintergrund eines judenfeindlichen Grundraunens. Dasselbe gilt für die Erzählungen vom „Great Reset“ oder von der „Großen Transformation“, mit denen Maßnahmen zu Umweltpolitik und Klimaschutz einer verdeckten Agenda zur Einführung einer sozialistischen Planwirtschaft zugeordnet werden. Auch werden so für die extreme Rechte unliebsame Entwicklungen im Feld der Geschlechterbeziehungen als Angriff volksfremder Verschwörer auf die freien Völker der Welt umgedeutet.

Funktionen des rechtsextremen Antisemitismus

Warum, so lässt sich fragen, kann die extreme Rechte von ihrem Antisemitismus nicht lassen? Welche möglichen Funktionen erfüllt die Judenfeindschaft weiterhin für dieses Spektrum?

Zunächst ist festzuhalten, dass jeder Versuch, die Judenfeindschaft aus einem einzelnen Faktor oder einer einzelnen Funktion heraus zu erklären und zu verstehen, irreführend ist. In ihrer langen Geschichte tritt sie in sehr unterschiedlichen Kontexten und Konstellationen auf. So wandelt sich auch ihre Form und darin dürfte ihre große Beharrungskraft zum Teil begründet sein. Gabriel Riesser, sprach bereits im 19. Jahrhundert von der Judenfeindschaft als einer „Abstraktion des Hasses“, „ohne bestimmten Inhalt“, welche ein „totes Meer voll Gift und Hass [ist], aus dem Jeder schöpft, bald in sinnloser Wut, bald in schlauer Berechnung, wenn er sich an einem Feinde rächen, ihm ein Weh zufügen will“. Diese „fertige Form des Hasses, mit einem Arsenal vorrätiger Schmähungen ausgerüstet, in welche Jeder die eigene Bosheit beliebig kleidet“, mache die Juden zu „stellvertretenden Opfer[n] eines jeden Hasses“.²⁰

Gerade diese Verfügbarkeit macht einen der Gründe aus, warum Antisemitismus sich so lange hält und so erfolgreich die Köpfe und Herzen vieler Menschen erfassen kann: Seit sehr langer Zeit in unsere Kulturen eingewurzelt, können judenfeindliche Stereotype leicht abgerufen werden. Sie finden sich zudem in höchst unterschiedlichen Milieus, kulturellen und religiösen Gruppen und verschiedenen politischen und sozialen Bewegungen. Auf diese Weise kann Judenfeindschaft auch zu einem einigenden Element werden: Wenn politische Bewegungen und Absichten in ihrem Hass auf das, was sie als jüdisch betrachten oder betiteln, zusammenkommen, lassen sich darüber andere Widersprüche und Konflikte verdecken oder überwinden.

Die Funktionen, die der Antisemitismus dabei für ein Individuum oder eine wie auch immer geartete Gruppe von Menschen haben kann, sind ebenfalls höchst unterschiedlich. Es wäre wie gesagt verfehlt, Judenfeindschaft aus einer einzelnen Funktion heraus erklären zu wollen, sei sie nun psychologischer, religiöser, kultureller, ökonomischer, sozialer oder politischer Natur. Antisemitismus kann psychologische Bedürfnisse befriedigen, etwa der Entlastung oder Verdrängung dienen, oder eine Artikulation von Zorn oder Ekel oder anderen starken Gefühlen

20 Gabriel Riesser: Jüdische Briefe. Zur Abwehr und zur Verständigung (1838). In: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 4. Hildesheim: Olms 2001, S. 59–61. – Das Zitat wurde zum besseren Verständnis behutsam an die heutige Schreibweise angepasst, GB.

sein, aber er lässt sich daraus ebenso wenig hinreichend erklären oder verstehen wie zum Beispiel aus einer sexuellen Begierde, einem ökonomischen Interesse, einem religiösen Glaubenssatz oder einer politischen Instrumentalisierung heraus. Alle diese Faktoren können eine Rolle spielen, aber sie tun dies in unterschiedlicher Ausprägung und in diversen Konstellationen und Kombinationen.

Für alle Formen von Judenfeindschaft gilt: Sie kann verschiedene Individuen oder Gruppen erfassen, muss das aber nicht zwingend tun. Eine Ausnahme bildet der Rechtsextremismus, in dem Antisemitismus eine unverzichtbare Funktion hat. Die zentrale Funktion, die dem Phänomen im Rechtsextremismus zukommt, habe ich eingangs so beschrieben: Antisemitismus ist der *gemeinsame Nenner*, durch den die einzelnen Elemente rechtsextremer Politik und Weltanschauung *gebrochen* werden. Die zentralen Elemente des Rechtsextremismus betreffen „Ordnungen der Ungleichheit“,²¹ die sich um folgende bestimmende Ordnungskonzepte gruppieren: einen radikalen Nationalismus, der das nationale Kollektiv entlang von Abstammungskriterien definiert; Rassismus in all seinen ethnifizierten, biologisierten und kulturalisierten Varianten; biologistische und sozialdarwinistische Ordnungskonzepte; patriarchale, heteronormative Konzepte der Ordnung der Geschlechterverhältnisse. Der Antisemitismus liegt quer dazu und integriert den Rechtsextremismus, indem er „die Juden“, das „Weltjudentum“ oder das „Jüdische“ zum Feindbild und Gegenpol dieser Ordnungen der Ungleichheit stilisiert.

Aus dieser Funktionsbestimmung des rechtsextremen Antisemitismus leiten sich eine Reihe weiterer, nachgeordneter Funktionen ab. So kommt dem Antisemitismus im rechtsextremen Kontext eine wichtige Rolle bei der Zuschreibung und Markierung konkreter Feinde zu. Werden Positionen, Personen oder Gruppierungen – unabhängig davon, ob dies zutrifft – als jüdisch markiert oder ihr Handeln als dem Judentum dienend dargestellt, können sie aus rechtsextremer Perspektive leichter zu Feinden gemacht werden. Eines der krassesten Beispiele für diesen Vorgang ist ein grausamer Mord in der brandenburgischen Gemeinde Potzlow im Jahr 2002. Das jugendliche Mordopfer wurde von den drei ebenfalls jugendlichen Tätern so lange traktiert, bis er ihrer Aufforderung folgte und sich selbst als Jude bezeichnete – was nicht den Tatsachen entsprach, wie die Täter auch wussten. Und doch fassten sie dieses erzwungene Bekenntnis als Rechtfertigung auf, ihr Opfer über mehrere Stunden zu Tode zu quälen. Immer wieder werden in der rechtsextremen Propaganda Menschen als Judenfreunde, ausführende Organe jüdischer Pläne oder auch direkt als Juden bezeichnet, selbst wenn dies keine Grundlage hat. Mitunter werden dabei jüdische Vorfahren oder jüdisch klingende Namen erdichtet. In der sogenannten Neuen Rechten ist es üblich, unliebsame Positionen etwas chiffrierter als jüdisch zu markieren, nämlich indem sie – teils

21 Stefan Breuer: Ordnungen der Ungleichheit. Die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen, 1871–1945. Darmstadt: WBG 2001.

subtil – mit einer Person verbunden werden, die als jüdisch wahrgenommen wird. Solche Chiffren sind zum Beispiel in der demonstrativen Erwähnung von Namen wie Soros, Rothschild oder Morgenthau zu sehen.

Die Markierung einer Position als jüdisch enthält eine Aufforderung zum radikalen und raschen Handeln. Die Übermacht und die Perfidität, die Rechtsextreme ihren imaginierten jüdischen Feinden zuschreiben, erzwingen Aktionen von äußerster Radikalität sowie Brutalität und sie nötigen zu schnellem Handeln. Mit der Markierung wird eine besonders dramatische Bedrohung heraufbeschworen. Eng damit verbunden ist eine Entlastungs- und Entschuldungsfunktion, die dem spezifisch rechtsextremen Antisemitismus innewohnt: Wenn es stimmt, dass der jüdische Feind mit besonderer Macht ausgestattet ist, im Verborgenen agiert und dabei besonders perfide vorgeht, sind auch Gegenmaßnahmen erlaubt, die man bei einem gewöhnlichen Feind nicht rechtfertigen würde. Rechtsextreme stilisieren sich regelmäßig zu aufrechten, ehrlichen Kämpfernaturen, die ritterlich und mit offenem Visier kämpften. Das entspricht selbstverständlich selten der Wirklichkeit rechtsextremer Gewalt, die meist entweder aus großen Gruppen heraus, gegen Schwache oder aus dem Hinterhalt verübt wird. Wird „der Jude“ als perfide und übermächtig charakterisiert, bleibt dem rechtsextremen Kämpfer keine andere Wahl: Er muss sich auf diese Kampfweise einlassen. Da aber Antisemitismus den gemeinsamen Nenner für alle Feindbilder darstellt, sind letztlich alle Feinde entsprechend zu behandeln. Auf diesem Wege können rechtsextreme Selbstbilder von Sauberkeit und Ehre, aber auch Überlegenheit, Stärke und Handlungsmacht aufrechterhalten und stabilisiert werden. Das gilt auch für jene Fälle, in denen rechtsextremes Handeln erfolglos geblieben ist: Eigene Fehler, eigenes Versagen müssen nicht reflektiert werden, denn Schuld am Versagen sind die Übermacht und Perfidität der Juden und ihrer Helfer.

Antisemitische Projektion als tödliche Bedrohung

Rechtsextremer Antisemitismus hat auch die Funktion, eigene Absichten und Handlungen auf den Feind zu projizieren. Am klarsten erkennen lässt sich dies bei der Lektüre von Adolf Hitlers Bekenntnisbuch *Mein Kampf*: Charakteristika der Weltanschauung, Handlungsschemata, politische Strategien und Maßnahmen, die für Hitler besonders typisch waren, lassen sich häufig besser erkennen und verstehen, wenn man die Zuschreibungen an den „jüdischen Feind“ zurückübersetzt und auf Hitlers eigenes Handeln anwendet. Nicht ganz so klar, aber in deutlicher Analogie, lassen sich auch gegenwärtige Absichten rechtsextremer Akteure besser verstehen, wenn man analysiert, was sie ihren Gegnern unterstellen, die sie als jüdisch markieren. Unterdrückung der Opposition, Abschaffung des Rechtsstaates, Manipulation der öffentlichen Meinung und ähnliche Vorwürfe, die derzeit unter anderem die AfD und deren Umfeld und Vorfeld gegen ihre demokratischen Gegner erheben, haben mit den Realitäten im demokratischen Rechtsstaat wenig zu tun. Sie sagen aber viel über die eigenen Absichten aus, welche die Fantasien der rechtsextremen Bewegung in ihren vier oben beschriebenen Segmenten beschäftigen.

Das muss alarmieren. Unterstellt die extreme Rechte einen Vernichtungsangriff auf das deutsche Volk – wie es in den antisemitischen Verschwörungsmythen vom „Großen Austausch“, vom „Great Reset“ und von der „Großen Transformation“ geschieht –, so lässt dies erahnen, was diejenigen erwarten müssen, die als Verantwortliche für diese Verschwörungen ausgemacht und damit als jüdisch markiert werden. Der Mord an Walter Lübcke, dem Kasseler Regierungspräsidenten, 2019 durch einen überzeugten Rassenantisemiten und Neonazi sollte ein warnendes Beispiel für die mörderische Bedrohung sein, die dem rechtsextremen Antisemitismus nach wie vor innewohnt. Jüdinnen_Juden sind besonders gefährdet, wie der versuchte Massenmord in der Synagoge von Halle an Jom Kippur 2019 zeigt. Insofern rechtsextreme Weltbilder „die Juden“, „das Judentum“, insgesamt das zu bekämpfende „Jüdische“ breiter fassen, sind auch andere Bevölkerungsgruppen in Gefahr – und werden schon heute Opfer antisemitischer Gewalt.

3. Terrorismus, Polit-Aktivismus und Alltagskultur: Rechtsextreme antisemitische Vorfälle in Deutschland 2019–2023

Daniel Poensgen

Um ein Bild des gegenwärtigen rechtsextremen Antisemitismus zu erhalten, hilft ein Blick auf antisemitische Vorfälle, die die RIAS-Meldestellen dokumentiert und dem politischen Spektrum des Rechtsextremismus zugeordnet hat. Drei Beispiele seien kurz beschrieben.

Gera (Thüringen), Mai 2021: Eine Frau fuhr mit ihrer kleinen Tochter im Regionalexpress. Aufgrund der CoVid-19-Pandemie bestand zu diesem Zeitpunkt eine Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Frau ist Jüdin, trug aber keine Symbole oder Ähnliches an sich, aus denen man auf ihr Jüdischsein hätte schließen können. An einer Station setzte sich ein Mann sehr nahe neben die beiden. Er trug seine Maske so, dass sie für ihn und Umstehende keinen Schutz bot. Die Frau bat ihn, die Maske korrekt aufzusetzen. Daraufhin begann der Mann, die Frau und ihre Tochter lautstark als „Judenschlampen“ zu beschimpfen. Er griff der kleinen Tochter der Frau an die Maske und versuchte, sie ihr vom Gesicht zu ziehen. Er war kurz davor zuzuschlagen, so der Eindruck der Frau. Umstehende beleidigte der Mann rassistisch als „Kanake“, und rief: „Musel, geht in euer Land zurück“. Einem Fahrgast, der sich mit den Betroffenen solidarisierte, rief er zu: „Zecke, geh doch arbeiten!“ Erst als die betroffene Frau damit drohte, die Polizei zu rufen, beruhigte sich der Mann. Im Selbstgespräch äußerte er jedoch antisemitische Verschwörungsmymen und weitere rassistische Ressentiments.

Berlin, Januar 2020: Ein jüdischer Gewerbetreibender bekam innerhalb kurzer Zeit vier antisemitische E-Mails. In den kurzen E-Mails fanden sich zahlreiche explizite antisemitische Vernichtungsdrohungen, unter anderem: „[Vorname des Betroffenen] the Crying Joo. Kommt nach Deutschland, besudelt uns mit Holocaustlügen. Du musst sterben, Judenschwein.“

Prenzlau (Brandenburg), Januar 2023: Bei einer Veranstaltung des AfD-Kreisverbands Uckermark behauptete ein Redner, „globalistische Eliten“ wollten eine „Neue Weltordnung“ etablieren. Er behauptete, es gebe eine „Weltregierung“ und der jüdische Schoa-Überlebende und Philanthrop George Soros und andere „Superreiche“ würden mit ihren Stiftungen die Souveränität der Nationalstaaten „unterwandern“. Über die Politiker der Bundesregierung sagte er: „Diese Menschen, die uns regieren, liebe Freunde, das sind keine deutschen Patrioten, das sind globalistische Sprechpuppen.“ Die CoVid-19-Pandemie und der Ukraine-Krieg hingen zusammen, so der Redner.

In den beschriebenen Vorfällen deuten sich bereits einige Aspekte des Antisemitismus der extremen Rechten an, die sich im Vorfalleschehen typischerweise niederschlagen: Antisemitische Vorfälle aus dem rechtsextremen Spektrum ereignen sich in ganz alltäglichen Kontexten (etwa bei Konflikten im öffentlichen Nahverkehr); Jüdinnen_Juden sind von ihnen ganz unmittelbar betroffen; die Leugnung der Schoa spielt nach wie vor eine große Rolle und neben explizitem Antisemitismus wird auf Codes und Chiffren zurückgegriffen, die für die Rezipient_innen leicht zu entschlüsseln sind.

In Debatten um Antisemitismus in Deutschland wird häufig wie selbstverständlich angenommen, dass dieser im rechtsextremen Spektrum eine große Rolle spielt. Daraus resultiert einerseits eine begrüßenswert hohe Sensibilität für Antisemitismus aus diesem Spektrum. Andererseits jedoch führt es dazu, dass Antisemitismus in der extremen Rechten selten genau untersucht wird. Eine Darstellung dessen, wie sich antisemitische Stereotype und Mythen entwickelten oder welche Funktionen Antisemitismus für rechtsextreme Mobilisierungen hat, bleibt somit aus. Dasselbe gilt für eine Reflexion darüber, ob und gegebenenfalls welche Stereotype und Erzählungen nicht mehr auf das rechtsextreme Spektrum beschränkt sind.

Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden das antisemitische Vorfalleschehen aus dem rechtsextremen Spektrum in den Jahren 2019 bis 2023 dargestellt. Dabei werden folgende Fragen berücksichtigt: Welche Formen antisemitischer Handlungen spielen in Vorfällen, die den RIAS-Meldestellen in diesen Jahren gemeldet wurden, eine hervorstechende Rolle? Welche Akteur_innen und Debatten schlagen sich im Vorfalleschehen nieder? Welche antisemitischen Stereotype spielen für Vorfälle aus dem rechtsextremen Spektrum eine besondere Rolle? Wer ist von diesen Vorfällen in besonderem Maße betroffen? Zunächst wird eine grundsätzliche Einordnung vorgenommen, welche Rolle das rechtsextreme Spektrum für das antisemitische Vorfalleschehen insgesamt spielt (1). Danach werden ausführlich unterschiedliche Formen antisemitischer Vorfälle und deren typische Ausprägungen in rechtsextremen Kontexten dargelegt (2). Anschließend wird untersucht, welche Formen des Antisemitismus für die extreme Rechte in den vergangenen Jahren besonders bedeutsam waren (3). Zusätzlich wird gezeigt, welche Rolle gesellschaftliche Anlässe wie die CoVid-19-Pandemie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine oder die Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023 für das antisemitische Vorfalleschehen aus dem rechtsextremen Spektrum spielten (4).

Antisemitische Vorfälle aus dem rechtsextremen Spektrum 2019 – 2023: Datengrundlage und Kontexte

Der Bundesverband RIAS dokumentiert seit seiner Gründung 2018 antisemitische Vorfälle bundesweit ober- und unterhalb der Strafbarkeitsgrenze aus der Perspektive der Betroffenen. Betroffene und Zeug_innen antisemitischer Vorfälle können diese auf unterschiedlichen niedrigschwelligen Wegen an den Bundesverband und an elf zivilgesellschaftliche Antisemitismusteststellen melden. Die Verifizierung und Erfassung der gemeldeten Vorfälle erfolgt nach einheitlichen Standards. Auch weitere Quellen wie Medienberichte, Online-Chroniken und in einigen Bundesländern polizeiliche Kriminalitätsstatistiken fließen in die Dokumentation von RIAS ein. Es besteht nach wie vor ein großes Dunkelfeld, das sich nicht genau beziffern lässt: Die von RIAS erhobenen Vorfalldaten sind keine repräsentativ erhobene Stichprobe und lassen daher auch keine statistischen Rückschlüsse auf das Vorfalleschehen insgesamt oder die Verbreitung antisemitischer Einstellungen zu. Für die Frage nach dem antisemitischen Gehalt eines Sachverhalts orientiert sich RIAS an einer operationalisierten und für den deutschen Kontext angepassten Version der *Arbeitsdefinition von Antisemitismus* sowie an der *Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verfälschung/Verharmlosung des Holocaust* der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA).²² Aus operativen Gründen werden bestimmte Formen der NS-Affirmation sowie online getätigte, aber nicht unmittelbar an andere Personen gerichtete antisemitische Äußerungen von den RIAS-Meldestellen nicht erfasst.²³

Die so dokumentierten antisemitischen Vorfälle werden einem politisch-weltanschaulichen Spektrum zugeordnet, sofern sich ein solches eindeutig ausmachen lässt: sei es anhand des Vorfalles selbst (etwa aufgrund einer Selbstbezeichnung der Täter_innen), sei es anhand der verwendeten antisemitischen Stereotype (zum Beispiel wenn diese bestimmte religiöse Glaubensinhalte umfassen) oder sei es anhand des Kontextes der Situation (beispielsweise bei Vorfällen im Rahmen einer politischen Demonstration). Rechtsextremismus wird dabei als Sammelbegriff verstanden für antimoderne, antidemokratische, antipluralistische und gegen die Menschenrechte gerichtete Einstellungen, Handlungen und Strömungen. Gemeinsames Kennzeichen verschiedener rechtsextremer Ideologien sind

22 RIAS Bund: Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus. Berlin 2020. https://report-antisemitism.de/documents/IHRA-Definition_Handbuch.pdf (Zugriff am 08.04.2024); International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA): Arbeitsdefinition von Antisemitismus. <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus> (Zugriff am 20.02.2024).

23 RIAS Bund: Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023. Berlin 2024, S. 59 ff. https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2023.pdf (Zugriff am 17.07.2024).

(Ordnungs-)Vorstellungen von einer prinzipiellen Ungleichwertigkeit verschiedener Menschen(-gruppen), das Streben nach einem Leben in ethnisch homogenen Gemeinschaften („Völkern“) und die Unterordnung des Individuums unter diese konstruierte Gemeinschaft. Allerdings ist zu beachten, dass zwischen den rechtsextremen Gruppierungen und Strömungen durchaus große Unterschiede bestehen. Der Rechtsextremismus bezeichnet einerseits ein bestimmtes Milieu, andererseits geht er hierin nicht auf – deswegen wird im Folgenden vom rechtsextremen Spektrum die Rede sein. In dieses Spektrum zählen neben Einzelpersonen mit rechtsextremen Einstellungen rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien, Reichsbürger_innen sowie Rechtsextreme, nicht positiv auf das deutsche, sondern auf andere nationale Kollektive beziehen. Dazu zählen beispielsweise die türkischen Grauen Wölfe. Diese – auch in Anbetracht der oben beschriebenen Gemeinsamkeiten – relative ideologische, praktische und personelle Vielfalt wird innerhalb der extremen Rechten aufgegriffen, indem man auf die Entwicklung einer „Mosaik-Rechten“ hinwirken möchte: In Anlehnung an Theorien und Strategien aus der politischen Linken versteht man darunter eine vielfältige extreme Rechte, die vom Zusammenspiel parlamentarischer und außerparlamentarischer Kräfte lebt und daher auch bereit ist, auf inhaltliche Einheitlichkeit zu verzichten..²⁴

Mit diesem Vorgehen und nach diesem Verständnis ordneten RIAS-Meldestellen in den Jahren 2019 bis 2023 insgesamt 2.284 der dokumentierten antisemitischen Vorfälle dem politisch-weltanschaulichen Spektrum des Rechtsextremismus zu. Im Untersuchungszeitraum hatten somit 16,6 % aller dokumentierten Vorfälle einen rechtsextremen Hintergrund. Damit ist der politische Hintergrund Rechtsextremismus das am häufigsten zugeordnete politische Spektrum im untersuchten Zeitraum. Zu beachten ist, dass 55 % aller Vorfälle keinem politischen Hintergrund zugewiesen werden konnten.

24 Helmut Kellersohn: Die Partei und ihr Vorfeld. Das Konzept der Mosaik-Rechten. In: Diss-Journal 44 (2022), S. 11 – 15.

Antisemitische Vorfälle 2019–2023 nach politischem Hintergrund

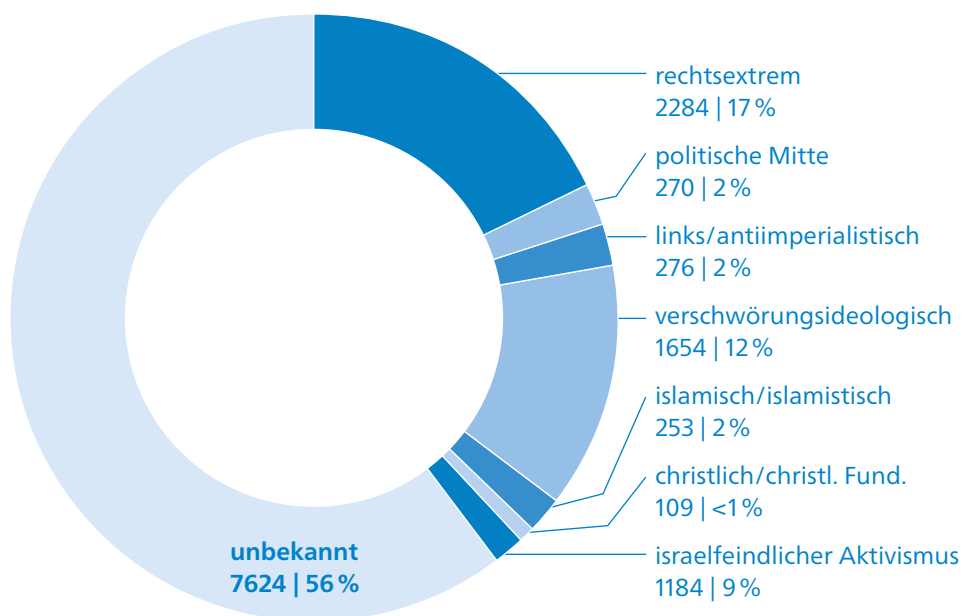


Abbildung 1: eigene Darstellung, Zahlen gerundet.

Vergleicht man die Zahl rechtsextremer antisemitischer Vorfälle in den Jahren 2019 bis 2023, fällt ein leichter Rückgang in absoluten Zahlen und ein deutlicherer Rückgang in der relativen Häufigkeit auf. So dokumentierte RIAS 2019 529 antisemitische Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund, was einem Anteil von knapp 34 % aller Vorfälle entsprach. Im Jahr 2023 waren es hingegen 420 antisemitische Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund, die nur knapp 9 % aller antisemitischen Vorfälle ausmachten. Um diese Entwicklung einordnen zu können, müssen zwei zentrale Einflussfaktoren berücksichtigt werden.

Zum einen veränderte sich die Datenerfassung im Laufe des Untersuchungszeitraums stark. So wurden neue regionale RIAS-Meldestellen gegründet, und einige Meldestellen mussten aus organisatorischen Gründen ihre Arbeit pausieren oder stellten sie ganz ein. Meldungen aus Ländern ohne RIAS-Meldestellen werden zwar vom Bundesverband RIAS bearbeitet und fließen in die Statistik ein; es ist

aber davon auszugehen, dass in Ländern mit eigenen RIAS-Meldestellen, die auf ein funktionierendes Meldernetzwerk zurückgreifen können, mehr antisemitische Vorfälle bekannt werden als in Ländern ohne solche Meldestellen. Zudem konnten die polizeilichen Statistiken, aus unterschiedlichen Gründen nicht bundesweit und nicht in allen Jahren ausgewertet werden. All dies hat Schwankungen in der Zahl der erfassten antisemitischen Vorfälle zur Folge, die nicht im Vorfallgeschehen begründet sind und die auch nicht konkret beziffert werden können.

Zum anderen veränderte sich der politische Kontext, in dem rechtsextreme antisemitische Vorfälle stattfinden. So nahm die Bedeutung politischer Mischszenen für das antisemitische Vorfallgeschehen in den vergangenen Jahren deutlich zu. Damit ist das themenbezogene Zusammenwirken von Akteur_innen, die politisch-weltanschaulich durchaus unterschiedlich positioniert sind, Gemeint. Dies kann beispielsweise im Rahmen von Demonstrationen und Versammlungen, aber auch im Online-Bereich geschehen. Beispiele hierfür sind der antiisraelische Aktivismus und das verschwörungsideologische Spektrum. Für den Rechtsextremismus ist insbesondere Letzteres relevant, da es hier gewisse ideologische und organisatorische Überschneidungen gibt. Einem verschwörungsideologischen Hintergrund werden Gruppen und Personen zugeordnet, in deren Weltbild der Glaube an Verschwörungsmysen im Vordergrund steht und bei denen kein anderer politisch-weltanschaulicher Hintergrund dominiert. Das verschwörungsideologische Spektrum gewann seit Beginn der CoVid-19-Pandemie 2020 enorm an Bedeutung für das antisemitische Vorfallgeschehen. So wurden im Jahr 2019 bundesweit lediglich 68 und damit 4% der dokumentierten antisemitischen Vorfälle dem verschwörungsideologischen Spektrum zugeordnet. 2020 waren es bereits 246 und damit 13% der erfassten Vorfälle. Im Jahr 2022 wurde die vorläufig größte Zahl antisemitischer Vorfälle mit verschwörungsideologischem Hintergrund dokumentiert: 533 und damit 20% aller in diesem Jahr erfassten Vorfälle.

Der Glaube an Verschwörungsmysen ist indessen nicht auf das verschwörungsideologische Spektrum beschränkt, er ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen. Antisemitische Vorstellungen von jüdischer Macht und damit verbundene Verschwörungsmysen finden sich in allen von RIAS unterschiedenen politisch-weltanschaulichen Spektren. Für die rechtsextreme Ideologie jedoch spielen sie eine zentrale Rolle. Die weltanschauliche Nähe des Rechtsextremismus zum verschwörungsideologischen Spektrum spiegelte sich etwa in rechtsextremen Mobilisierungen ab 2020 wider: Staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der CoVid-19-Pandemie sind seitdem ein zentrales Mobilisierungsthema der extremen Rechten in Deutschland; häufig agierten rechtsextreme Akteur_innen als Teil von Bündnissen gegen die Corona-Maßnahmen oder mobilisierten zu deren Protesten, wie folgende Beispiele zeigen.



Teilnehmer auf einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen am 23.01.2021 in Braunlage (Niedersachsen).

Foto: Nico Kuhn.

Braunlage (Niedersachsen), Januar 2021: An einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen am 23. Januar nahm ein bekannter rechtsextremer Aktivist und Unternehmer teil. Er trug eine medizinische Schutzmaske, auf der ein sogenannter Judenstern mit der Aufschrift „ungeimpft“ abgebildet war. Mit derartigen Darstellungen inszenieren sich die Träger_innen nicht nur als Opfer eines Massenmords ähnlich der Vernichtung der Jüdinnen_Juden, sie relativieren auch die Schoa. Für Schoa-Überlebende und ihre Nachkommen ist das häufig sehr verletzend.

Erfurt (Thüringen), März 2021: Bei einer Versammlung gegen die Corona-Maßnahmen am 13. März hielt ein Mann aus dem rechtsextremen Reichsbürgermilieu eine Rede. In dieser behauptete er, Politiker_innen seien „Handlanger“ einer „satanistischen Globalisten-Clique“. Er wandte sich außerdem gegen einen in Deutschland angeblich herrschenden „Schuldskult“. Der Begriff „Globalisten“ fungiert insbesondere in der rechtsextremen Szene als Code für Jüdinnen_Juden. Auch die Vorstellung satanistischer Verschwörungen ist ein Bestandteil antisemitischer Verschwörungsmymen, die Jüdinnen_Juden dämonisieren. Das „Schuldskult“-Narrativ behauptet unter anderem, Deutschland müsse sich aufgrund einer quasireligiösen Erinnerung an die Schoa den Jüdinnen_Juden unterwerfen.

Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen), November 2020: Bei einer Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen am 18. November waren Rechts-extreme an der Organisation und als Redner_innen beteiligt, ohne dabei als Vertreter_innen rechtsextremer Organisationen aufzutreten. Im Rahmen der Demonstration wurde die Schoa relativiert, indem behauptet wurde, man fühle sich aufgrund der Maskenpflicht ähnlich wie Juden, die im Dritten Reich verfolgt wurden.

Die Unterscheidung zwischen dem rechtsextremen und dem verschwörungs-ideologischen Spektrum ist häufig schwer zu treffen. Trotz des Rückgangs der relativen Häufigkeit antisemitischer Vorfälle, die RIAs einen rechtsextremen Hintergrund zuweist, muss von einer anhaltend hohen Bedeutung des Rechts-extremismus für das antisemitische Vorfalleschehen insgesamt ausgegangen werden. Zugleich werden bestimmte antisemitische Stereotype und Narrative, die von rechtsextremen Gruppierungen und Personen genutzt und verbreitet werden, auch für andere politische Spektren attraktiver, wie wir noch sehen werden.


Antisemitische Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund: Vorfällarten

RIAS unterscheidet sechs verschiedene Arten antisemitischer Vorfälle: extreme Gewalt, Angriffe, gezielte Sachbeschädigungen, Bedrohungen, Massenzuschriften und verletzendes Verhalten. Zu den Vorfällen verletzenden Verhaltens zählt RIAS auch Versammlungen; diese werden im Folgenden separat aufgeführt. Dem rechtsextremen Spektrum lassen sich für die Jahre 2019 bis 2023 Vorfälle sämtlicher Vorfällarten zurechnen. Im Folgenden werden für jede Vorfällart typische Vorfälle und Konstellationen, die RIAS diesem Spektrum zuordnet, geschildert.

Extreme Gewalt

Als extreme Gewalt dokumentiert RIAS antisemitische Gewalt, die Menschen potenziell oder tatsächlich das Leben kostet oder die eine schwere Körperverletzung darstellt. Zwischen 2019 und 2023 ordnete RIAS bundesweit sechs Fälle extremer Gewalt dem rechtsextremen Spektrum zu. Der Rechtsextremismus ist damit das politische Spektrum, dem die größte Zahl der Fälle extremer Gewalt zugerechnet werden konnten.

Ein besonders schwerer Fall extremer Gewalt ereignete sich am 9. Oktober 2019, in Halle an der Saale und Wiedersdorf (Sachsen-Anhalt). Ein Rechtsterrorist versuchte an diesem Tag, die Mitglieder der Gemeinde und die angereisten Besucher_innen, die zum höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur zusammengekommen waren, zu ermorden. Nachdem es ihm nicht gelungen war, in die Synagoge einzudringen, erschoss er die vorbeilaufende Jana L. Der Attentäter wählte rassistisch motiviert als nächstes Ziel einen türkischen Imbiss aus, warf mehrere Sprengsätze und ermordete einen Gast des Restaurants, Kevin S. Auf seiner Flucht vor der Polizei fuhr der Täter, ebenfalls aus rassistischen Motiven, einen Passanten an und verletzte im nahegelegenen Wiedersdorf zwei weitere Personen lebensgefährlich. Zwischen Juli und Dezember 2020 wurde der Prozess gegen den Attentäter in Magdeburg geführt. Nach 26 Verhandlungstagen wurde der Täter zu lebenslanger Haft verurteilt. Eine besondere Bedeutung erlangte der Prozess durch die Überlebenden des Anschlags: Mit ihrer vielstimmigen Nebenklage konnten sie im Zuge des Prozesses die Botschaft der Tat konterkarieren – und Solidarisierungsprozesse weit über den Prozesssaal hinaus anstoßen.



Schließlich drang der Nachbar gewaltsam in die Wohnung ein, trat ein Loch in die Tür und griff den Betroffenen mit Schlägen gegen Kopf und Rücken schwer an, bevor er ihn verwundet zurückließ.

Obwohl einige Hausbewohner die Hilfeschreie gehört hatten, zeigte niemand Zivilcourage oder kam zur Hilfe.

Spätere antisemitische Vorfälle nahmen immer wieder Bezug auf den rechts-extremen Terroranschlag von Halle. So erhielten jüdische Institutionen unmittelbar nach dem Anschlag antisemitische Briefe und E-Mails, in denen beispielsweise postuliert wurde, die Tat von Halle sei erst der Anfang gewesen. Ein bekannter Rechtsextremer griff am Tag nach der Tat, am 10. Oktober 2019, in Oldenburg mit dem Fahrrad eine Gedenkveranstaltung für die Opfer des Terroranschlags an. Am 15. Oktober 2019 wurde auf eine Stele des Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin der Schriftzug „Free Stpl“ geschmiert, eine Solidaritätsbotschaft, die sich auf den Attentäter bezog. Vorfälle wie diese zeigen, dass Fälle extremer antisemitischer Gewalt in der rechtsextremen Szene legitimiert und gefeiert werden.

Fälle extremer Gewalt spielen sich zuweilen auch im unmittelbaren Wohnumfeld jüdischer Betroffener ab. Dabei zeigt folgender Fall eindrücklich, wie fehlerhaftes Agieren der Polizei die Wirkung rechtsextremer Gewalt auf die Betroffenen noch verstärken kann: Ein jüdischer Israeli, der in Frankfurt am Main lebt, berichtete gegenüber RIAS Hessen von wiederholten antisemitischen Vorfällen in seinem Mehrfamilienhaus. Die an seiner Wohnungstür angebrachte Mesusa wurde mehrmals abgerissen und auf den Boden geworfen. Der Betroffene vermutete, dass dies durch Nachbarn geschah, die bei Wohnungspartys laute rechtsextreme Musik abspielten.

Im Juli 2022 eskalierte die Situation bei einer solchen Party. Nachdem der Betroffene mehrfach vergeblich um Ruhe gebeten hatte, rief er gegen 01:30 Uhr die Polizei. Diese benötigte einen längeren Zeitraum, um zu erscheinen, bat die Nachbarn um Ruhe und fuhr dann wieder ab. Kurz darauf wurde der Betroffene von den Nachbarn laut über den Balkon rassistisch und sexistisch als „Eselficker“ und „Hurensohn“ beleidigt. Schließlich – während der Betroffene sich in seiner Wohnung befand – drang der Nachbar gewaltsam in die Wohnung ein, trat ein Loch in die Tür und griff den Betroffenen mit Schlägen gegen Kopf und Rücken schwer an, bevor er ihn verwundet zurückließ.

Obwohl einige Hausbewohner die Hilfeschreie gehört hatten, zeigte niemand Zivilcourage oder kam zur Hilfe. Der Betroffene verständigte erneut die Polizei, die nur mit zwei Beamten erschien. Trotz der Schwere des Angriffs wurde der Angreifer weder verhaftet noch erhielt er einen Platzverweis. Die Polizisten blieben auch nicht bei dem Betroffenen, obwohl er sie angesichts der zerstörten Wohnungstür darum gebeten hatte. Später befestigten Angehörige des Betroffenen eine Spanplatte, um das Loch in der Tür provisorisch abzudecken und schrieben darauf eine Beschreibung des Vorfalls, in der sie unter anderem die Hausbewohner_innen um Zeugenaussagen baten. In der Beschreibung wurden die Täter namentlich genannt.

Dies führte dazu, dass am darauffolgenden Tag fünf Polizeibeamte aufgrund dieser Beschreibung erschienen. Während die Polizei zuvor nur wenig entschlossen handelte, wurden jetzt Maßnahmen gegen den jüdischen Betroffenen und seinen Sohn angekündigt, sofern die Namen der Täter nicht abgedeckt werden.

Der Sohn des Betroffenen wurde gezwungen, die Namen der Täter zu verdecken, obwohl die Schilderungen der Ereignisse wahrheitsgemäß waren. Dennoch wurde gegen den Sohn des angegriffenen jüdischen Betroffenen aufgrund mutmaßlicher übler Nachrede und Verleumdung ermittelt. Der Polizeieinsatz wurde von einem durch die Betroffenen beauftragten Juristen als unverhältnismäßig und rechtswidrig bewertet. Der Betroffene äußerte gegenüber RIAS Hessen einen tiefen Vertrauensverlust in die Polizei und das deutsche Rechtssystem. Er erklärte, dass seine Söhne aufgrund der Vorfälle nicht mehr in Deutschland leben wollten. „Es macht keinen Sinn, mit Angst zu leben“, sagte er, „aber ich bin enttäuscht und entsetzt, dass weder die Polizei noch die Nachbarschaft mir geholfen haben.“

Angriffe

Eingriffe in den körperlichen Schutzbereich der Betroffenen, die keine extreme Gewalt darstellen, dokumentiert RIAS als Angriffe. Zwischen 2019 und 2023 wurden 34 Angriffe mit rechtsextremem Hintergrund dokumentiert. Diese fanden insbesondere im Rahmen zufälliger Begegnungen, beispielsweise in öffentlichen Verkehrsmitteln oder auf stark frequentierten öffentlichen Plätzen, statt. So stieg am 11. November 2023 ein Mann in Dresden mit seiner Begleitung in eine Straßenbahn und beleidigte Personen rassistisch sowie antisemitisch als „Judenviecher“. Ein Mitfahrender fragte ihn, wen er damit meine, woraufhin der Mann entgegnete: „Na offensichtlich Dich.“ Im Folgenden meinte der Angreifer, der Betroffene solle dahin gehen, wo er hingehöre, und bedrohte diesen: Er werde seine Pistole aus der Wohnung holen, sie ihm an den Hals setzen und abdrücken; dieser habe sein Lebensrecht verwirkt. Der Betroffene rief daraufhin die Polizei und verließ mit dem Mann und seiner Begleitung die Bahn. An der Haltestelle warf der Mann eine Bierflasche in Richtung des Betroffenen, zeigte den Hitlergruß und rief „Sieg Heil“. Die Polizei nahm ihn vor Ort fest. Ein anderer Fall ereignete sich in der Nacht vom 2. auf den 3. September 2023 vor einer Diskothek im thüringischen Sonneberg. Dort rief eine Gruppe rechtsextremer Skinheads mehrfach „Scheiß Jude“, während sie auf einen am Boden liegenden Mann eintrat.

In mehreren von RIAS dokumentierten antisemitischen Angriffen mit rechtsextremem Hintergrund wurden die Betroffenen angegriffen, weil sie als Linke und/oder als Jüdinnen_Juden erkennbar waren. Beispielsweise wurde am 2. September 2019 in Hamburg ein Mann an einer Bushaltestelle bespuckt. Er trug sichtbar einen Davidstern-Anhänger. Der Angreifer beschimpfte ihn als „Judensau“. An derartigen Angriffen zeigt sich zum einen, dass es häufig antisemitische

Beleidigungen sind, die rechtsextreme Gewalt begleiten und zu deren Legitimation herangezogen werden. Zum anderen wird deutlich, dass sich antisemitische Angriffe mit rechtsextremem Hintergrund immer wieder ganz direkt gegen Jüdinnen_Juden richten. Solche Angriffe finden an Orten des Alltagslebens statt – und verweisen auf die Existenz rechtsextremer Alltagskulturen, wie wir weiter unten sehen werden.

Dass im rechtsextremen Spektrum antisemitische Gewalt affirmiert wird, verdeutlichen nicht nur die bereits beschriebenen Reaktionen auf den Terroranschlag von Halle, sondern zeigt sich auch in weiteren durch RIAS dokumentierten Angriffen. So filmte sich im August 2021 eine Gruppe rechtsextremer Aktivisten, als sie bei einem öffentlichen Fest in Querfurt (Sachsen-Anhalt) ein mobiles Corona-Impfteam ansprachen: Die Mitarbeitenden des Impfteams wurden gefragt, wo denn die Duschen seien – eine Anspielung auf die Massenmorde der Nationalsozialist_innen. In die Kamera gewandt, sagte einer der Aktivisten: „Die wollen die Leute wohl tot impfen“. Als eine Person aus dem Impfteam den rechtsextremen Aktivisten das Handy wegnahm, weil diese auch nach mehrmaliger Aufforderung das Filmen nicht eingestellt hatten, wurde er von vier Männern angegriffen und zu Boden gestoßen. Trotz dieser Taten – die Polizei ermittelte – veröffentlichten die Aktivisten das Video später auf der Plattform Instagram. Antisemitische Gewalt ist Teil des rechtsextremen Aktivismus.²⁵

Gezielte Sachbeschädigungen

Eine besondere Rolle für das Vorfalleschehen mit rechtsextremem Hintergrund spielt die Beschädigung von jüdischem oder als jüdisch wahrgenommenem Eigentum sowie von Gedenkzeichen für die Opfer der Schoa. Im Untersuchungszeitraum von 2019 bis 2023 dokumentierte RIAS bundesweit 109 Fälle derartiger gezielter Sachbeschädigung mit rechtsextremem Hintergrund. Dies macht zwar lediglich knapp 11 % aller 1.023 dokumentierten gezielten Sachbeschädigungen aus, allerdings ist der Anteil der unbekannteren politischen Hintergründe bei dieser Vorfallesart besonders hoch: 82 % der Fälle im genannten Zeitraum konnte RIAS keinem politischen Hintergrund zuweisen. Damit ist die Zahl der Fälle gezielter Sachbeschädigungen, die dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden konnten, größer als die Zahl der Fälle, die allen anderen politisch-weltanschaulichen Spektren zusammen zugerechnet werden konnten.

Die gezielten Sachbeschädigungen richteten sich zum einen gegen Gedenkzeichen und -stätten für die Opfer der Schoa. Eine besondere Rolle spielten hier Stolpersteine, die dezentral an deportierte und ermordete Opfer der

25 Zu den unterschiedlichen Segmenten der rechtsextremen Bewegung siehe den Beitrag von Botsch in der vorliegenden Broschüre.

Nationalsozialist_innen erinnern. So wurde am 6. Oktober 2023 am Bremer Hauptbahnhof entdeckt, dass mehrere Stolpersteine, die an nach Minsk deportierte und dort ermordete Mitglieder der Familie Rosenthal erinnern, mit Hakenkreuzen beschmiert worden waren. Häufig werden im Zuge derartiger Sachbeschädigungen unterschiedlichste antisemitische Stereotype verwendet. Am 29. Oktober 2023 wurden in der Gedenkstätte Ahlem in Hannover zahlreiche Aufkleber angebracht, von denen einige für die Jugendorganisation Junge Nationalisten (JN) der Partei Die Heimat (vormals NPD) warben. Auf einigen war die antisemitische Parole „Befreie Dich vom Schuldskult“ zu lesen, auf anderen Parolen wie „Free Palestine. End Israeli Occupation“, „Fuck You Israel“ und „Israel mordet und die Welt schaut zu“. Der Vorfall ereignete sich gut drei Wochen nach den Terrorangriffen der Hamas auf Israel vom 7. Oktober. Die anhaltend hohe Zahl gezielter Sachbeschädigungen, die sich gegen Gedenkzeichen für die Opfer der Schoa richten, zeigt, welche große Bedeutung die Abwehr der Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialist_innen im rechtsextremen Spektrum nach wie vor hat.

Auf ähnliche Art und Weise werden auch regelmäßig Synagogen und Gebäude jüdischer Gemeinden beschädigt. Dabei dokumentierte RIAS bundesweit unterschiedliche Erscheinungsformen des rechtsextremen Antisemitismus auch wenn sich die Vorfälle ansonsten ähnlich waren. So wurden am 7. Februar 2020 Aufkleber der rechtsextremen Kleinstpartei Der III. Weg vor der jüdischen Gemeinde in Oldenburg (Niedersachsen) entdeckt. Die Aufkleber trugen die Aufschrift „Kampf dem Kapitalismus“. Die Identifizierung von Jüdinnen_Juden mit Geld und Kapitalismus ist ein typisches Stereotyp des modernen Antisemitismus. Auch im hessischen Michaelstadt wurden an der Synagoge Aufkleber des III. Wegs entdeckt. Die Sticker, die am 20. März 2023 angebracht wurden, trugen die Aufschrift „Keine Solidarität mit Israel“ neben einer blutverschmierten israelischen Fahne. Die Identifizierung von Jüdinnen_Juden mit Israel ist eine typische Form des antisemitischen Otherings, das heißt des Fremd-Machens: Indem Jüdinnen_Juden in Deutschland für das Verhalten Israels verantwortlich gemacht werden, wird ihnen suggeriert, nicht zur nationalen Gruppe der Deutschen und nicht nach Europa zu gehören. Ebenfalls im Jahr 2023, am 5. November, wurden an der Synagoge in Worms (Rheinland-Pfalz) Aufkleber mit der Aufschrift „Opa war kein Verbrecher“ und „Good Night Left Side“ entdeckt. Diese beispielhafte Aufzählung zum rechtsextremen Vorfallgeschehen zeigt, dass vielfältige und vielschichtige antisemitische Erscheinungsformen zum Tragen kommen, den oberflächlichen Parallelen zwischen den Vorfällen zum Trotz. Neben derartigen Adressierungen von Synagogen und jüdischen Gemeindehäusern dokumentierte RIAS bundesweit zwischen 2019 und 2023 auch neun Fälle von Beschädigungen jüdischer Friedhöfe, die sich aufgrund hinterlassener Parolen oder Ähnlichem dem rechtsextremen Spektrum zuordnen ließen.

Auch das Eigentum von Jüdinnen_Juden wird beschädigt. So berichtete beispielsweise im Dezember 2019 ein in Berlin lebender Israeli, in den Hauseingang des Mehrfamilienhauses, in dem er wohnt, sei ein Hakenkreuz und Sieg-Runen geschmiert worden. In unmittelbarer Nachbarschaft wurde zeitgleich auch ein Restaurant beschmiert und die Radmuttern an Reifen eines Autos gelockert worden. Weil es in der Vergangenheit zu ähnlichen Vorfällen gekommen war, lagen hierfür rassistische Motive nahe. Der Israeli beschrieb gegenüber RIAS Berlin, dass diese Schmierereien bei ihm Sorge auslösen würden: „Ich zähle es immer auch als einen antisemitischen Akt“, auch wenn „der Angriff möglicherweise auf Personen mit Migrationshintergrund im Allgemeinen gerichtet“ gewesen sein mag.

Bedrohungen

Vorfälle, bei denen Betroffenen in unterschiedlicher Form Gewalt angedroht wird, erfasst RIAS als antisemitische Bedrohungen. Unerheblich ist dafür, wie realistisch die Realisierung der Drohung tatsächlich ist. Jede vierte der zwischen 2019 und 2023 von RIAS bundesweit dokumentierten antisemitischen Bedrohungen konnte dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden, insgesamt 140 Fälle. Damit ist der Anteil rechtsextremer Vorfälle überproportional hoch (insgesamt beträgt der Anteil rechtsextremer Vorfälle am Vorfallgeschehen 16,6%). Dies könnte mit der im rechtsextremen Spektrum verbreiteten Befürwortung der Schoa zusammenhängen, die häufig in Bedrohungen zum Ausdruck kommt. So finden sich in mehr als 60% der antisemitischen Bedrohungen mit rechtsextremem Hintergrund Stereotype des Post-Schoa-Antisemitismus – also Äußerungen, die sich in antisemitischer Form auf die nationalsozialistischen Massenverbrechen beziehen. Im Rahmen einer Bürgerversammlung im mecklenburg-vorpommerischen Loitz zur Unterbringung von Geflüchteten bedrohte im Januar 2023 eine Gruppe Neonazis eine Gruppe Geflüchteter mit den Worten: „Bald holen wir die Öfen aus Auschwitz“. Im Oktober 2021 fuhren zwei Personen mit der Regionalbahn gemeinsam von Köln in Richtung Bonn (Nordrhein-Westfalen). Im benachbarten Vierersitz saß eine Gruppe junger Männer, die aufgrund ihrer Bekleidung als Neonazis identifizierbar waren. Die Gruppe stimmte das sogenannte U-Bahn-Lied an, in dem der Bau einer U-Bahn nach Auschwitz besungen wird. Im Anschluss unterhielten sie sich darüber, auf welche Art und Weise Juden umzubringen seien. Der Meldende intervenierte daraufhin mit den Worten: „Seid bitte ruhig, das will doch keiner hier hören.“ Daraufhin beschimpften und bedrohten sie ihn. Antisemitische Vernichtungsdrohungen, wie sie in den beschriebenen Fällen geäußert wurden, spielen für antisemitische Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund eine sehr große Rolle.

Gut die Hälfte der von RIAS bundesweit dokumentierten antisemitischen Bedrohungen mit rechtsextremem Hintergrund ereigneten sich online, also zum Beispiel in den sozialen Medien oder in Form von E-Mails. Dabei wurden politisch engagierte Jüdinnen_Juden auch von rechtsextremen Gruppierungen bedroht, die sich nicht auf ein deutsches Kollektiv beziehen, dazu zählt etwa die türkische rechtsextremistische Bewegung der Grauen Wölfe. Im April 2020 fügte ein Mann in den sozialen Medien das Foto einer jüdischen Nutzerin in ein Bild des Lagertors von Auschwitz und kommentierte es wie folgt: „Leben heißt den Schienen zu folgen und abzuwarten wo sie Dich hinführen [sic]“. Die Betroffene hatte den Mann zuvor wegen seiner rechtsextremen Positionen blockiert. Aufgrund seines Online-Profiles konnte der Täter dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden. Im Juli 2020 erhielt eine jüdische Institution eine E-Mail, die mit „NSU 2.0“ unterzeichnet war. In der E-Mail hieß es:

„Ihr ekelhaften Judenzigeuner, euch werden wir allesamt vergasen, grauenvoll werden wir für euch Auschwitz [sic] wiedereröffnen und eure Zentrale anzünden. In euren Synagogen euch quälen und verrecken lassen. Den Anti-Deutschen [Name des jüdischen Adressierten] werden wir mitanzünden [sic]. Verpisst euch aus Deutschland. Ihr habt hier nichts verloren. HEIL HITLER NSU 2.0.“

Die affirmative Bezugnahme auf die rechtsextreme Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) sowie die offenen Vernichtungsdrohungen belegen beispielhaft die extreme Gewaltförmigkeit, die antisemitische Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund häufig annehmen.

Mit „NSU 2.0“ und „Staatsstreicherorchester“ war eine Reihe von Online- und postalischer Zuschriften unterzeichnet, die sich im Jahr 2019 an zahlreiche Politiker_innen, Journalist_innen, Vertreter_innen der Zivilgesellschaft und Jüdinnen_Juden richteten. In entsprechenden E-Mails hieß es zum Beispiel: „Es ist unser Ziel, wie unser Name schon impliziert, den Staat zu stürzen und vom Abschaum wie Ihnen, dem jüdischen Dreck und all den anderen ausländischen Parasiten zu säubern.“ Auch wurden darin Politiker_innen mit dem Tod bedroht, sollten sie nicht 100.000.000 Euro in Bitcoins bezahlen. Bezug genommen wurde dabei teils auf den Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke. RIAS dokumentierte im Jahr 2019 knapp 30 antisemitische Zuschriften, die mit „Staatsstreicherorchester“ unterzeichnet waren. Mittlerweile konnten einige der Verfasser_innen derartiger Mails ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden. An derartigen Vorfällen zeigt sich, welche große Rolle neben den nationalsozialistischen Massenmorden rechtsterroristische Taten und Akteur_innen aus der Bundesrepublik für das rechtsextreme Spektrum spielen – in antisemitischen Äußerungen bezieht man sich immer wieder positiv auf sie.

Versammlungen

Demonstrationen und Versammlungen mit antisemitischen Äußerungen in Reden und Parolen sowie auf Transparenten und Plakaten lassen sich relativ leicht dem rechtsextremen Spektrum zuordnen. Mithilfe eines Versammlungsmonitorings werden die für das antisemitische Vorfalleschehen bedeutenden Themen, Akteur_innen und Stereotype erfasst. Dennoch muss auch hier von einer nicht bestimmbaren Dunkelziffer rechtsextremer Demonstrationen und Versammlungen mit antisemitischen Äußerungen ausgegangen werden, die nicht ausgewertet werden können. Insbesondere Konzerte und Vortragsveranstaltungen fließen kaum in die von RIAS erfassten Daten ein, spielen für das rechtsextreme Spektrum jedoch eine wichtige Rolle.²⁶

Zwischen 2019 und 2023 dokumentierte RIAS bundesweit 333 rechtsextreme Versammlungen mit antisemitischen Äußerungen. Dabei ging das Niveau seit 2022 etwas zurück. Im gleichen Zeitraum stieg jedoch die Zahl der Demonstrationen im verschwörungsideologischen Spektrum um ein Vielfaches. Wie oben beschrieben, ist davon auszugehen, dass Personen und Gruppen des rechtsextremen Spektrums an solchen Versammlungen beteiligt und in die Mobilisierung dafür eingebunden waren.

Versammlungen mit antisemitischen Äußerungen 2019 – 2023, rechtsextremer und verschwörungsideologischer Hintergrund

— Rechtsextrem — Verschwörungsideologisch

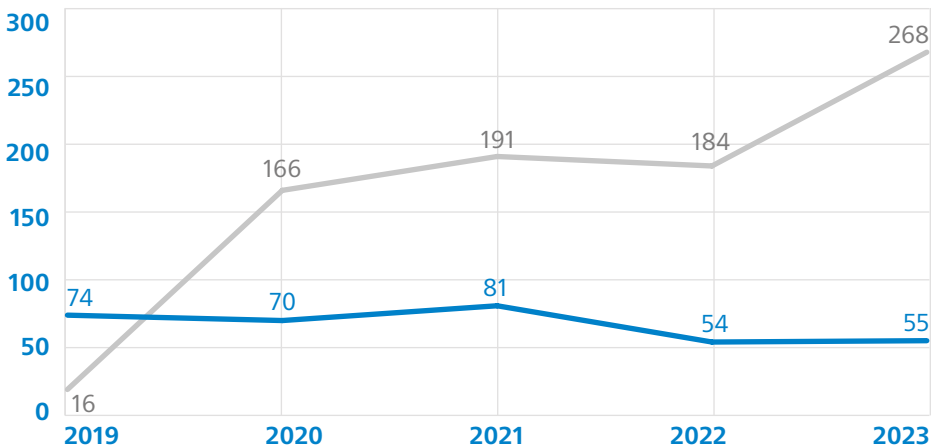


Abbildung 2: eigene Darstellung

26 Florian Pascal Bülow: „Bis an die Zähne bewaffnet mit Schlagzeug und E-Gitarren ...“ – Der Wandel rechter Musik in der Bundesrepublik Deutschland. In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur (Special Issue: Music and Radicalism), 4 (2014), S. 179–328.

Verschwörungsideologisches Spektrum

Der Bundesverband RIAS unterscheidet das verschwörungsideologische Spektrum als einen spezifischen politischen Hintergrund (unter anderem vom rechtsextremen Spektrum). Diesem werden Akteur_innen zugeordnet deren Weltbild vom Glauben an Verschwörungsmethoden geprägt ist. Die konkreten Mythen sind dabei austauschbar. Zum verschwörungsideologischen Spektrum zählen Parteien wie dieBasis, aber auch Querdenken- und andere Gruppen und Bündnisse. Besondere Relevanz hat dieses Spektrum im Zuge der CoVid-19-Pandemie erlangt.

Es gibt durchaus Berührungspunkte des verschwörungsideologischen Spektrums mit anderen politischen Spektren und Milieus – sei es beim Wahlverhalten oder im Glauben an konkrete Verschwörungsmethoden oder auch in Form von Bündnissen bei Demonstrationen. Zugleich sind für dieses Spektrum ein gewisser Individualismus, ganzheitlich-esoterische Ansätze und ein Selbstverständnis als „kritisch“ zentral. Dementsprechend werden in der Forschung auch grüne und anthroposophische Milieus als Ursprungsmilieus für die Querdenken-Bewegung, die starke Überschneidungen mit dem von RIAS identifizierten verschwörungsideologischen Spektrum aufweist, ausgemacht.²⁷ Zuweilen ist die Unterscheidung von verschwörungsideologischen und rechtsextremen Spektren schwierig. Ein Grund dafür sind die rechtsextremen Versuche, eine „Mosaik-Rechte“ (siehe S. 26) zu etablieren.

27 Nadine Frey / Oliver Nachtwey: Quellen des „Querdenkertums“. Eine politische Soziologie der Corona-Protteste in Baden-Württemberg. 2021. https://www.boell-bw.de/sites/default/files/2022-01/Quellen%20des%20Querdenkertums_Frei_Nachtwey.pdf (Zugriff am 29.08.2024).

Zentrale Themenkomplexe rechtsextremer Demonstrationen mit antisemitischen Inhalten waren Solidaritätskampagnen für andere Rechtsextreme, Gedenktage beispielsweise zur Bombardierung Dresdens, ab 2020 die CoVid-19-Pandemie sowie außenpolitische Themen. Auch im Zuge rassistischer Demonstrationen, etwa gegen die Unterbringung von Geflüchteten in einer Kommune oder gegen die europäische Migrationspolitik kam es vielfach zu antisemitischen Aussagen.

Insbesondere in den Jahren 2019 und 2020 spielte eine Solidaritätskampagne für die verurteilte Schoa-Leugnerin Ursula Haverbeck-Wetzel für das Vorfalleschehen aus dem rechtsextremen Spektrum eine wichtige Rolle. Die 1928 geborene Haverbeck-Wetzel gründete in den 1960er-Jahren den Verein Collegium Humanum, der 2008 aufgrund fortgesetzter Leugnung des Holocausts verboten wurde. Haverbeck-Wetzel selbst wurde wegen verschiedener Schoa-Leugnungen seit den 2010er-Jahren immer wieder zu Geld-, Bewährungs- und schließlich Haftstrafen verurteilt. RIAS nimmt Solidaritätsbekundungen für Schoa-Leugner_innen als antisemitische Vorfälle auf. Solidarisierungen mit verurteilten Schoa-Leugner_innen sind für das rechtsextreme Spektrum ein geeignetes Mittel, sich deren strafbewehrte Äußerungen zu verbreiten, ohne sich selbst der Gefahr eines Strafverfahrens auszusetzen. Derartige Solidaritätsbekundungen für die Schoa-Leugnerin Haverbeck-Wetzel fanden beispielsweise in Form von Infoständen, T-Shirt-Aufdrucken oder Plakaten statt. Derartige Solidaritätsbekundungen wurden unter anderem bei Pegida-Demonstrationen in Dresden, bei Wahlkampfveranstaltungen und Demonstrationen der Parteien Die Rechte und Die Heimat (vormals NPD) im Eichsfeld (Thüringen) und in Bremerhaven dokumentiert, aber auch bei Protesten gegen die Corona-Maßnahmen aus dem verschwörungsideologischen oder rechtsextremen Spektrum unter anderem in Lübeck (Schleswig-Holstein), Berlin und Dresden gesichtet.

Am 29. Oktober 2020 fand vor dem Reichstagsgebäude in Berlin eine Versammlung aus dem rechtsextremen Reichsbürgermilieu statt, geprägt von zahlreichen schwarz-weiß-roten Nationalflaggen des Deutschen Reichs in der Kaiserzeit. In einer Rede sprach der Kochbuchautor, Unternehmer und rechtsextreme Aktivist Attila Hildmann davon, dass die deutsche Regierung von Rothschilds installiert worden sei, die einen Krieg gegen Deutschland führen würden. Erzählungen, in denen die jüdische Familie Rothschild als Strippenzieherin geheimer Mächenschaften imaginiert wird, sind ein lange tradiertes und nach wie vor wichtiges Element antisemitischer Verschwörungsmuthe. Auch der rechtsextreme Videoblogger Nikolai Nerling – ein ehemaliger Grundschullehrer, der sich als „Volkslehrer“ inszeniert – hielt bei der Versammlung eine Rede. Darin spielte er mit Assoziationen der Schoa-Leugnung. So sprach er in Hinblick auf die damalige Versammlung zunächst von sechs Millionen Teilnehmenden, um dann einzuschränken: „Ich glaube, es sind nicht sechs Million', es waren weniger, sechs Million' sind eigentlich unmöglich, die hätten gar kein' Platz auf der Straße da.“

Derartige codierte Anspielungen werden von den rechtsextremen Rezipient_innen verstanden und goutiert. Auf der Versammlung wurde zudem ein Transparent gezeigt, auf dem die „Besatzung“ Deutschlands durch eine „Talmud-jüdisch-vatikanische Firma“ behauptet wurde. Mit einem Transparent und mit T-Shirts solidarisierten sich mehrere Teilnehmende mit Ursula Haverbeck-Wetzel. Die Versammlung zeigt beispielhaft, wie unterschiedliche ideologische Versatzstücke des rechtsextremen Spektrums bei solchen Gelegenheiten verbunden werden. Codierte und offen antisemitische Äußerungen stehen nebeneinander.

Letzteres gilt für den Antisemitismus aus dem rechtsextremen Spektrum insgesamt. Zum einen finden sich sehr explizite antisemitische Äußerungen wie die beschriebenen Bedrohungen, die auf die Vernichtungspraktiken der Nationalsozialist_innen Bezug nehmen. Zum anderen gibt es Versuche, mithilfe von Chiffren der Strafbarkeit bei volksverhetzenden Inhalten zu entgehen und trotzdem den rechtsextremen Zielgruppen verstehen zu geben, was gemeint ist. So wurde am 1. Mai 2021 auf einer Kundgebung der rechtsextremen Kleinstpartei Die Rechte in Dortmund (Nordrhein-Westfalen) ein Transparent mit folgender Aufschrift gezeigt: „Ob Dortmund, Erfurt, Buxtehude – der Feind ist und bleibt der Kapitalismus“. Der intendierte Reim auf „Buxtehude“ lautet allerdings „Jude“ – die Identifizierung des Kapitalismus als jüdisch ist ein zentrales Element des modernen Antisemitismus. Noch stärker verklausulierte Anspielungen fanden sich auf einem Transparent bei einer Kundgebung am 19. März 2022 anlässlich des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine in Braunschweig (Niedersachsen). Zu der Kundgebung hatte die Partei Die Rechte aufgerufen. Auf einem circa sechs Meter langen Banner war zu lesen: „Kampf dem ewigen Profiteur“. Wer mit dem ewigen Profiteur, der bekämpft werden solle, gemeint war, mussten die Verantwortlichen für die anderen Teilnehmenden der Kundgebung nicht ausbuchstabieren. Obwohl es ansonsten keinerlei thematischen Bezug hierzu gab, riefen diese laut: „Nie wieder Israel“. Die Polizei schritt angesichts dieser Parole nicht ein. Ein weiteres Beispiel für derartige Chiffren ist die Auslassung der Vokale in antisemitischen Parolen. Diese werden auf T-Shirts bei Demonstrationen, aber auch als Schmiere-reien und auf Aufklebern gezeigt. Sie lauten zum Beispiel „JDN LGN“ (Juden lügen), „JDN TTN“ (Juden töten) oder „FCK JDN“ (Fuck Juden).



Demonstranten mit Banner auf einer Kundgebung der Partei Die Rechte am 19.03.2022 in Braunschweig (Niedersachsen).

Foto: Nico Kuhn.

Gedenktage sind ein wichtiger Anlass für rechtsextreme Mobilisierungen und antisemitische Äußerungen. Eine besondere Rolle spielten im Untersuchungszeitraum die in der Regel jährlich stattfindenden Versammlungen zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens. Die Zahl der Opfer des alliierten Bombardements vom 13. bis 15. Februar 1945 wird dabei grob übertrieben, um die Bezeichnung der Geschehnisse als „Bombenholocaust“ zu plausibilisieren. Die Bezeichnung der Kriegsführung zur Befreiung Deutschlands und Europas als Holocaust ist eine Form der antisemitischen Täter-Opfer-Umkehr, die der Krieg doch de facto der Beendigung der Schoa sowie der Befreiung der Konzentrations- und Vernichtungslager. Dass das Leid der Dresdner Zivilbevölkerung instrumentalisiert wird, um die deutsche Schuld zu relativieren, zeigte sich im Rahmen des rechtsextremen Gedenkens in den vergangenen Jahren auch in Reden, die die Schoa leugneten.

Blickt man auf die Akteur_innen, die zu antisemitischen Versammlungen mit rechtsextremem Hintergrund aufrufen, wird die Bedeutung rechtsextremer Klein- und Kleinstparteien wie NPD/Die Heimat, Die Rechte, Der III. Weg, Neue Stärke Partei (NSP) oder der Gruppierungen Freie Sachsen bzw. Freies Thüringen ersichtlich. Diese agieren entweder regional oder überregional, jedoch mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten. Eine zentrale Rolle spielen außerdem anlassbezogene Bündnisse, in denen sich rechtsextreme Akteur_innen engagieren, um sich größere Legitimität zu verschaffen. Dazu zählen etwa regionale Bündnisse unter dem Motto „steht auf“, zum Beispiel „Chemnitz steht auf“ oder „Eltern stehen auf“. In derartigen Bündnissen ist häufig auch die Alternative für Deutschland (AfD) sehr aktiv. Weitere Bündnisse im Untersuchungszeitraum waren etwa die Gelbwesten-Gruppierungen, der „Merkel-muss-weg-Mittwoch“ oder eine Reihe von Versammlungen unter dem Motto „Ami Go Home“; Letztere wurden aus dem Umfeld des rechtsextremen Publizisten Jürgen Elsässer und seines im Juli 2024 verbotenen Compact-Magazins²⁸ organisiert. Mit derartigen Vernetzungen und Zusammenkünften wird augenscheinlich versucht, sich den Anstrich der Bürgerlichkeit zu geben. Dies verhindert nicht, dass bei entsprechenden Versammlungen explizit antisemitische Äußerungen getätigt werden. So fand am 28. November in Berlin-Spandau eine Versammlung der Gruppe „Eltern stehen auf“, der Ortsgruppe Spandau statt. Dort wurde ein Plakat gezeigt, auf dem die Corona-Maßnahmen mit Vernichtungslagern und Massengräbern aus dem Nationalsozialismus gleichgesetzt wurden – eine Form der Schoa-Relativierung. An dem Bündnis waren lokale AfD-Politiker beteiligt.

28 Anmerkung der Redaktion: Das Bundesverwaltungsgericht hat das Verbot des Compact Magazins am 14. August 2024 vorläufig außer Vollzug gesetzt. Das Magazin darf damit vorläufig weiter erscheinen (Stand: November 2024).

Verletzendes Verhalten

Die beschriebenen Versammlungen mit antisemitischen Äußerungen erfasst RIAS als Fälle verletzenden Verhaltens. Diese Vorfälle sind aber nicht auf Versammlungen und dortige Äußerungen beschränkt. Sie umfasst vielmehr eine Vielzahl antisemitischer Äußerungen wie Schmierereien, Aufkleber und Plakate, antisemitische Online-Kommentare, Zuschriften und Beleidigungen von Angesicht zu Angesicht. Verletzendes Verhalten macht circa 80 % der von RIAS dokumentierten antisemitischen Vorfälle aus.

An antisemitischen Plakaten und Aufklebern, die RIAS dem rechtsextremen Spektrum zuordnet, lassen sich populäre antisemitische Stereotype und Argumentationen deutlich ablesen. Das gilt auch für antisemitische Codes und Chiffren: Seit April 2019 dokumentierte RIAS Europawahl-Plakate der Partei Die Rechte mit der Aufschrift „Zionismus stoppen. Israel ist unser Unglück. Schluss damit!“. Die Parole spielt auf das Zitat „Die Juden sind unser Unglück“ von Heinrich von Treitschke an, das auf der Titelseite der im Nationalsozialismus populären antisemitischen Wochenzeitung *Der Stürmer* prangte. Dieses Plakat dokumentierte RIAS im April und Mai 2019 in Aachen, Wuppertal, Karlsruhe, Detmold, Bergheim, Hildesheim, Dortmund und Bremen. Staatsanwaltschaften stufen es zunächst nicht als strafrechtlich relevant ein.

Wichtig für das Verständnis rechtsextremer Milieus in Deutschland ist die Rolle (sub-)kultureller Elemente. Während bestimmte Aspekte rechtsextremer Lebenswelten wie Ferienlager oder die Kampfsportszene kaum Eingang in die von RIAS dokumentierten Vorfälle finden, schlagen sich insbesondere rechtsextreme Musik und Fußball-Fanszenen im antisemitischen Vorfalleschehen nieder. So dokumentierte RIAS bundesweit Vorfälle, in denen Personen in der Öffentlichkeit rechtsextreme Lieder mit antisemitischen Texten hörten oder sangen. In einem Haus im brandenburgischen Luckenwalde spielte eine Person im August 2023 dermaßen laut rechtsextreme Musik, dass sie auch draußen zu vernehmen war. Gegenüber der verständigten Polizei gab die Person an, ein Lied mit der Textzeile „Lasst die Messer flutschen in den Judenleib“ abgespielt zu haben. Ebenfalls in Brandenburg – in Ludwigsfelde – alarmierte ein_e Zeug_in im April 2023 die Polizei, weil eine Personengruppe an einem Badeseesee laut Musik abspielte, in der es unter anderem hieß: „Juden, Juden, ich hasse dieses Judenpack“. Im Juli 2020 berichtete ein_e Zeug_in gegenüber RIAS von einem Junggesellenabschied, dessen Beteiligte am Hauptbahnhof in Halle (Saale) rassistische rechtsextreme Musik sowie das bereits erwähnte U-Bahn-Lied²⁹ spielten. Die_Der Zeug_in alarmierte die Polizei, musste aber aus sicherer Entfernung feststellen, dass die Beamt_innen nach einer kurzen Ansprache an die Gruppe wieder gingen. Von 2019 bis 2023 dokumentierte RIAS bundesweit 25 derartige Fälle. Sie ereigneten sich nicht nur im öffentlichen Raum, sondern häufig auch im Wohnumfeld der Zeug_innen und Betroffenen.

29 Siehe den Abschnitt: Bedrohungen S. 41.

Auch antisemitische Formen verletzenden Verhaltens mit Fußballbezug verweisen auf die Verwurzelung rechtsextremer antisemitischer Stereotype in (sub-)kulturellen Milieus. So dokumentierte RIAS eine Vielzahl antisemitischer Beleidigungen gegenüber Fußballfans anderer Vereine. Eine Zeug_in meldete mehrere antisemitische und antiziganistische Rufe im Rahmen des Bundesligaspiels zwischen dem FC Schalke 04 und Borussia Dortmund (BVB). Anhänger des BVB hatten bereits vor dem Anpfiff Fans beider Clubs als „Juden“ und „Zigeuner“ bezeichnet. Als Schalke-Fans den Gesang „Steht auf, wenn ihr Schalker seid“ anstimmten, riefen BVB-Anhänger „Steht auf, wenn ihr Juden seid“. Aufgrund ihrer Kleidung konnten diese einer rechtsextremen Hooligangruppe zugeordnet werden.

Massenzuschriften

Insbesondere online erhalten Politiker_innen, Journalist_innen, Vertreter_innen jüdischer Gemeinden und Institutionen sowie andere in der Öffentlichkeit stehende Personen antisemitische Zuschriften. Geht aus solchen Zuschriften hervor, dass sie sich nicht lediglich an eine Person, sondern an einen größeren Kreis von Personen richten, erfasst RIAS diese E-Mails oder Briefe als antisemitische Massenzuschriften. Viele davon gingen im Untersuchungszeitraum von einem kleinen Personenkreis aus. Manchmal sind diese Zuschriften Teil einer regelrechten Kampagne, etwa im Fall der bereits beschriebenen Drohungen, die mit „Staatsstreicherchester“ unterzeichnet waren.³⁰ Für Jüdinnen_Juden sind derartige Zuschriften, insbesondere Post-Zusendungen, häufig bedrohlich. Im Februar 2022 erhielt eine jüdische Institution eine antisemitische Massenzuschrift per E-Mail, die außerdem an mehrere Mailadressen der öffentlichen Verwaltung adressiert war. Der Betreff der E-Mail lautete „JUDEN SIND VERBRECHER“. Sie enthielt eine Beschreibung von Gewalt gegen deutsche Soldaten im Zweiten Weltkrieg, die einer rechtsextremen Website entstammte. Darunter stand in der E-Mail: „JUDEN SIND KEINE MENSCHEN; ES SIND SEELENLOSE BESTIEN TÖTET SIE! [sic]“. Zwischen 2019 und 2023 dokumentierte RIAS bundesweit 213 antisemitische Massenzuschriften mit rechtsextremem Hintergrund, davon waren 86 direkt gegen jüdische Institutionen gerichtet.

30 Siehe den Abschnitt: Bedrohungen S. 41.

Gesamtschau der Vorfallarten

Betrachtet man die von RIAS unterschiedenen Vorfallarten (extreme Gewalt, Angriffe, gezielte Sachbeschädigungen, Bedrohungen, verletzendes Verhalten inklusive Versammlungen sowie Massenzuschriften) in der Gesamtschau, ergibt sich ein genaueres Bild der antisemitischen Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund in den Jahren 2019 bis 2023.

Art des Vorfalls	Zahl der Vorfälle
extreme Gewalt	6
Angriffe	34
gezielte Sachbeschädigung	109
Bedrohung	140
verletzendes Verhalten	1.782
.....	
davon Versammlungen	333
Massenzuschriften	213
Gesamt	2.284

Tabelle 1: eigene Darstellung

Um die Auswirkungen des antisemitischen Vorfalles mit rechtsextremem Hintergrund einschätzen zu können, ist es hilfreich, sich zu vergegenwärtigen, dass hinter zahlreichen dieser 2.284 Vorfälle konkrete Betroffene stehen: Menschen, die sich mit schweren Gewalttaten, mit Angriffen, mit Beschädigungen ihres Eigentums oder mit Bedrohungen auseinandersetzen müssen. In 405 der 2.284 antisemitischen Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund in den Jahren 2019 bis 2023 waren jüdische Institutionen wie Gemeinden oder zivilgesellschaftliche Vereine unmittelbar betroffen. Das entspricht 18 % der Vorfälle. Bei 216 Vorfällen, also 10 %, waren jüdische Individuen betroffen. Antisemitismus aus dem rechtsextremen Spektrum ist für Jüdinnen_Juden Teil ihres alltäglichen Erlebens von Antisemitismus.

Erscheinungsformen des Antisemitismus mit rechtsextremem Hintergrund

Antisemitismus ist ein dynamisches Phänomen und ist immer gewissen Änderungen unterworfen. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen und Entwicklungen abbilden zu können, unterscheidet RIAS verschiedene Erscheinungsformen des Antisemitismus: antisemitisches Othering, modernen Antisemitismus, Post-Schoa-Antisemitismus, israelbezogenen Antisemitismus sowie antijudaistischen Antisemitismus. Dabei ist es möglich und durchaus typisch, dass ein antisemitischer Vorfall mehreren Erscheinungsformen zugeordnet wird. In Hinblick auf antisemitische Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund in den Jahren 2019 bis 2023 fällt auf, dass darin sämtliche Erscheinungsformen sichtbar wurden.

Anteil der Erscheinungsformen von Antisemitismus an Vorfällen mit rechtsextremen Hintergrund, 2019 – 2023

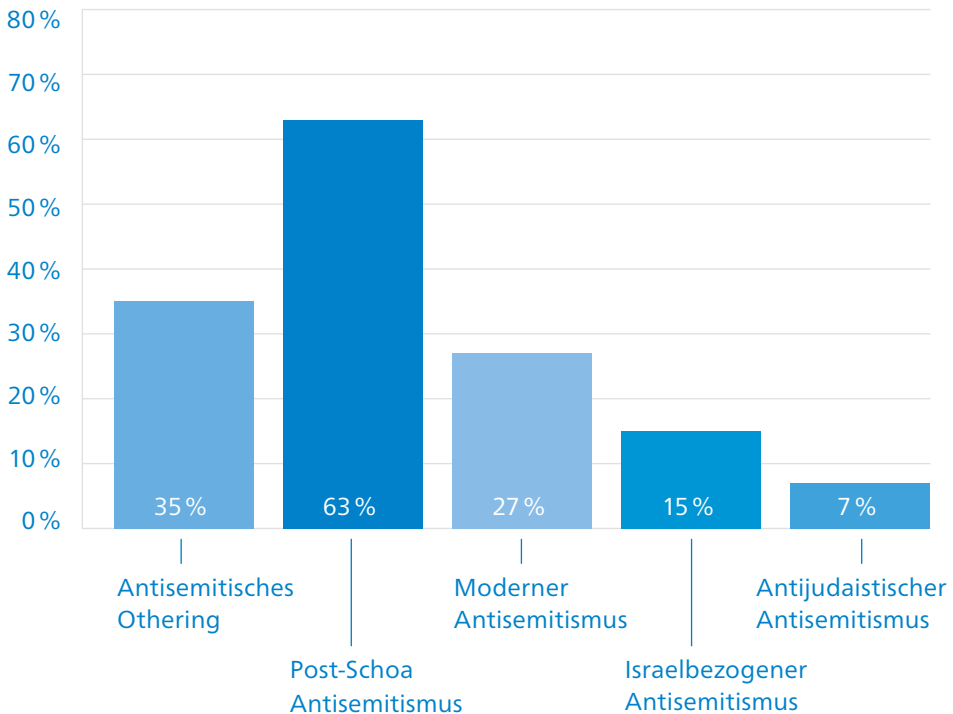


Abbildung 3: eigene Darstellung

In knapp zwei Drittel der im Untersuchungszeitraum dokumentierten antisemitischen Vorfälle aus dem rechtsextremen Spektrum wurden Stereotype des Post-Schoa-Antisemitismus verwendet (63 %). Hierzu zählen beispielsweise die bereits geschilderten antisemitischen Vernichtungsdrohungen, die sich affirmativ auf die Schoa beziehen, und Schoa-Leugnungen. Die hohe Zahl der Vorfälle mit Post-Schoa-Antisemitismus zeigt, dass die Abwehr der Erinnerung an die Schoa und ein positives Bekenntnis zum Nationalsozialismus, aber eben auch zum NS-Vernichtungsantisemitismus, für das rechtsextreme Spektrum nach wie vor eine zentrale Rolle spielen. Dies ist bemerkenswert, da es im Untersuchungszeitraum mit der CoVid-19-Pandemie dem Ukraine-Krieg oder zuletzt den Massakern der Hamas und anderer Terrorgruppen am 7. Oktober 2023 in Israel und dem darauffolgenden Krieg zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen einige Anlässe gab, bei denen eine Zunahme anderer Erscheinungsformen erwartbar gewesen wäre.

In 35 % der antisemitischen Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund dokumentierte RIAS Formen des antisemitischen Otherings. Antisemitisches Othering liegt beispielsweise dann vor, wenn politische Gegner_innen oder andere Feindgruppen, zum Beispiel Fußballfans anderer Vereine, als „Juden“ bezeichnet werden oder wenn ohne weitere Begründung zur Gewalt gegen Jüdinnen_Juden aufgerufen wird. Dass in einem guten Drittel aller Vorfälle im Untersuchungszeitraum Formen des antisemitischen Otherings auftauchen, zeigt, dass die Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund häufig nicht besonders elaboriert sind: Nach wie vor ist die bloße und häufig gewaltförmige Ausgrenzung von Jüdinnen_Juden für den von RIAS dokumentierten rechtsextremen Antisemitismus sehr relevant.

Antisemitische Verschwörungsmythen und andere Vorstellungen von jüdischer, ökonomischer und politischer Macht erfasst RIAS als modernen Antisemitismus. Dieser wurde in gut jedem vierten Vorfall mit rechtsextremem Hintergrund festgestellt. Hier ist besonders wichtig, dass antisemitische Verschwörungsmythen, die sich beispielsweise auf George Soros oder die Rothschilds beziehen, auch jenseits rechtsextremer Kreise Anhänger_innen finden. Im Zuge derartiger Verschwörungsmythen werden antisemitische Feindbilder häufig auf eine codierte Weise tradiert. So sprach der damalige Vorsitzende der AfD, Alexander Gauland, bei Kundgebungen anlässlich der Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen im August 2019 sowohl im brandenburgischen Peitz als auch im thüringischen Arnstadt von einer „globalistischen Krake“. Am 26. August 2019 in Peitz äußerte er: „Die wirkliche Macht wird immer unsichtbarer und unkontrollierbarer. Die globalistische Krake hat an Nationen und Völkern kein Interesse.“ „Globalisten“ ist in rechtsextremen Milieus eine verbreitete Chiffre für Jüdinnen_Juden. Die Krake und andere Tiermetaphern werden im modernen Antisemitismus seit Jahrzehnten reproduziert. Auch sie sollen eine besondere Macht symbolisieren, gleichzeitig

aber Ekel hervorrufen und Gewalt legitimieren. Dass Jüdinnen_Juden andere Nationen und Völker, die ihrerseits homogen vorgestellt werden, zersetzen würden, ist ebenfalls ein weitverbreitetes antisemitisches Stereotyp.

An der bereits beschriebenen Plakatkampagne „Israel ist unser Unglück“ der Partei Die Rechte zeigt sich nicht nur, dass in rechtsextremen Milieus Antisemitismus codiert geäußert wird, sondern sie verweist zudem auf die Relevanz des israelbezogenen Antisemitismus in diesem Spektrum. In öffentlichen Debatten wird dieser häufig und zu Unrecht als lediglich linkes oder muslimisches Phänomen verhandelt.

An der beschriebenen Plakatkampagne „Israel ist unser Unglück“ der Partei Die Rechte zeigt sich nicht nur, dass in rechtsextremen Milieus Antisemitismus codiert geäußert wird, sondern sie verweist zudem auf die Relevanz des israelbezogenen Antisemitismus in diesem Spektrum. In öffentlichen Debatten wird dieser häufig und zu Unrecht als lediglich links/antiimperialistisches oder islamisch/islamistisches Phänomen verhandelt. In den von RIAS in den Jahren 2019 bis 2023 dokumentierten antisemitischen Vorfällen mit rechtsextremem Hintergrund spielt er in 15 % der Vorfällen eine Rolle. Ein weiteres Beispiel für israelbezogenen Antisemitismus sind wiederkehrende Deutungsmuster der Kleinstpartei Der III. Weg. Ein von der Partei produzierter Aufkleber, der Israel als „Terrorstaat“ delegitimiert und eine blutbefleckte israelische Fahne zeigt, wurde von RIAS in 53 Vorfällen aus Bayern, Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Schleswig-Holstein dokumentiert. Derartige antisemitische Delegitimierungen Israels, Stereotype, die mit dem Feindbild „Zionismus“ oder „Zionisten“ arbeiten, und Ähnliches sind nicht auf das rechts-extreme Spektrum beschränkt: Sie finden sich ebenso bei Personen und Gruppen, die dem linken/antiimperialistischen oder dem islamischen/islamistischen Spektrum oder dem israelfeindlichen Aktivismus zuzuordnen sind.

Anlässe antisemitischer Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund

Im Untersuchungszeitraum 2019 bis 2023 sorgten drei gesellschaftliche Anlässe für einen zwischenzeitlichen bzw. noch andauernden Anstieg antisemitischer Vorfälle, die in unmittelbarem Bezug zum jeweiligen Anlass standen: die CoVid-19-Pandemie ab 2019, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ab 2022 sowie die Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 und die israelische Reaktion darauf. Auffallend ist, dass Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund in den dynamischen Entwicklungen, die sich nach derartigen Anlässen ergeben, eine deutlich geringere Rolle spielen als im Vorfallgeschehen insgesamt. So wurden im Jahr 2022 nur 7 % der Vorfälle, die einen Bezug zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine aufwiesen, einem rechtsextremen Hintergrund zugeordnet. Bei 14 % aller antisemitischen Vorfälle war dies 2022 insgesamt der Fall. Dies könnte zum einen darauf hindeuten, dass die Artikulation von Antisemitismus durch Akteur_innen des rechtsextremen Spektrums mehr von eigenen Kampagnen als von gesellschaftlichen Großentwicklungen abhängt. Zum anderen kann es aber auch Ausdruck eines konstanten rechtsextremen Grundrauschens sein, wie es sich etwa in der großen Zahl von Vorfällen im Kontext rechtsextremer Subkulturen zeigt. Erinnerung sei allerdings auch an die bereits erwähnte Vermutung, dass rechtsextreme Akteur_innen in Krisenzeiten an Bündnisse und andere politische Spektren, die nicht offensichtlich rechtsextrem sind, andocken, um für ihre Inhalte zu mobilisieren. Gerade in Hinblick auf die Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der CoVid-19-Pandemie gehen Forscher_innen von einer rechtsextremen Politisierung vormals nicht rechtsextrem eingestellter Milieus aus.³¹

Rechtsextreme Milieus reagieren auf gesellschaftliche Anlässe und Debatten und äußern sich dabei antisemitisch, auch das zeigen die von RIAS dokumentierten Vorfälle. Dies soll anhand eines Vorfalls mit Bezug zur genozidalen Gewalt vom 7. Oktober dargelegt werden. Am 10. Oktober, also nur drei Tage nach den Massakern in Israel, wurde aus einem Haus in Dortmund (Nordrhein-Westfalen), in dessen Erdgeschoss sich ein rechtsextremer Szenetreff befindet, ein Transparent mit der Aufschrift „Der Staat Israel ist unser Unglück“ aus dem Fenster gehängt. Die Worte „Der Staat“ waren darauf vergleichsweise klein geschrieben. Es kann davon ausgegangen werden, dass mit ihnen versucht wurde, strafrechtliche Folgen zu vermeiden, während man zugleich von der antisemitischen Parole „Israel ist unser Unglück“ nicht lassen wollte. Die Polizei beschlagnahmte das Transparent.

31 Frei / Nachtwey: Quellen des „Querdenkertums“.

Ergänzend sei ein Vorfall im Kontext des 7. Oktobers erwähnt, den RIAS nicht dem rechtsextremen Spektrum zuordnete, sondern dem israelfeindlichen Aktivismus. Aus ihm lässt sich ableiten, dass für rechtsextreme Milieus typische Motive auch in anderen Spektren auftauchen können. Am 16. November fand vor der Freien Universität Berlin ein sogenannter stiller Protest statt. Mobilisiert hatten hierzu Akteur_innen des israelfeindlichen Aktivismus. Auf Schildern wurde Israel „Apartheid“ vorgeworfen und ein sofortiger Waffenstillstand gefordert. Auf einem Schild, das eine junge Frau trug, war zu lesen: „Free Palestine from German Guilt“. Hinter der Parole steht die Vorstellung, dass Deutschland aufgrund der Schoa keine selbstbestimmte Außenpolitik – beispielsweise gegenüber Israel und den palästinensischen Gebieten – betreiben könne. Israel könne in Deutschland nicht kritisiert werden, die Palästinenser_innen müssten die Folgen dessen tragen. Derartige Narrative sind Ausdruck eines Schuldabwehrantisemitismus, wie er typisch für Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund ist. Nur wird er im oben beschriebenen Fall von antiisraelischen Aktivist_innen geäußert – die in ihrem Selbstverständnis nichts mit rechtsextremen Positionierungen zu tun haben. Hieraus lässt sich ableiten, dass eine Gefahr antisemitischer Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund darin besteht, dass sich die antisemitischen Inhalte dieser Vorfälle in anderen Spektren und in der Gesellschaft verbreiten.

Zusammenfassung

2.284 antisemitische Vorfälle mit rechtsextremem Hintergrund dokumentierte RIAS in den Jahren 2019 bis 2023 bundesweit. Damit ist der politische Hintergrund Rechtsextremismus das am häufigsten zugeordnete politische Spektrum in diesem Zeitraum. Im Jahresvergleich bleibt die Zahl rechtsextremer Vorfälle recht konstant, ihr Anteil am Vorfallgeschehen nahm über die Jahre eher ab. Dies kann jedoch auch in Änderungen der Datengrundlage und/oder in Veränderungen des politischen Kontexts begründet sein: Insbesondere das verschwörungs-ideologische Spektrum gewann mit Beginn der CoVid-19-Pandemie an Bedeutung und die Abgrenzung zum Rechtsextremismus fällt hier oft schwer.

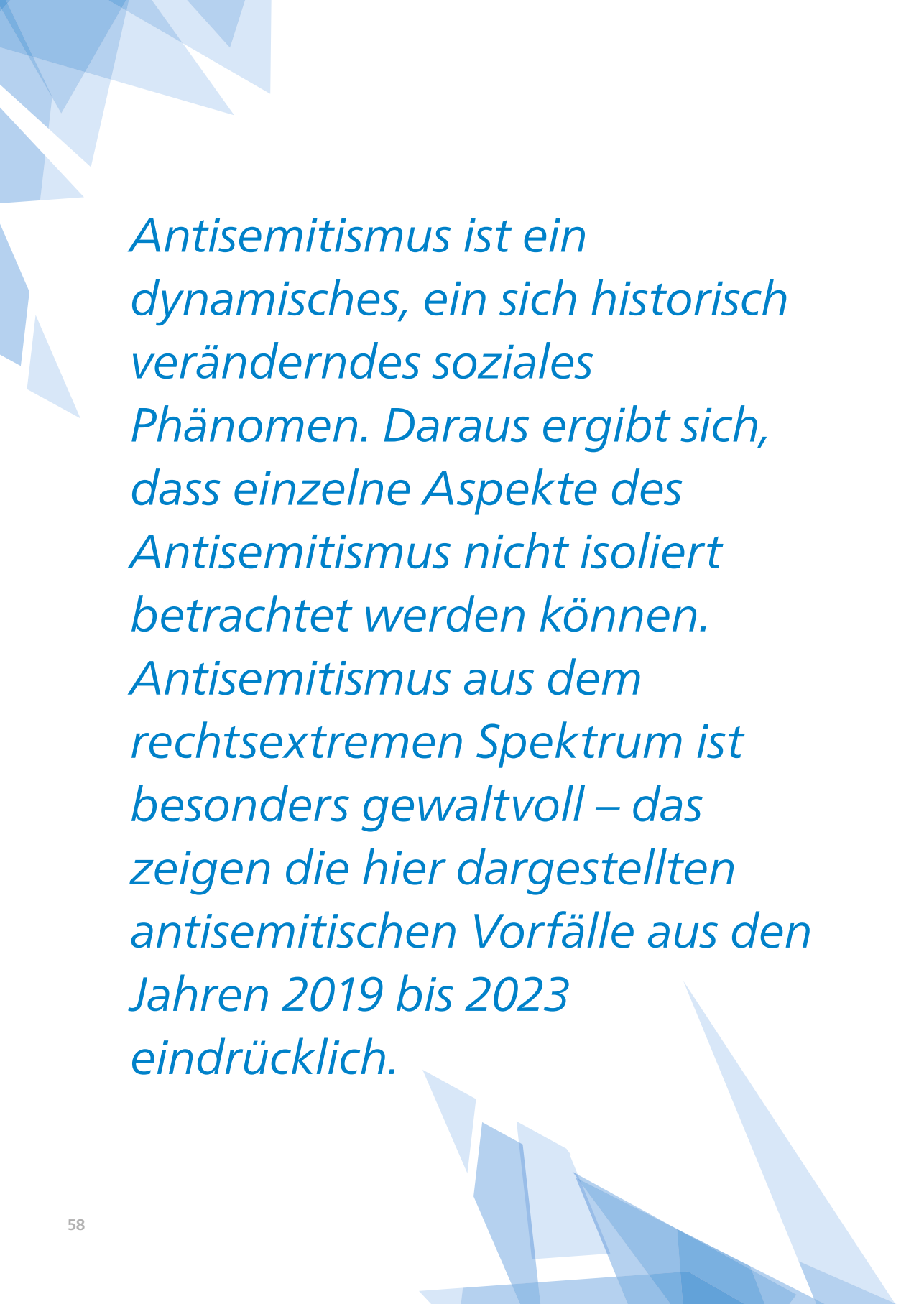
Auch bei Fällen extremer Gewalt ist das rechtsextreme Spektrum das bedeutendste politische Spektrum im Zeitraum 2019 bis 2023. Der Terroranschlag an Jom Kippur in Halle ist hierfür nicht nur ein prominentes Beispiel, auch zeigen zahlreiche positive Bezugnahmen auf den antisemitischen und rassistischen Anschlag, dass derartige Formen antisemitischer Gewalt im rechtsextremen Spektrum stark wahrgenommen, legitimiert und gefeiert werden.

Die Fälle antisemitischer Angriffe spielen sich häufig in ganz alltäglichen Situationen ab. Sie betreffen Jüdinnen_Juden also in ihrem Alltag, beispielsweise im öffentlichen Nahverkehr oder bei einem Nachbarschaftsstreit in ihrem Wohnumfeld. An einigen der dokumentierten Angriffe zeigt sich, dass antisemitische Gewalttaten im rechtsextremen Spektrum gefeiert werden. Dies gilt insbesondere für gezielte Sachbeschädigungen an Gedenkzeichen für die Opfer der Schoa wie Stolpersteinen oder NS-Gedenkstätten.

Die Beschädigungen von Gedenkstätten, Synagogen und jüdischem Eigentum gehen einher mit sämtlichen Formen des Antisemitismus. Ein entscheidender Triebfaktor jedoch ist die Abwehr der Erinnerung an die Schoa: Die Leugnung der Schoa – auch über den Umweg der Solidarisierung mit verurteilten Schoa-Leugner_innen – spielt für das rechtsextreme Spektrum nach wie vor eine herausragende Rolle. Zugleich werden im Rahmen antisemitischer Vernichtungsdrohungen Aspekte der Schoa häufig verherrlicht und es wird deren Wiederholung angedroht. Jüdische Gemeinden und Institutionen sowie Personen, die als politische Gegner_innen wahrgenommen werden, werden von Rechtsextremen in E-Mails und in den sozialen Medien bedroht. Dabei kommt es zu positiven Bezugnahmen auf die Schoa, zu massiven und expliziten Gewaltandrohungen und zu Identifikationen mit rechtsterroristischen Gruppierungen wie dem NSU. Es findet sich somit eine Gleichzeitigkeit von Schoa-Leugnung, -Relativierung und -Affirmation in antisemitischen Äußerungen der rechtsextremen Szene.

Eine weitere Gleichzeitigkeit im rechtsextremen Antisemitismus ergibt sich hinsichtlich der Expliztheit antisemitischer Äußerungen: Vielfach hat RIAS Vorfälle mit antisemitischen Codes und Chiffren dokumentiert. Diese dienen einerseits der Verhinderung strafrechtlicher Verfolgung und senden andererseits Botschaften, die ein rechtsextremes Publikum leicht entschlüsseln kann. Neben derartigen Codes und Chiffren stehen aber immer wieder Äußerungen mit offenem, explizit gewaltlegitimierendem Antisemitismus, häufig der antisemitischen NS-Propaganda entlehnt.

Auf Akteursebene manifestieren sich aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus auch im Vorfallgeschehen. So prägen neben Kleinstparteien unstete und häufig nur lokal und temporär begrenzte Wahl- oder Demonstrationsbündnisse das Vorfallgeschehen. Eine Ausnahme stellt die auch in Wahlen sehr erfolgreiche AfD dar. In Reden von AfD-Politiker_innen, auf Versammlungen der AfD und in Bündnissen, in denen die Partei engagiert ist, kommt es immer wieder zu antisemitischen Äußerungen. Schließlich ist die Bedeutung rechtsextremer (Sub-)Kulturen für das rechtsextreme Spektrum nicht zu unterschätzen. Antisemitischer Rechtsrock und andere rechtsextreme Musik, aber auch antisemitische Beleidigungen gegnerischer Fußballfans durch rechtsextreme Fanszenen sind



Antisemitismus ist ein dynamisches, ein sich historisch veränderndes soziales Phänomen. Daraus ergibt sich, dass einzelne Aspekte des Antisemitismus nicht isoliert betrachtet werden können. Antisemitismus aus dem rechtsextremen Spektrum ist besonders gewaltvoll – das zeigen die hier dargestellten antisemitischen Vorfälle aus den Jahren 2019 bis 2023 eindrucklich.

wichtige Bestandteile des Vorfalles mit rechtsextremem Hintergrund. Segmente oder Ideologiefragmente rechtsextremer Bewegungen, für die Antisemitismus keine Rolle spielt, lassen sich praktisch nicht ausmachen. Für eine von Akteur_innen der Identitären Bewegung propagierte „Mosaik-Rechte“ – damit ist eine belastbare Sammlungsbewegung verschiedener rechtsextremer Gruppierungen gemeint, die sich an und für sich durch unterschiedliche Ideologiefragmente und bevorzugte Handlungsformen voneinander unterscheiden – scheint der Antisemitismus als potenzieller Kitt zur Verfügung zu stehen.³²

Antisemitismus ist ein dynamisches, ein sich historisch veränderndes soziales Phänomen. Daraus ergibt sich, dass einzelne Aspekte des Antisemitismus nicht isoliert betrachtet werden können. Antisemitismus aus dem rechtsextremen Spektrum ist besonders gewaltvoll – das zeigen die hier dargestellten antisemitischen Vorfälle aus den Jahren 2019 bis 2023 eindrücklich. Antisemitismus kann trotz dieser Gewaltförmigkeit ein Vehikel sein, auch nicht rechtsextreme Milieus im Sinne rechtsextremer Akteur_innen zu politisieren oder eine Brücke zu diesen Milieus zu bilden – das zeigten nicht zuletzt die Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der CoVid-19-Pandemie. So werden zentrale Veratzstücke des rechtsextremen Antisemitismus von anderen politischen Spektren übernommen und damit über rechtsextreme Milieus hinaus sagbar gemacht. Antisemitische Stereotype können ein wichtiges Vehikel sein, um politische Bewegungen, Milieus und Gruppierungen auf eine spezifisch rechtsextreme Weise zu politisieren. Seit den Massakern der Hamas vom 7. Oktober lassen sich auch verstärkt Akteur_innen des israelfeindlichen Aktivismus beobachten, die auf Demonstrationen und online das rechtsextreme Narrativ des „Schuldskults“ nutzen, verbreiten und vermeintlich weiter plausibilisieren.

32 Zum Antisemitismus als gemeinsamem Nenner unterschiedlicher Segmente der rechtsextremen Bewegung siehe den Beitrag von Botsch in der vorliegenden Broschüre.

4. Die Alternative für Deutschland und Antisemitismus

Julius Gruber

Einleitung

„Man kann genauso wenig sagen, dass jeder, der in der NSDAP war, ein Nazi war.“³³ Diese Worte des Bundessprechers der Alternative für Deutschland (AfD) in einer Sendung des ZDF machen nicht nur deutlich, wie sehr die Erodierung der Grenzen des öffentlich Sagbaren vorangeschritten ist. Sie veranschaulichen zudem, welche Bedeutung der AfD hinsichtlich der Normalisierung geschichtsrevisionistischer und rechtsextremer Inhalte zukommt.

Dabei sind rechtsextreme Parteien in Deutschland ebenso wenig ein neues Phänomen wie die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen. Entsprechende Erhebungen zeigen seit Jahren ein autoritäres Potenzial in der deutschen Bevölkerung.³⁴ Anders als frühere rechtsextreme Parteien in der politischen Landschaft Deutschlands (NPD, DVU, Die Republikaner, Die Freiheit, Die Rechte, Bürgerbewegung Pro Deutschland) und anders als aktuelle Konkurrenzprojekte (Die Heimat, Freie Sachsen, Der III. Weg) vermag es die AfD jedoch, in der deutschen Bevölkerung vorhandene Einstellungsmuster als entsprechendes Wahlverhalten abzurufen und dauerhaft als Wahlerfolge geltend zu machen. Damit ist die für die Geschichte der Bundesrepublik neue Situation eingetreten, dass bundesweit relevante extrem rechte Akteur_innen über eine parlamentarische Verankerung und somit über einen erheblichen Zuwachs an staatlichen Einflussmöglichkeiten verfügen. Der Erfolg der AfD erklärt sich nicht zuletzt daraus, dass sie „das gesamte antiaufklärerische Ressentiment in sich vereinigte, aber zugleich fortwährend bestritt, rechtsextrem zu sein.“³⁵

33 Markus Lanz vom 4. September 2024. <https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-4-september-2024-100.html> (Zugriff am 05.09.2024).

34 Zwar nehmen der Leipziger Autoritarismusstudie zufolge geschlossen rechtsextreme Weltbilder im Langzeitverlauf ab. Trotzdem blieben Items, die autoritäre, rassistische oder antisemitische Einstellungen messen, hoch. So stimmten 2006 insgesamt 26,1 % der Aussage „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“ zu, 2014 noch 15,6 % und 2022 14,5 %. Der Aussage „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ stimmten 2006 noch 39,1 % zu, 2014 und 2022 immerhin noch 27,5 % bzw. 26 %. Explizit gegen Jüdinnen_Juden gerichteten antisemitischen Items kamen zwar geringere Zustimmungswerte zu. Das gilt aber nicht für Items, bei denen antisemitische Einstellungen aus der Kommunikationslatenz heraustreten können, etwa jenen, die den für den deutschen Rechtsextremismus überdurchschnittlich relevanten Post-Schoa-Antisemitismus abfragen: Der Aussage „Reparationsforderungen an Deutschland nutzen oft gar nicht den Opfern, sondern einer Holocaust-Industrie von findigen Anwälten“ stimmten 2006 noch 42,7 % (2012), 35,7 % (2018) sowie jeweils 41,1 % (2020 und 2022) zu. Die Zahlen verweisen auf manifeste Zustimmungen, d. h. ohne „stimme teils zu, stimme teils nicht zu“. Oliver Decker / Elmar Brähler / unter Mitarbeit von Norman Geißler: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin 2006, S. 32–34; Oliver Decker / Johannes Kiess / Elmar Brähler: Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014. Leipzig 2014, S. 32; Oliver Decker / Johannes Kiess / Aylene Heller / Julia Schuler / Elmar Brähler: Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Oliver Decker / Johannes Kiess / Aylene Heller / Elmar Brähler (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Gießen: Psychosozial-Verlag 2022, S. 31–90, hier S. 38 f. und S. 69.

35 Samuel Salzborn: Antisemitismus in der „Alternative für Deutschland“. In: Ders. (Hrsg.): Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen. Baden-Baden: Nomos 2019, S. 197–216, hier S. 201.

Die AfD ist mittlerweile in allen Landesparlamenten vertreten. Bei den Landtagswahlen 2024 in Thüringen, Sachsen und Brandenburg erreichte die Partei 32,8 % (Thüringen), 30,6 % (Sachsen) bzw. 29,2 % (Brandenburg)³⁶ der abgegebenen Stimmen. In Thüringen ging somit erstmals nach dem Nationalsozialismus eine rechtsextreme Partei bei einer Landtagswahl in Deutschland als stärkste politische Kraft hervor. Bei der Europawahl 2024 blieb die AfD zwar hinter den Prognosen zurück. Doch obwohl die beiden Listenersten Maximilian Krah und Petr Bystron aufgrund anhaltender öffentlicher Skandale in den letzten Wochen des Wahlkampfes kaum öffentlich auftraten, konnte die Partei mit 15,9 % erstmals bei einer bundesweiten Wahl den zweiten Platz erreichen.

Oftmals werden die starken Wahlergebnisse der Partei als Protestwahl verharmlost. Die Einstellungsforschung zeichnet jedoch ein anderes Bild: Die Ergebnisse der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung für 2023 zeigen erhöhte Zustimmungswerte für autoritäre und rechtsextreme Aussagen bei Personen mit einer Parteienpräferenz für die AfD. So befürworteten 17,6 % eine Diktatur, stimmen 42,4 % nationalchauvinistischen Aussagen zu und 41 % fremdenfeindlichen Positionen.³⁷

Im Jahr 2017 nannte die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin) die AfD die „größte Herausforderung seit Jahrzehnten“³⁸. 2024 ist zu konstatieren, dass die Partei für demokratische Akteur_innen ebenso wie für jüdisches Leben in Deutschland mittlerweile eine echte Gefahr darstellt. Rechts extremismus und Antisemitismus begleiten die Partei bereits seit der frühen Phase ihres Bestehens. Der Antisemitismus in der Partei mag für ihre Anhänger_innen nicht der Hauptgrund für ihre Wahl sein. Er ist für sie aber auch kein Grund, die Partei nicht zu wählen.

Im vorliegenden Kapitel wird zunächst der rechtsextreme Charakter der AfD anhand ihrer Funktion als parteiförmiges Sammelbecken rechtsextremer Vernetzung, anhand ihrer Inhalte sowie ihrer Rolle in der jüngst gegründeten EU-Fraktion Europa Souveräner Nationen (ESN) umrissen. Danach wird das Verhältnis der Partei zum Antisemitismus beschrieben. Es wird argumentiert, dass der

36 Bei Verfassen dieses Textes stand nur das vorläufige amtliche Endergebnis zur Verfügung. Landtagswahlleiter Brandenburg: Vorläufiges amtliches Ergebnis der Wahl zum 8. Landtag Brandenburg. Potsdam 2024. https://wahlen.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/PM_31_%202024%20Vorl%C3%A4ufiges%20amtliches%20Ergebnis%20LTW%202024.4512340.pdf (Zugriff am 23.09.2024).

37 Andreas Zick / Beate Küpper / Nico Mokros (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 2023. <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05af-f649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd> (Zugriff am 05.09.2024).

38 Benjamin Steinitz / Daniel Poensgen: Die AfD im Spannungsfeld zwischen Relativierung und Instrumentalisierung des Antisemitismus. Berlin 2017. https://report-antisemitism.de/documents/2017-11-30_rias-be_Artikel_AfD-im-Spannungsfeld.pdf (Zugriff am 05.09.2024).

regelmäßig zu beobachtende Antisemitismus in der Partei und ihrem Umfeld sich aus dem von ihr vertretenen nationalkonservativen Geschichtsbild, aus regressiver Elitenkritik und Verschwörungsmythen sowie aus ihrem Antiamerikanismus speist. Darüber hinaus wird die angebliche Israelsolidarität, welche Vertreter_innen der Partei vortragen, und die Externalisierung von Antisemitismus auf Linke und Muslim_innen eingeordnet.

Die AfD und der Rechtsextremismus

Im Folgenden soll die Entwicklung der AfD zu einer rechtsextremen Partei skizziert werden. Der rechtsextreme Charakter der AfD zeigt sich auf drei Ebenen: erstens an den seit der Gründung der Partei vorhandenen Verbindungen in den außerparlamentarischen Rechtsextremismus; zweitens an ihrer inhaltlichen Ausrichtung; drittens an ihrer internationalen Vernetzung mit rechtsextremen Parteien.

Eine Partei in der Radikalisierungsdynamik

Die Entwicklung der AfD seit ihrer Gründung kann mit Armin Pfahl-Traugher als „innerparteilicher ‚Rechtsruck‘“³⁹ charakterisiert werden. Dieser kann unter anderem an den Entwicklungen an der Parteispitze festgemacht werden. Die Geschichte der Partei ist von einer Dynamik geprägt, in der die ursprünglich noch vorhandene liberalkonservative Strömung einen sukzessiven Bedeutungsverlust erfuhr. Doch auch in der frühen Phase der Partei waren Akteur_innen der extremen Rechten in der Partei, die sich als Sammlungsbewegung verstand, involviert. So waren bei der Parteigründung am 6. Februar 2013 beispielsweise die fundamentalchristliche, antifeministische und homophobe Zivile Koalition rund um Beatrix von Storch sowie die Junge Freiheit (JF), in der immer wieder Akteur_innen der sogenannten Neuen Rechten publizieren, vertreten.⁴⁰ Bereits Anfang 2014 formierte sich innerhalb der Partei die Patriotische Plattform, in der sich zunächst die extrem rechten Strömungen der Partei, neben der 2015 gegründeten völkischen Gruppierung Der Flügel, sammelten.

39 Armin Pfahl-Traugher: Die AfD ist (mittlerweile) eine rechtsextremistische Partei. Eine Einschätzung aus demokratietheoretischer Sicht. In: Sozial Extra 44 (2020) (Thema: Durchblick: Rechtsnationaler Autoritarismus und Soziale Arbeit), S. 87–91, hier S. 87.

40 Volker Weiß: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Bonn: Klett-Cotta 2017, S. 83.

Die Gründung der Gruppierung Der Flügel wurde durch einen innerparteilichen Richtungsstreit ausgelöst, der mit der Abwahl des als liberalkonservativ geltenden ersten Parteivorsitzenden Bernd Lucke als Sprecher zugunsten der radikalnationalistischen Strömung entschieden wurde. Ausgelöst wurde die Auseinandersetzung, als der heutige Ehrevorsitzende der AfD, Alexander Gauland, 2014 eine Versammlung des rassistischen Vereins Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (Pegida) in Dresden besuchte. Vor seiner Fahrt versuchte er, die AfD als parteiförmige Vertreterin dieser sogenannten Bewegung in Stellung zu bringen: „[W]ir [Anmerkung: die AfD] sind die natürlichen Verbündeten dieser Bewegung“.⁴¹ Im Gründungsdokument des Flügels, der *Erfurter Resolution*⁴², wurden die wesentlichen Bestandteile extrem rechter Ideologie programmatisch ausformuliert: Antifeminismus, rassistisch aufgeladener und völkischer Nationalismus, regressive Kritik an politischen Eliten. Demnach gelte es, die Partei als „Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung der Souveränität und der Identität Deutschlands“ und als „Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit usf.)“ auszurichten. Die *Erfurter Resolution* wurde von Amtsträger_innen der AfD aus neun Bundesländern als Erstunterzeichner_innen mitgetragen.

Auf dem Bundesparteitag in Stuttgart 2016 wurde das erste Grundsatzprogramm der AfD verabschiedet. Im Abschnitt „Grundwerte und Demokratie“ wird eine vermeintlich ausgehöhlte Souveränität Deutschlands bemängelt und mit einer regressiven und ressentimenthaften Kritik an politischen Eliten erklärt: „Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten.“⁴³

Am 17. Januar 2017 hielt Björn Höcke, der Vorsitzende des AfD-Landesverbands Thüringen, auf Einladung der Jugendorganisation der Partei, der Jungen Alternative (JA), eine Rede in Dresden, die breite mediale Aufmerksamkeit erhielt. Höcke nannte darin das Denkmal für die ermordeten Juden Europas ein „Denkmal der Schande“ und forderte „eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad.“ Die Partei müsse sich, so Höcke, als „Fundamentalopposition verstehen, denn sie

41 Zit. nach Frank Jansen: Pegida in Dresden: Tausende demonstrieren – und Gauland schaut zu. In: Tagesspiegel, 16.12.2014, <https://www.tagesspiegel.de/politik/tausende-demonstrieren-und-gauland-schaut-zu-6008620.html> (Zugriff am 05.09.2024); Lucke wendet sich ab. In: tagesschau, 05.07.2015, <https://www.tagesschau.de/inland/afd-parteitag-119.html> (Zugriff am 05.09.2024).

42 Der Flügel: Die „Erfurter Resolution“ – Wortlaut und Erstunterzeichner. <https://web.archive.org/web/2016105210808/https://www.derfluegel.de/2015/03/14/die-erfurter-resolution-wortlaut-und-erstunterzeichner/> (Zugriff am 05.09.2024).

43 AfD: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf (Zugriff am 05.09.2024).

ist die einzig relevante politische Kraft des Bewahrenden, die gegen die kollektiven Kräfte der Auflösung der One-World-Ideologen und ihrer Verbündeten steht.“ Es sei für die AfD daher erforderlich, den „Weg einer fundamentaloppositionellen Bewegungspartei und einer fundamentaloppositionellen Bewegungsfraktion“ nach dem Vorbild der AfD Thüringen zu gehen. Dies sei „der einzige Weg, der zu einem vollständigen Sieg führt, und dieses Land braucht einen vollständigen Sieg der AfD.“⁴⁴ Höcke artikuliert also nicht nur ein geschichtsrevisionistisches Programm im Hinblick auf den deutschen Umgang mit dem Nationalsozialismus, sondern offenbart – neben der verschwörungsmächtig aufgeladenen Angst vor ‚Zersetzung‘ – auch eine autoritäre Allmachtsfantasie.⁴⁵

Wie ein „vollständige[r] Sieg“ der AfD aussehen könnte, deutete Alexander Gauland in einem 2018 geführten Zeitungsinterview an. Darin sagte er in Bezug auf die Flüchtlingspolitik Angela Merkels: „Diejenigen, die die Politik Merkels mittragen, das sind auch Leute aus anderen Parteien und leider auch aus den Medien. Die möchte ich aus der Verantwortung vertreiben.“⁴⁶ Die Vertreibung – statt Abwahl – als Methode des Regierungswechsels steht Pfahl-Traughber zufolge in deutlichem Gegensatz zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und macht Bekenntnisse zu dieser somit unglaubwürdig.⁴⁷

Der von Gauland bereits 2014 forcierte Charakter einer „Bewegungspartei“ wurde auch 2018 in Chemnitz (Sachsen) sichtbar. Am 1. September riefen die AfD-Landesverbände Sachsen, Thüringen und Brandenburg zu einem Schweigemarsch auf, nachdem rechte Akteur_innen eine tödliche Messerstecherei am 25. August gezielt für eine rassistische Mobilisierung instrumentalisiert hatten. Diese Instrumentalisierung wollten sich Teile der AfD zu eigen machen. Michael Nattke vom Kulturbüro Sachsen ordnete die Teilnehmenden des Schweigemarsches als überregional angereistes „Who is Who der neonazistischen Szene“ ein.⁴⁸ In der Folge kam es in der Stadt zu rassistischen und antisemitischen Vorfällen, unter anderem durch bundesweit angereiste Akteur_innen.

44 Höcke-Rede im Wortlaut: „Gemütszustand eines total besiegtten Volkes“. In: Tagesspiegel, 19.01.2017, <https://www.tagesspiegel.de/politik/gemuetzustand-eines-total-besiegten-volkes-5488489.html> (Zugriff am 05.09.2024).

45 Lars Rensmann: Die Mobilisierung des Ressentiments. Zur Analyse des Antisemitismus in der AfD. Berlin 2021. https://ajcgermany.org/system/files/document/AJC_AfD-Broschuere_final_digital.pdf (Zugriff am 05.09.2024).

46 Zit. nach: Pfahl-Traughber: Die AfD ist (mittlerweile) eine rechtsextremistische Partei, S. 88.

47 Pfahl-Traughber: Die AfD ist (mittlerweile) eine rechtsextremistische Partei, S. 88.

48 Schulterschluss mit Rechtsextremen: die neue Strategie der AfD. In: Monitor, 06.09.2018, <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/afd-208.html> (Zugriff am 05.09.2024)

Hinzu kommt die enge Vernetzung teils hoher AfD-Funktionär_innen mit Akteur_innen der traditionellen wie auch neueren extremen Rechten,⁴⁹ die durch die Partei toleriert wird. Der Toleranz seitens der Parteispitze können sich auch jene Mitglieder sicher sein, deren politisches Engagement vor der Parteigründung in rechtsextremen bis neonazistischen Milieus verankert war. So beteiligten sich nachweislich spätere Funktionäre der Partei am rechtsextremen „Trauermarsch“ in Dresden 2009 und 2010, um gemeinsam mit rechtsextremen und neonazistischen Akteur_innen geschichtsrevisionistische Inhalte zu verbreiten.⁵⁰ Unter anderem wurden dort offen Transparente mit der antisemitischen Täter-Opfer-Umkehr, die Bombardierung Dresdens durch die Alliierten sei ein „Bombenholocaust“ gewesen, getragen.⁵¹ Konsequenzen hatte dies, trotz medialer Berichterstattung, für die Teilnehmenden nicht.

Häufig werden Personen, die eindeutig im außerparlamentarischen Rechtsextremismus zu verorten sind, in die parteipolitische Arbeit eingebunden: AfD-Abgeordnete des Bundestags beschäftigen einer BR-Recherche zufolge mehr als 100 Mitarbeitende, die in Organisationen aktiv sind, die von deutschen Sicherheitsbehörden als rechtsextrem eingestuft werden.⁵² Demnach seien in der Belegschaft der AfD-Bundestagsbüros Personen vorzufinden, die an Neonazi-Aufmärschen in Chemnitz, Dortmund, Dresden, Magdeburg und Zwickau teilgenommen, lokale Pegida-Ableger gegründet und Querdenken-Demonstrationen organisiert hätten.⁵³ Dieser Umgang der Partei mit der extremen Rechten sollte nicht weiter überraschen, pflegt doch auch die – oftmals als gemäßigt dargestellte – Parteivorsitzende Alice Weidel beste Kontakte zu extrem rechten Akteur_innen. Mehrfach gab sie dem Sender Auf1 Interviews. Dessen Chefredakteur, Stefan Magnet, dem Weidel wiederholt Interviews gab, war in den 2000ern im neonazistischen Bund freier Jugend aktiv und äußert immer wieder

49 Armin Pfahl-Traughber: Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive. Wiesbaden: Springer VS 2019, S. 23 ff.

50 Andreas Speit: Braune Vergangenheit. In: taz, 21.02.2024, <https://taz.de/Fotos-von-AfDlern-bei-Nazi-Aufmarsch/!5990484/> (Zugriff am 09.09.2024); Matthias Meisner: Update Aufmarsch am 13. Februar 2010 in Dresden: Björn Höcke Seit' an Seit' mit Neonazis. In: Tagesspiegel, 14.02.2017, <https://www.tagesspiegel.de/politik/bjoern-hoecke-seit-an-seit-mit-neonazis-6878413.html> (Zugriff am 05.09.2024).

51 B. Niehaus: 14. Februar 2009 Dresden Neonazi-Aufmarsch. <https://www.flickr.com/photos/bniehaus/albums/72157623109663371/with/4284857348> (Zugriff am 09.09.2024); Recherche Nord: 13.02.2010: Neonaziaufmarsch in Dresden. <https://www.recherche-nord.com/gallery/2010.02.13.html> (Bild 32) (Zugriff am 05.09.2024).

52 Nadja Armbrust / Josef Streule: Die AfD im Bundestag und der Rechtsextremismus. In: report München, 12.03.2014, <https://www.br.de/fernsehen/das-erste/sendungen/report-muenchen/afd-rechtsextremismus-bundestag100.html> (Zugriff am 05.09.2024).

53 N. Armbrust / J. Barthel / S. Khamis / A. Meyer-Fünffinger / A. Nabert / V. Nierle / J. Streule / M. Zierer: AfD im Bundestag beschäftigt mehr als 100 Rechtsextreme. In: tagesschau, 12.03.2024, <https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/afd-bundestag-rechtsextreme-mitarbeiter-100.html> (Zugriff am 05.09.2024).

antisemitische Verschwörungsmythen.⁵⁴ Weidel nutzte das Medium beispielsweise, um sich demonstrativ mit dem Parteichef der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Herbert Kickl, zu zeigen.⁵⁵

Einen bekannteren Fall von Verbindungen der AfD in den außerparlamentarischen Rechtsextremismus stellt die ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann dar. Sie wurde im Dezember 2022 festgenommen und soll, gemeinsam mit zwei weiteren AfD-Mitgliedern, Teil der sogenannten Gruppe Reuß sein, die dem verschwörungsideologischen Souveränismus des Reichsbürgermilieus zuzuordnen ist. Die Gruppe hatte einen Umsturz der Bundesregierung geplant. Gegen ihre mutmaßlichen Mitglieder wird wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung ermittelt. Der Bundesanwaltschaft zufolge sei die Gruppe geprägt von „einem Konglomerat aus Verschwörungsmythen bestehend aus Narrativen der sogenannten Reichsbürger- sowie Qanon-Ideologie.“⁵⁶ Zwar zählt Jan Rathje zufolge „verschwörungsideologischer Souveränismus nicht zur Kernideologie der AfD [...], aber Schnittpunkte existieren“⁵⁷, weshalb es sich hier zwar um einen besonders drastischen Fall, keineswegs jedoch um bloßen Zufall handelt.

Auch jenseits der Funktionärebene zeigen die (vergleichsweise schlecht erforschten) Einstellungen einfacher AfD-Mitglieder, wie sehr Elemente eines extrem rechten Weltbildes in der Partei Verbreitung finden. Eine 2018 veröffentlichte Erhebung⁵⁸ in zwei hessischen Kreisverbänden ergab, dass 86 % der Befragten der Aussage voll und ganz oder eher zustimmen, sie hätten „Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in [ihrer] Nähe aufhalten“. 34 % empfinden Homosexualität als „widernatürlich und unmoralisch“. 79 % der Befragten stimmten der Aussage „Wir sind bis heute nicht wirklich souverän, sondern in vielerlei Hinsicht noch immer eine Kolonie der USA“ zu. 38 % denken, der „internationale Einfluss des

54 Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: Info-DIREKT. <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/info-direkt/personalia> (Zugriff am 05.09.2024); Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: Alte Motive, neue Medien: Antisemit zu Gast im österreichischen Parlament. <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/oktober-2023/alte-motive-neue-medien-antisemit-zu-gast-im-oesterreichischen-parlament> (Zugriff am 05.09.2024).

55 YouTube-Kanal von Auf1: Kickl & Weidel: Wende zum Guten wird ein harter Kampf! <https://www.youtube.com/watch?v=E3sUOJm2XTA&pp=ygURd2VpZGVsIGtpY2tsIGF1ZjE%3D> (Zugriff am 05.09.2024).

56 Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof: Festnahmen von 25 mutmaßlichen Mitgliedern und Unterstützern einer terroristischen Vereinigung sowie Durchsuchungsmaßnahmen in elf Bundesländern bei insgesamt 52 Beschuldigten. 2023. <https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2022/Pressemitteilung-vom-07-12-2022.html> (Zugriff am 05.09.2024).

57 Jan Rathje: Das Verhältnis der AfD zu „Reichsbürgern“: Zwischen verbaler Distanzierung und Kooperation. Berlin 2024. https://cemas.io/publikationen/das-verhaeltnis-der-afd-zu-reichsbuergern/2024-08_AfD_und_Reichsbuergern.pdf (Zugriff am 05.09.2024).

58 Hubert Kleinert: Die AfD und ihre Mitglieder. Eine Analyse mit Auswertung einer exemplarischen Mitgliederbefragung hessischer Kreisverbände. Wiesbaden: Springer VS 2018, S. 75 ff.

Judentums“ sei zu groß, während 97 % folgender Aussage zustimmen: „Mehr als 70 Jahre nach 1945 sollten wir endlich aufhören, uns für unsere Vergangenheit zu entschuldigen.“

Der extrem rechte Charakter der AfD zeigt sich somit sowohl in der Vernetzung mit rechtsextremen Akteur_innen als auch an ihren Inhalten. Zudem bildet die Partei auf europäischer Ebene Bündnisse mit anderen rechtsextremen Parteien.

Europäische Vernetzung mit rechtsextremen Parteien

Im Zuge der EU-Wahl 2024 kam es zu einer Neustrukturierung rechter und rechts-extremer europäischer Parteien im Europaparlament. Nachdem die AfD im Mai 2024 auf Betreiben des Rassemblement National (RN) aus dem rechten Parteienbündnis Identität und Demokratie (ID) ausgeschlossen worden war, wurde sie auch nicht Teil der vergleichsweise stärkeren (84 Abgeordnete) Patrioten für Europa, die sich nach den Wahlen neu formierten. Dort stellen der RN und die Fidesz die wichtigsten Kräfte dar. Stattdessen begründete die AfD am 10. Juli 2024 die Fraktion Europa Souveräner Nationen (ESN) mit. In der neu gegründeten Fraktion stellt die AfD mit 14 von 25 Abgeordneten die stärkste Kraft dar.⁵⁹

Der Neugründung der EU-Fraktion vorausgegangen war der Ausschluss der AfD aus der Fraktion Identität und Demokratie im Mai 2024. Als Grund wurden die verharmlosenden Aussagen des Spitzenkandidaten Maximilian Krah zur SS benannt.⁶⁰ Als Reaktion auf den Ausschluss wurde beim anstehenden Bundesparteitag in Essen ein Antrag durch den bayerischen Landesverband eingebracht, in dem gefordert wurde, „ab sofort selbstbewusst europapolitisch eine neue Führungsrolle“ einzunehmen. Dem Antrag zufolge gehe die AfD „kooperations-offen, aber selbstbewusst ihren Weg. Sie führt den Prozess der Bildung einer neuen Fraktion mit weiteren willigen Partnern an, die sich für den gebotenen Grad an Freiheit und Selbstbestimmung der Nationen innerhalb Europas einsetzen.“⁶¹ Der Antrag wurde aus Zeitgründen nicht mehr diskutiert, die Vernetzung mit Parteien der neuen Fraktion hatte aber bereits wesentlich früher begonnen.

59 Website Europäisches Parlament. Abgeordnete der Fraktion Europa der Souveränen Nationen. <https://www.europarl.europa.eu/meps/de/search/advanced?name=&euPoliticalGroupBodyRefNum=7151&countryCode=&bodyType=ALL> (Zugriff am 04.11.2024).

60 Martin Schmidt: AfD will Rauswurf aus ID-Partei zuvorkommen. In: tagesschau, 24.06.2024, <https://www.tagesschau.de/inland/afd-europaparlament-id-partei-100.html> (Zugriff am 05.09.2024).

61 Antragsbuch zum 15. Bundesparteitag – AfD. Berlin 2024. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2024/06/2024-06-14_Antragsbuch_BPT_Essen_anonymisiert.pdf (Zugriff am 05.09.2024).

2019 fand im Bundestag eine von der AfD organisierte „Wertekonferenz“ statt, an der europäische Parteien teilnahmen, „die sich für ein Europa der Vaterländer und den Erhalt der traditionellen, europäischen Werte einsetzen“, unter anderem aus den Ländern Estland, Lettland, Litauen, Serbien, Slowakei, Österreich, Deutschland und Großbritannien. Im Bericht zur Konferenz wird auch die damalige Fraktionsreferentin der AfD für interparlamentarische Beziehungen, Rada Laykova, genannt. Heute ist Laykova Abgeordnete der bulgarischen Partei Wasraschdane im EU-Parlament⁶² und Teil der neuen Fraktion ESN.⁶³

In einem Interview mit der Bulgarian News Agency sagte sie im Juli 2024: „Vazrazhdane [Wasraschdane] have been working to create a truly conservative group in the European Parliament since last year, when we started bilateral talks with our European partners, including European countries outside the European Union.“ Und: „We are one of the founders, both on a practical level and ideologically, because the declaration we created and signed in Sofia on April 12, the Sofia declaration, was recognized as the ideological foundation of our new group.“⁶⁴ In der besagten *Sofia Declaration* wird eingangs eine existenzielle Krise Europas behauptet, um dann bereits im zweiten Satz mit der an Antisemitismus anschlussfähigen Chiffre ‚globalistisch‘ (s. u.) aufzuwarten: „The values that founded European civilization are threatened and called into question by aggressive globalist ideologies.“⁶⁵

Ebenfalls unterzeichnet wurde die Deklaration am 12. April 2024 von den nun in der EU-Fraktion der AfD vertretenen Parteien Mi Hazánk Mozgalom (MHM) aus Ungarn und Hnutie Republika (REP) aus der Slowakei und dem Forum voor Democratie (FvD) aus den Niederlanden. Die AfD selbst unterzeichnete die Deklaration zwar nicht, allerdings waren Vertreter_innen der Partei auf Einladung der Wasraschdane am 3. März 2024 zur Feier des bulgarischen Unabhängigkeitstags

62 AfD-Fraktion im Bundestag: Wertekonferenz im Deutschen Bundestag. <https://afdbundestag.de/wertekonferenz-im-deutschen-bundestag/> (Zugriff am 05.09.2024).

63 European Parliament: Rada LAYKOVA. https://www.europarl.europa.eu/meps/en/257262/RADA_LAYKOVA/home (Zugriff am 05.09.2024).

64 Vazrazhdane Will Raise at EU Level Issue of Referendum on Keeping Bulgarian Lev – MEP Rada Laykova. In: Bulgarian News Agency, 17.07.2024, <https://www.bta.bg/en/news/world/710385-vazrazhdane-will-raise-at-eu-level-issue-of-referendum-on-keeping-bulgarian-lev> (Zugriff am 05.09.2024).

65 Daneben nennt die Deklaration drei programmatische Grundsätze: Erstens, die ökonomische Unabhängigkeit Europas von „multinationalen Konzernen und Finanzinstitutionen“ und Europa als politischer Raum souveräner Staaten. Zweitens, die Macht der EU-Bürokratie müsse gestoppt werden. Drittens, der Krieg in Europa müsse gestoppt werden. Dies könne nur durch Friedensverhandlungen erreicht werden. Die Staaten Europas sollen ein unabhängiger und machtvoller Faktor in der internationalen Politik werden. Forum for Democracy International: The Sofia Declaration, 12.04.2014. <https://fvdinternational.com/article/the-sofia-declaration> (Zugriff am 05.09.2024).

in Sofia zu Gast.⁶⁶ Wiederum einen Monat zuvor, im Februar 2024, war eine Delegation der Wasraschdane auf Einladung der Putin-Partei Geeintes Russland zu Gast in Moskau. Dort fand eine Konferenz mit dem Titel *Gegen moderne Praktiken des Neokolonialismus – Für die Freiheit der Nationen* statt, bei der zwei Mitglieder der Wasraschdane-Delegation eine Rede hielten.⁶⁷ Auf dem Programm stand auch ein Besuch der Delegation bei der Diplomatischen Akademie des Außenministeriums der Russischen Föderation; unter anderem stellte der Vizerektor für wissenschaftliche Arbeit der Akademie dort der bulgarischen Delegation „ein neues Konzept der Außenpolitik der Russischen Föderation“ vor.⁶⁸

Vieles deutet daraufhin, dass der Wasraschdane eine koordinative Funktion bei der Vernetzung der neuen rechten Fraktion bzw. Partei zukam. Die dominante politische Kraft innerhalb des Bündnisses ist nun die AfD. Zwar ist Maximilian Krahn aktuell nach wie vor nicht Teil der ESN-Fraktion, wohl aber Mitglied⁶⁹ der ESN Partei, die am 30. September 2024 bei der Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen registriert wurde.⁷⁰ Der Sitz der ESN Partei ist laut Impressum⁷¹ identisch mit der Adresse des „offizielle[n] Werbemittelshop[s] der Alternative für Deutschland“ in Berlin.⁷² Der aktuelle Vorstand des Vereins besteht lediglich aus zwei Mitgliedern der AfD.⁷³ Wenig überraschend kann die inhaltliche Ausrichtung der ESN als nationalkonservativer Souveränismus beschrieben werden. Das auf der Website vorzufindende Programm⁷⁴ macht dabei einen vergleichsweise moderaten Eindruck. Zwar ist das Programm nicht mit der Sofia Declaration identisch, gleichwohl aber bleibt das Programm der ESN an diese anschlussfähig. Von einem Europa „souveräner Nationalstaaten

66 „Възраждане“ води депутати от „Алтернатива за Германия“ на Шипка. In: Mediapool, 03.03.2024, <https://www.mediapool.bg/vazrazhdane-vodi-deputati-ot-alternativa-za-germaniya-na-shipka-news356769.html> (Zugriff am 05.09.2024).

67 Website Vazrazhdane: Делегация на „Възраждане“ посети Руската Федерация за участие в Международен форум. <https://vazrazhdane.bg/делегация-на-възраждане-посети-руска/> (Zugriff am 05.09.2024).

68 19 февруля 2024 г. <http://web.archive.org/web/20240219170954/http://www.dipacademy.ru/press/o-vizite-delegacii-deputatov-nacionalnogo-sobraniya-respubliki-bolgarii/> (Zugriff am 05.09.2024).

69 Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen. Europe of Sovereign Nations. Declaration of Membership. https://www.appf.europa.eu/cmsdata/289046/Declarations%20of%20party%20Membership_ESN_Redacted_print.pdf (Zugriff am 04.11.2024).

70 Amtsblatt der Europäischen Union. Entscheidung der Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen vom 30. September 2024 über die Eintragung von Europa der Souveränen Nationen als europäische politische Partei. https://www.appf.europa.eu/cmsdata/289785/OJ_C_202406005_DE_TXT.pdf (Zugriff am 04.11.2024).

71 ESN-Party. Impressum. <https://esn-party.eu/impressum-%2F-contact> (Zugriff am 04.11.2024).

72 AfD-Fanshop. Impressum. <https://www.wir-lieben-deutschland.de/impressum> (Zugriff am 04.11.2024).

73 Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen. Europe of Sovereign Nations. Liste der Mitglieder des Vorstands. <https://www.appf.europa.eu/cmsdata/289077/ESN%20Governing%20Body%202024-09-30.pdf> (Zugriff am 04.11.2024).

74 Website Europe of Sovereign Nations. Political Program. <https://esn-party.eu/political-program> (04.11.2024).

und Völker“ ist die Rede, man wende sich gegen die „ausufernde Bürokratie“ der Europäischen Union, fordert eine „restriktive Migrationspolitik“ sowie ein „kooperatives und friedliches Europa“, propagiert die „traditionelle Familie als Kern eines auf Identität und Souveränität gegründeten Europas der freien Völker“. Ökonomisch will man eine Stärkung des europäischen Produktionsstandortes und bekennt sich zum freien europäischen Handel und zum freien europäischen Waren- und Personenverkehr. Zugleich stehe die ESN Partei für „Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit, für die Achtung der Menschenwürde sowie die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte von Minderheiten.“ Betrachtet man jedoch die einzelnen Mitgliedsparteien der ESN Partei, so wird schnell ersichtlich, dass die Wahrung von Menschen- und Minderheitsrechten von diesen Parteien kaum zu erwarten ist, sondern dass es sich um ein Bündnis mehrheitlich rechtsextremer Parteien handelt. Dies soll im Folgenden schlaglichtartig deutlich gemacht werden.⁷⁵ Neben der AfD sind in der ESN-Fraktion Abgeordnete folgender Parteien vertreten: Die bereits erwähnte Wasraschdane (W) aus Bulgarien, die Nowa Nadzieja (NN) aus Polen, Svoboda a přímá demokracie (SPD) aus Tschechien, Hnutie Republika (REP) aus der Slowakei, Mi Hazánk Mozgalom (MHM) aus Ungarn, Tautos ir teisingumo sąjunga (TTS) aus Litauen sowie die Reconquête (Rec!) aus Frankreich. In der europäischen Partei ESN ist darüber hinaus das Forum voor Democratie (FvD) aus den Niederlanden organisiert, welches über keine Mandate im EU-Parlament verfügt.⁷⁶

Der Gründer und Vorsitzende der bulgarischen Wasraschdane, Kostadin Kostadinov, hielt beim AfD-Bundesparteitag 2023 in Magdeburg ein Grußwort. Darin sagte er: „[I]m letzten Jahrhundert waren wir [Anmerkung: Deutsche und Bulgaren] im Krieg zwei Mal verbündet, nun sind wir Verbündete in Friedenszeiten.“ Und: „Es ist höchste Zeit, dass Ihr Land seinen rechtmäßigen Platz als Großmacht einnimmt – und das nicht nur in Europa.“⁷⁷ Im Jahr 2023 kritisierte der Vorsitzende von Shalom, Repräsentanz der Jüdinnen_Juden in Bulgarien, Dr. Alexander Oscar, öffentlich die Partei Wasraschdane nach einem antisemitischen Vorfall in Sofia, an dem Unterstützer_innen der Partei beteiligt gewesen waren. Als Reaktion schrieb der Vorsitzende von Wasraschdane auf Facebook direkt an Dr. Alexander Oscar gerichtet.: „Sie sollten froh sein, dass wir Bulgaren keine Nazis sind wie Sie. Denn wenn wir es wären, wären Sie nicht hier.“⁷⁸

75 YouTube-Kanal von Auf1: Weidel und Chrupalla: Das erste Doppelinterview. Was sie sagen – und, was nicht. <https://www.youtube.com/watch?v=xbFwBIVrG7c> (Zugriff am 05.09.2024).

76 ESN-Party. Member Parties. <https://esn-party.eu/member-parties> (Zugriff am 04.11.2024).

77 AfD TV: Bundesparteitag 2023 – Grußwort Kostadin Kostadinov. <https://www.afd.tv/video/bundesparteitag-2023-grusswort-kostadin-kostadinov> (Zugriff am 05.09.2024).

78 Mina Kirkova: Bulgaria: Concerns over a spike in antisemitic incidents. In: Deutsche Welle, 28.06.2023, <https://www.dw.com/en/bulgaria-concerns-over-a-spike-in-antisemitic-idents/a-66041664> (Zugriff am 05.09.2024).

2015 aus einer Abspaltung vom Kongress der Neuen Rechten (KNP) um Janusz Korwin-Mikke hervorgegangen, trat die polnische Nowa Nadzieja (NN) zur Europawahl in der Liste Konfederacja an. Nachdem der durch antisemitische Vorfälle bekannt gewordene Grzegorz Braun von der Konfederacja ausgeschlossen worden ist, sind nun nur noch die drei Abgeordneten der NN Mitglieder der Fraktion.⁷⁹ Parteigründer und Ehrenvorsitzender der NN ist Janusz Korwin-Mikke⁸⁰. Er unterstützt die russische Annexion der Krim und betrachtet die Ukraine als einen Feind Polens.⁸¹ Im März 2020 äußerte er in einem Interview Folgendes: „Juden sind deswegen mächtig, weil sie Pogrome gegen sich hatten. Es gibt sogar Theorien, die besagen, dass Rabbiner absichtlich Pogrome angezettelt haben, sodass die Juden überleben könnten und es eine natürliche Auswahl gibt.“ Anlass für Korwin-Mikkés Bemerkungen war die Aussage einer Warschauer Ärztin, die gesagt hatte, Polen sei nicht auf das Coronavirus vorbereitet.⁸² Am 14. Dezember 2021 protestierte Korwin-Mikke zusammen mit weiteren Abgeordneten vor dem polnischen Parlament gegen die Verschärfung der Corona-Maßnahmen. Die Abgeordneten standen dabei vor einem Transparent mit der Aufschrift: „Impfen macht frei“ („*Szczepienie czyni wolnym*“).⁸³ Der aktuelle Präsident der Partei⁸⁴ und Co-Vorsitzende der Konfederacja, Sławomir Mentzen, hatte vor der EU-Wahl 2019 gefordert: „Wir wollen keine Juden, keine Homosexuellen, keine Abtreibungen, keine Steuern und keine Europäische Union.“⁸⁵

Die tschechische Svoboda a přímá demokracie (SPD), aus einer Abspaltung der Partei Morgendämmerung – Nationale Koalition hervorgegangen, wurde 2015 von Tomio Okamura gegründet. Okamura äußerte sich in der Vergangenheit mehrfach prorussisch⁸⁶, und EU observer listet die Partei unter jenen, deren

79 Annika Leister: Brisante Partner an Bord. In: t-online, 10.07.2024, https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100445878/afd-gruendet-neue-fraktion-europasouveraener-nationen-sammelbecken-fuer-radikale-putin-freunde.html (Zugriff am 05.09.2024).

80 Website Nowa Nadzieja: Władze Nowej Nadziei. <https://wolnosc.pl/wladze-nowej-nadziei/> (Zugriff am 05.09.2024).

81 Łukasz Wenerski / Michał Kaciewicz: Russian soft power in Poland. The Kremlin and pro-Russian organizations. 2017, S. 31. https://politicalcapital.hu/pc-admin/source/documents/PC_NED_country_study_PL_20170428.pdf (Zugriff am 05.09.2024).

82 Michael Thaidigsmann: „Juden sind wegen der Pogrome so mächtig“. In: Jüdische Allgemeine, 09.09.2024, <https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/juden-sind-wegen-der-pogrome-so-maechtig/> (Zugriff am 05.09.2024).

83 Waldemar Kumór: To zdjęcie jest haniebne. Dla antyszczepionkowców nie ma żadnych świętości. In: Newsweek, 16.12.2021, <https://www.newsweek.pl/opinie/konfederacja-transparent-szczepienie-czyni-wolnym/ve74xfc> (Zugriff am 05.09.2024).

84 Website Nowa Nadzieja: Władze Nowej Nadziei.

85 Annika Leister: Brisante Partner an Bord. In: t-online, 10.07.2024, https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100445878/afd-gruendet-neue-fraktion-europasouveraener-nationen-sammelbecken-fuer-radikale-putin-freunde.html (Zugriff am 05.09.2024).

86 Petra Vejvodová / Jakub Janda / Veronika Víchová: The Russian connections of far-right and paramilitary organizations in the Czech Republic. Budapest 2017, S. 19. https://politicalcapital.hu/pc-admin/source/documents/PC_NED_country_study_CZ_20170428.pdf (Zugriff am 05.09.2024).

Abgeordnete prorussisches Abstimmungsverhalten gezeigt hätten.⁸⁷ Der stellvertretende Vorsitzende der tschechischen SPD, Radim Fiala,⁸⁸ verbreitete auf Facebook im Juni 2020 einen Cartoon mit dem Titel *Die langen Krallen von George Soros in der Tschechischen Republik. Bakala, Schwarzenberg, Piraten*. Der Cartoon zeigt George Soros zusammen mit der tschechischen Opposition, vertreten durch den tschechisch-amerikanischen Geschäftsmann Zdeněk Bakala, den Gründer der Partei TOP 09 Karel Schwarzenberg und die liberale politische Piratenpartei, wie sie die vermeintliche Migrationskrise beförderten.⁸⁹

Die slowakische Partei Hnutie Republika (HR), 2021 ebenfalls als Spaltprodukt⁹⁰ gegründet, plädiert für eine Intensivierung der Handelsbeziehungen der Slowakei mit den BRICS-Staaten.⁹¹ Den russischen Überfall auf die Ukraine stellt der Vorsitzende der HR, Milan Uhrík, wie folgt dar: „With over 7 years of anti-Russian sanctions, hateful propaganda, and the expansion of US military influence to the East (even reaching Slovakia), Russia was left with little choice but to halt the encroachment of its adversaries.“⁹² Die Partei machte bei den Parlamentswahlen 2023 mit einem Plakat, das den Slogan „NGOs keinen Cent“ trug, auf sich aufmerksam. Als Uhrík in einer Talkshow gefragt wurde, was das bedeute, antwortete er, dass „Regenbogen- und Soros-Organisationen, die die öffentliche Meinung verzerren“, keine staatlichen Subventionen erhalten dürften. Wenn seine Partei in der Regierung sei, werde er eine Liste jener Organisationen erstellen, die der staatlichen Unterstützung nicht würdig seien.⁹³

87 Vitovt Kopytok / Mikhail Komin / Andrey Smolyakov: Pro-Russian MEPs not to vote for this weekend. In: euobserver, 07.06.2024, <https://euobserver.com/eu-and-the-world/arc868637b> (Zugriff am 05.09.2024).

88 Aneta Zachová: Tschechische Rechte räumt Misserfolg bei Europawahlen ein. In: Euractiv, 12.06.2024, <https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/tschechische-rechte-raeumt-misserfolg-bei-europawahlen-ein/> (Zugriff am 05.09.2024).

89 Eva Taterová: Increase of Antisemitism in the Czech Republic in Response to the Covid-19 Pandemic: Present Issues Explained on the Bases of Traditional Historical Stereotypes and Prejudice. In: Security Theory and Practice 3/2022. <https://veda.polac.cz/wp-content/uploads/2022/10/Increase-of-Antisemitism-in-the-Czech-Republic-in-Response-to-the-Covid-19-Pandemic.pdf> (Zugriff am 05.09.2024).

90 Bereits die neonazistische Vorgängerpartei Kotlebovci – Ľudová strana Naše Slovensko (ĽSNS), von der die HR sich abspaltete, vertrat eine strikt antiwestliche Ideologie, die Russland als Opfer westlicher Aggression betrachtete, siehe Grigorij Mesežnikov / Radovan Bránik: Hatred, violence and comprehensive military training. The violent radicalisation and Kremlin connections of Slovak paramilitary, extremist and neo-Nazi groups. Budapest 2017, S. 18. https://politicalcapital.hu/pc-admin/source/documents/PC_NED_country_study_SK_20170428.pdf (Zugriff am 05.09.2024).

91 Nikoleta Nemečková: Setting on an East-Bound Course? Slovak Political Parties' Views on China and Russia. Prag 2023, S. 18. https://www.amo.cz/wp-content/uploads/2023/09/AMO_Mapinfluence_Setting-on-an-East-Bound-Course_Slovak-Political-Parties-Views-on-China-and-Russia.pdf (Zugriff am 05.09.2024).

92 Zit. nach Nemečková: Setting on an East-Bound Course?, S. 26.

93 Adriána Belej Majerčíňová: Klusa Sulík nekomentuje. Spolupráca so Sme rodinou? Kollára si už ako šéfa NR SR predstaviť neviem. In: Pravda, 09.07.2023, <https://spravy.pravda.sk/parlamentne-volby-2023/clanok/673992-klusa-sulik-nekomentuje-spolupraca-so-sme-rodinou-kollara-si-uz-ako-sefa-nr-sr-predstavit-neviem/> (Zugriff am 05.09.2024).

Auch bei der ungarischen Mi Hazánk Mozgalom (MHM) handelt es sich um ein Spaltprodukt der letzten Jahre. Sie wurde 2018 von László Toroczkai gegründet, nachdem dieser mit seiner Kandidatur für den Jobbik-Vorsitz gescheitert war. Toroczkai war 2001 bereits der Gründer der Jugendbewegung Vierundsechzig Komitáta gewesen, einer rechtsextremen ungarischen Gruppierung, die sich geopolitisch- ideologisch an Russland orientiert.⁹⁴ Toroczkai soll am 27. Januar 2024 auf einer Konferenz in Budapest, bei der auch hochrangige AfD-Mitglieder anwesend gewesen sein sollen, gesagt haben, dass seine Partei Gebiete der westlichen Ukraine beanspruche.⁹⁵ Im Jahr 2022 gab der Präsident der Budapester Sektion von MHM, Atilla Nagy, der Times of Israel ein Interview. Auf die Frage nach Antisemitismus in seiner Partei antwortete er unter anderem Folgendes:

„Ja, wir empfinden das nicht so. In der heutigen Welt empfinden wir das, was wir tun, nicht als rassistisch oder antisemitisch. Für Liberale ist jeder, der versucht, sein Land zu verteidigen, automatisch ein Nazi oder Faschist. Wer also für sein Land handelt und nicht der liberalen Welt der Globalisten dient, ist ein Nazi oder Faschist oder Rassist – zum Beispiel diejenigen, die nicht wollen, dass Kontinentalbesatzer [Anmerkung: eine rassistische Chiffre für Geflüchtete] nach Ungarn kommen.“

In Bezug auf die Förderung der Maccabiah, die 2019 in Budapest stattfand, sagte er:

„Ungarn veranstaltete in Budapest jüdische Olympische Spiele. Und unsere Partei sagte, das sollte man nicht mit dem Geld des ungarischen Volkes machen, denn die ungarische Regierung hatte das Projekt mit 3 Milliarden Forint (8,7 Millionen Dollar) unterstützt. Das war ein rein rassistisches Spiel – nur Juden durften teilnehmen. Man musste Dokumente mitbringen und beweisen, dass man Jude war, um mitspielen zu dürfen.“⁹⁶

Laut der Homepage der MHM ist Nagy heute Vorsitzender des Sportkomitees der Partei.⁹⁷

94 Attila Juhász / Lóránt Győri / Edit Zgut / András Dezső: „The Truth Today Is What Putin Says It Is“. The Activity of Pro-Russian Extremist Groups in Hungary. Budapest 2017, S. 7, 13, 40 f. https://politicalcapital.hu/pc-admin/source/documents/PC_NED_country_study_HU_20170428.pdf (Zugriff am 05.09.2024).

95 Hungary far-right would lay claim to neighbouring region if Ukraine loses war. In: Reuters, 28.01.2024, <https://www.reuters.com/world/europe/hungary-far-right-would-lay-claim-neighbouring-region-if-ukraine-loses-war-2024-01-28/> (Zugriff am 05.09.2024); Toroczkai László: Ha Ukrajna elbukik, mi igényt tartunk Kárpátaljára. In: index, 27.01.2024, <https://index.hu/belfold/2024/01/27/toroczkai-laszlo-mi-hazank-mozgalom-evertekelo-beszed/> (Zugriff am 05.09.2024).

96 Yaakov Schwartz: Hungary's most radical nationalist party since WWII just won 7 seats in parliament. In: The Times of Israel, 06.04.2022, <https://www.timesofisrael.com/hungarys-most-radical-nationalist-party-since-wwii-just-won-7-seats-in-parliament/> (Zugriff am 05.09.2024).

97 A Mi Hazánk Mozgalom kabinetjeinek listája. <https://mihazank.hu/kabinetek/> (Zugriff am 05.09.2024).

Der Parteivorsitzende des niederländischen Forum voor Democratie, Thierry Baudet, bezeichnet sich selbstbewusst als Verschwörungstheoretiker und vertritt die Ansicht, die Welt werde von einer globalen Verschwörung bössartiger Reptilien regiert, wie er in einer im Oktober 2022 auf Spotify veröffentlichten Folge des Podcasts Geopolitics & Empire verlaublich: „I am a conspiracy theorist. I believe that we are being governed by a global conspiracy of evil reptiles. But I do not believe that national politicians are in on the conspiracy.“⁹⁸ Der einzige globale Akteur, der sich gegen die Pläne dieser Verschwörung zur Wehr setze, sei der „Held“ Vladimir Putin, als dessen „Fan“ Baudet sich bezeichnet: „My view is that the only global player who is opposing that is Vladimir Putin. So, I am a fan of Vladimir Putin. He is the dark knight. He is the hero we need. He is exposing the globalists.“

Es zeigt sich, dass sich von zahlreichen hochrangigen Funktionär_innen der ESN-Mitgliedsparteien antisemitische und andere menschenfeindliche Aussagen, in denen ein rechtsextremes Weltbild zum Ausdruck kommt, finden lassen. Das Bild von der Wahrung von Menschen- und Minderheitsrechten, welches die ESN von sich zeichnet, wirkt vor diesem Hintergrund mehr als fraglich. Ebenso kommt prorussischen und antiwestlichen Positionen in der ESN-Fraktion, bei der es sich wesentlich um ein außenpolitisches Bündnis handelt, ein starkes Gewicht zu. Es kann daher kaum überraschen, dass die AfD in russischen Desinformationskampagnen in positivem Lichte dargestellt wird⁹⁹ und dass Wähler_innen der AfD bei prorussischen Desinformationen die höchsten Zustimmungswerte aufweisen.¹⁰⁰ Auch, wenn sich die Fraktion und die europäische Partei ESN noch in der Gründungsphase befinden kann festgehalten werden, dass die AfD auf europäischer Ebene mit Parteien kooperiert, für die antisemitische Aussagen hochrangiger Funktionär_innen dokumentiert sind. Aber wie ist es um das Verhältnis zum Antisemitismus in der AfD selbst bestellt? Diese Frage soll im folgenden Kapitel beantwortet werden.

98 Geopolitics & Empire: Thierry Baudet: We Must Develop More Courage to Counter Globalism. <https://open.spotify.com/episode/4W1Oza88cLjt88lx83DKSh?si=a468a1f4496341f5> (Zugriff am 04.11.2024).

99 Luisa Hommerich: So wollte der Kreml-Sender RT die deutschen Debatten beeinflussen. In: ZEIT ONLINE, 07.06.2024, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-06/russische-propaganda-rt-de-russland-afd-deutsche-parteien> (Zugriff am 05.09.2024).

100 Pia Lamberty / Lea Frühwirth: Ein Jahr russischer Angriffskrieg: Die Rolle von Desinformation in Deutschland. 2023. https://cemas.io/publikationen/desinformation-und-angriffskrieg/2023-02-24_EinJahrRussischerAngriffskriegDesinformationInDeutschland.pdf (Zugriff am 05.09.2024).

Antisemitismus in der AfD

Größere mediale Aufmerksamkeit erfuhr das Thema Antisemitismus in der AfD erstmals aufgrund der offen antisemitischen Äußerungen und Schriften des damaligen baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon. Zwar wurde dieser 2020 aus der Partei ausgeschlossen, zuvor war sein Antisemitismus von Teilen der Partei jedoch nicht nur toleriert, sondern sogar beklatscht worden. Unabhängig davon finden sich sowohl vor als auch nach der Causa Gedeon zahlreiche antisemitische Aussagen und Vorfälle seitens AfD-Funktionär_innen. Zwar sind in der AfD sämtliche Erscheinungsformen des Antisemitismus anzutreffen, als dominante Formen können jedoch der Post-Schoa- und der moderne Antisemitismus ausgemacht werden. Antisemitismus speist sich in der AfD im Wesentlichen aus folgenden Bereichen: aus einem nationalkonservativen Geschichtsbild und einem Geschichtsrevisionismus sowie aus regressiver Elitenkritik, Verschwörungsmuthe und dem in der Partei vertretenen Antiamerikanismus. Zugleich versuchten Funktionär_innen der Partei wiederholt, sich durch eine selbstproklamierte Israelsolidarität und mittels Thematisierung von Antisemitismus unter Migrant_innen vom Vorwurf des Antisemitismus freizusprechen.

Revanchismus, Geschichtsrevisionismus und Post-Schoa-Antisemitismus

Für die AfD hat ein revanchistisches und nationalkonservatives Geschichtsbild in Bezug auf den Nationalsozialismus programmatischen Charakter. Die damit einhergehende Erinnerungsabwehr wiederum stellt die Grundlage für den durch die Partei immer wieder verbreiteten Geschichtsrevisionismus dar. Seinen Ausdruck findet dies in der Bagatellisierung des Nationalsozialismus, in einer Täter-Opfer-Umkehr sowie in Äußerungen, die als Post-Schoa-Antisemitismus einzuordnen sind. Das revanchistische Geschichtsbild der Partei nahm 2014 erstmals programmatischen Charakter an. Im damaligen Wahlprogramm zur Landtagswahl in Sachsen hieß es unter dem Abschnitt über „Identität“:

„Schul- und insbesondere Geschichtsunterricht soll nicht nur ein vertieftes Verständnis für das historische Gewordensein der eigenen Nationalidentität, sondern auch ein positives Identitätsgefühl vermitteln. Wir wollen einen deutlichen Schwerpunkt auf das 19. Jahrhundert und die Befreiungskriege gesetzt wissen. Die Grundlagen unseres Staates wurden in den Jahren 1813, 1848 und 1871 gelegt. Unsere Nationalsymbole sollen im Unterricht erklärt werden. Das Absingen der Nationalhymne bei feierlichen Anlässen soll wie in den USA selbstverständlich sein.“¹⁰¹

101 AfD Sachsen: Wahlprogramm 2014. Langfassung. <https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/AfD%20-%20Alternative%20fuer%20Deutschland%20-%20Wahlprogramm%20AfD%20Sachsen%202014%20-%20Langfassung.pdf> (Zugriff am 05.09.2024).

Von vornherein steht hier normativ fest, dass der Umgang mit der Geschichte – unabhängig von den konkreten historischen Ereignissen – nationale Identität stiften soll. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinem postnationalsozialistischen Nachleben steht einer solchen positiven deutschen Identitätsbildung, wie sie von Nationalkonservativen typischerweise gefordert wird, tendenziell im Wege. Daher ist vom Nationalsozialismus gar nicht erst die Rede, wenngleich das AfD-Programm an dieser Stelle einen gewissen Neid gegenüber der Siegermacht aus dem Zweiten Weltkrieg USA nur schwerlich verbergen kann.

Bisweilen führt die normative Setzung, dass die historische Auseinandersetzung eine positive deutsche Identitätsbildung befördern solle, zur affirmativen Umdeutung von NS-Begriffen. In einem Facebook-Posting der AfD Sachsen-Anhalt Ende 2015 wurde appelliert, „über gemeinsame Werte, Verantwortung für die Volksgemeinschaft“ nachzudenken. Der Begriff „Volksgemeinschaft“ ist historisch eindeutig mit dem Nationalsozialismus verbunden und stand im Zentrum von dessen Ideologie. Nachdem hieran Kritik geäußert worden war, entgegnete der damalige Landesvorsitzende André Poggenburg, dass es sich dabei um „völlig unproblematische und sogar äußerst positive Begriffe“ handle.¹⁰² In ähnlicher Weise versuchte die damalige Parteivorsitzende Frauke Petry 2016 den Begriff „völkisch“ positiv zu besetzen. Petry behauptete, das Wort sei lediglich das Adjektiv zu „Volk“, und leugnete damit dessen historische Verbindung zur antisemitischen völkischen Bewegung. Bereits damals wurde die Strategie der Partei deutlich, mittels Tabubrüchen und inszenierter Ahnungslosigkeit die Grenzen des öffentlich Sagbaren zu verschieben.¹⁰³ Bisweilen wird offen ausgesprochen, was in der öffentlichen Debatte sagbar werden soll: Im Oktober 2016 verteidigte Björn Höcke die verurteilte Schoa-Leugnerin Ursula Haverbeck-Wetzels und bagatellierte die Leugnung der Schoa als „Meinungsdelikt“.¹⁰⁴

Mit dem Grundsatzprogramm der AfD aus dem Jahr 2016 kam dem nationalkonservativen Zugang zur deutschen Geschichte schließlich bundesweit ein programmatischer Charakter zu. Darin wird die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus explizit als Problem für die deutsche Identitätsbildung benannt. Im Abschnitt über „Kultur, Sprache und Identität“ findet sich folgende

102 Zit. nach Samuel Salzborn: Von der offenen zur geschlossenen Gesellschaft. Die AfD und die Renaissance des deutschen Opfermythos im rechten Diskurs. In: Stephan Grigat (Hrsg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden: Nomos 2017, S. 29–40, hier S. 35.

103 Marc Grimm / Bodo Kahmann: AfD und Judenbild. Eine Partei im Spannungsfeld von Antisemitismus, Schuldabwehr und instrumenteller Israelsolidarität. In: Grigat: AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden: Nomos 2017, S. 41–60, hier S. 50.

104 YouTube-Kanal der ARD: AfD-Politiker Höcke unterstützt Haverbeck | Panorama | NDR. <https://youtu.be/3smyKyZxIMY> (Zugriff am 05.09.2024).

Aussage: „Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch die positiven, identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte mit umfasst.“¹⁰⁵ Ihre Vertretung im Parlament versuchte die Partei bereits dafür zu nutzen, ihr geschichtsrevisionistisches Programm in konkrete Politik umzusetzen. Am 13. Mai 2020 stellte die AfD-Fraktion im Bundestag einen Antrag mit dem Titel *Der Trauer um die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges mit einer Gedenkstätte Ausdruck verleihen*. Der Antrag impliziert, dass unter den „verfolgten Ethnien, politischen Gruppen und Personen“ Deutsche zu berücksichtigen seien. Ein Denkmal für deutsche Opfer solle das Denkmal für die ermordeten Juden Europas „ergänzen“ – zugunsten der Etablierung einer „umfassenden Gedenkkultur“, wie es euphemistisch heißt.¹⁰⁶

Revanchistische Äußerungen sind bei Funktionär_innen der AfD so gut wie durchgängig vorzufinden; oftmals gehen sie mit Geschichtsrevisionismus und Post-Schoa-Antisemitismus einher. Die programmatische Grundlage hierfür ist der nationalkonservative Zugang zur deutschen Geschichte, der immer wieder geschichtsrevisionistische Formen annimmt. Das in der AfD programmatisch verankerte Bedürfnis, nicht mehr über den Nationalsozialismus zu sprechen, trifft auf große Resonanz in der deutschen Bevölkerung. Der Leipziger Autoritarismusstudie 2022 zufolge stimmten 60,2 % der Befragten folgender Aussage zu: „Wir sollten uns lieber gegenwärtigen Problemen widmen als Ereignissen, die mehr als 70 Jahre vergangen sind.“¹⁰⁷

Die Erinnerung an die Schoa als ‚Schuld kult‘ zu diffamieren und AfD-Mitglieder mit Jüdinnen_Juden während des Nationalsozialismus gleichzusetzen, sind typische Äußerungsformen dieses revanchistischen Umgangs der Partei mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Am 6. November 2019 fand im Bundestag eine Aussprache zum Thema öffentlich-rechtlicher Rundfunk statt. Dabei verwies der AfD-Abgeordnete Thomas Ehrhorn auf einen Beitrag über einen Hirseprodukte-Hersteller, dessen Inhaber AfD-Mitglied ist. In diesem Zusammenhang sagte er Folgendes:

105 AfD: Grundsatzprogramm für Deutschland. <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/> (Zugriff am 05.09.2024).

106 Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Drucksache 19/19156, 13.05.2020. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/191/1919156.pdf> (Zugriff am 05.09.2024).

107 Oliver Decker / Johannes Kiess / Aylene Heller / Julia Schuler / Elmar Brähler: Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Oliver Decker / Johannes Kiess / Aylene Heller / Elmar Brähler (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Gießen: Psychosozial-Verlag 2022, S. 31–90, hier S. 69.

„Wer die ZDF-Nachrichten bevorzugt, dem präsentiert man eine Kundin im Biomarkt, die es völlig richtig findet, dass Hirseprodukte ausgelistet – also boykottiert – werden, weil der Hersteller das falsche Parteibuch hat. ‚Kauft nicht bei AfDlern!‘: Hatten wir so ähnlich doch auch schon einmal, oder?“¹⁰⁸

In solchen Analogien werden AfD-Mitglieder mit Jüdinnen_Juden während des Nationalsozialismus gleichgesetzt. Dadurch wird nicht nur die AfD als Opfer inszeniert, sondern auch die nationalsozialistische Verfolgungspraxis gegen Jüdinnen_Juden bagatellisiert. Solche Relativierungen jüdischer NS-Opfer sind eine Form des Post-Schoa-Antisemitismus. Am 18. Juni 2023 äußerte sich eine AfD-Abgeordnete im Laufe der 23. Sitzung der aktuellen Legislaturperiode des Bayerischen Landtags antisemitisch: In der Debatte um ein mögliches NSU-Dokumentationszentrum in Nürnberg sprach die AfD-Abgeordnete Ramona Storm von einem „immerwährenden Schuld kult, für den man ständig neues Futter braucht.“¹⁰⁹ Am 6. Februar 2024 setzte der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Rat der Stadt Ratingen (Nordrhein-Westfalen) die Stimmung gegen die AfD nach Veröffentlichung der Correctiv-Recherche mit den nationalsozialistischen Boykottaufrufen vom 1. April 1933 sowie den Novemberpogromen gleich.¹¹⁰ Correctiv berichtete über die rassistischen Pläne einer ‚Remigration‘ von Mitgliedern.

Verschwörungsmymen und moderner Antisemitismus

Neben Geschichtsrevisionismus und Post-Schoa-Antisemitismus zählen regressive Elitenkritik und Verschwörungsmymen zu den Ideologemen, die in der AfD häufig anzutreffen und für den Themenbereich Antisemitismus von besonderem Interesse sind. Zwischen Ersteren und Letzteren besteht ein logischer Zusammenhang. Verschwörungsmymen bedürfen der Selbstviktimisierung der Verschwörungsgläubigen. Mit Geoffrey Cubitt lassen sich Verschwörungsmymen als ein Deutungsangebot, das aktuellen und historischen Ereignissen einen Sinn durch Intentionalität, Dualismus und Okkultismus verleihen kann, begreifen. Anhänger_innen von Verschwörungsmymen nehmen an, dass alles geplant sei und nichts aus Zufall geschehe (Intentionalität). Sie teilen die Welt streng in böse Verschwörer_innen und unschuldige Opfer (Dualismus) und behaupten,

108 Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 123. Sitzung, S. 15266. <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19123.pdf> (Zugriff am 05.09.2024).

109 Bayerischer Landtag: Plenarprotokoll 19/23 vom 18.06.2024, S. 2061. https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP19/Protokolle/19%20Wahlperiode%20Kopie/19%20WP%20Plenum%20Kopie/023%20PL%20180624%20ges%20endg%20Kopie.pdf (Zugriff am 06.09.2024).

110 Bürger-Union Ratingen: Strafanzeige gegen Bernd Ulrich, Vorsitzender der AfD Fraktion im Rat der Stadt. https://www.buerger-union-ratingen.de/Strafanzeige-gegen-Bernd-Ulrich--Vorsitzen-der-AfD-Fraktion-im-Rat-der-Stadt-_5738.aspx (Zugriff am 05.09.2024).

dass diese Verschwörungen im Geheimen vorstättengehen (Okkultismus).¹¹¹ Insofern stellen geschichtsrevisionistische Opfernarrative, die mit der Vorstellung einhergehen, die Geschichte werde falsch dargestellt, einen Anknüpfungspunkt für Verschwörungsmysmen dar, da sie die Frage nach den Schuldigen aufwerfen.

Die in der AfD vorhandene regressive Elitenkritik, in der ‚das Volk‘ den gesellschaftlichen und politischen Eliten vereinfachend gegenübergestellt wird, bietet eine weitere ideologische Grundlage für Verschwörungsmysmen.¹¹² Diese wiederum funktionieren nach dem gleichen Muster wie moderner Antisemitismus. Thomas Haury beschreibt als grundlegende Strukturprinzipien des Antisemitismus Personifizierung, Manichäismus, die Konstruktion identitärer Kollektive und eine Vernichtungsperspektive.¹¹³ Dieselbe Struktur weisen auch Verschwörungsmysmen auf. Das ist auch der Fall, wenn sie ohne antisemitische Chiffren oder explizite Nennung konkreter Jüdinnen_Juden auftreten.¹¹⁴ Dabei gilt es zu betonen, dass Verschwörungsmysmen nicht an rationale Erwägungen appellieren. Vielmehr erfolgt die Zustimmung zu ihnen affektiv, wie der Jurist und Politikwissenschaftler Franz L. Neumann schon in den 1950er-Jahren beschrieb.¹¹⁵

Ein verschwörungsideologischer Jargon zeigte sich im Kontext der AfD bereits in der *Erfurter Resolution 2015: Die Rede vom „Mut [...] zum wirklich freie[n] Wort“* bedient den bei Verschwörungsgläubigen gängigen Mythos, in Deutschland gebe es keine Meinungsfreiheit. Die Frage, welche Inhalte vermeintlich nicht artikuliert werden können, wurde in der Resolution ebenso ausgespart wie die explizite Frage nach Schuldigen. Dafür inszenierte man sich als heroische Kraft, welche diese Auseinandersetzung „mutig und wahrhaftig“ zu führen bereit sei.¹¹⁶ Vertreten wurde die *Erfurter Resolution* lediglich von einem innerparteilichen Zusammenschluss von AfD-Mitgliedern, genannt Der Flügel. Gleichwohl kann ihr ein programmatischer Charakter – wenn auch nicht für die Partei als Ganzes, so doch für einen innerparteilichen Zusammenschluss – attestiert werden.

111 Geoffrey Cubitt (1989): „Conspiracy Myths and Conspiracy Theories“. In: *Journal of the Anthropological Society of Oxford*, Nr. 20, S. 13–17, hier: S. 13 ff.

112 Leo Roepert: Die globalistische Elite gegen das Volk. Antisemitismus und rechtspopulistisches Elitenbild. In: *Aschkenas* 32 (2), 2022, S. 279–301.

113 Thomas Haury: *Antisemitismus von Links. Kommunistische Ideologie, Nationalsozialismus und Antizionismus in der frühen DDR*. Hamburg: Hamburger Edition 2002, S. 105 ff.

114 Dass Verschwörungsmysmen auch Nicht-Juden_Jüdinnen wie Hillary Clinton oder Bill Gates als Schuldige ausmachen, heißt nicht automatisch, dass diese Mysmen nicht explizit antisemitisch sein können. Oft wird fälschlicherweise eine jüdische Identität unterstellt. Siehe weiterführend: RIAS Bund: *Antisemitische Verschwörungsmysmen in Zeiten der Coronapandemie. Das Beispiel Qanon*. AJC Berlin Lawrence and Lee Ramer Institute (Hrsg). Berlin 2021. <https://ajcgermany.org/system/files/document/Antisemitische%20Verschwörungsmysmen%20in%20Zeiten%20der%20Coronapandemie.pdf> (Zugriff am 05.09.2024).

115 Franz L. Neumann: *Angst und Politik*. In: Ders.: *Demokratischer und autoritärer Staat*. Frankfurt am Main: Fischer Wissenschaft 1986.

116 Der Flügel: *Die „Erfurter Resolution“*.

Im Grundsatzprogramm der AfD von 2016 schließlich tritt deutlich eine regressive und ressentimentgeladene Elitenkritik, die mit Verschwörungsmythen verknüpft ist, hervor: „Heimlicher Souverän“, heißt es im Abschnitt über „Grundwerte und Demokratie“, sei „eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten.“¹¹⁷ Diese Vorstellung eines heimlichen Souveräns ist verschwörungsmythisch aufgeladen. Eine solche Vorstellung eines heimlichen Souveräns ist keine gesellschaftliche Randerscheinung. Die manifeste Zustimmung der deutschen Bevölkerung zu der Aussage „Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.“ liegt der Mitte-Studie 2022/23 zufolge bei 32,3 %. Zählt man die latente Zustimmung – also Antworten mit teils/ teils – hinzu, so beträgt der Zustimmungswert 61,7 %.¹¹⁸

Noch deutlicher kommen Verschwörungsmythen in zahlreichen Äußerungen von AfD-Funktionär_innen zum Ausdruck – oftmals mit einer explizit antisemitischen Komponente. Dem völkischen Nationalismus verpflichtet und der für ihn typischen traditionellen Angst vor ‚Zersetzung‘ entsprechend, kommt den vermeintlichen Verschwörern dabei in der Regel ein internationaler Charakter zu. Im Oktober 2018 veröffentlichte der heutige Ehrenvorsitzende der AfD, Alexander Gauland, in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einen Beitrag mit dem Titel *Warum muss es Populismus sein?* In dem Text wird das Bild einer „Elite“ gezeichnet, die als „globalistische[] Klasse“ imaginiert wird. Diese sei in „international agierenden“ Einrichtungen am Werk, wo sie „Informationen kontrolliert“ und solchermaßen „kulturell und politisch den Takt vor[gibt]“. Deshalb sei „die Bindung dieser neuen Elite an ihr jeweiliges Heimatland schwach“, und sie träume „von der one world und der Weltrepublik“.¹¹⁹ Die Verwendung des Begriffs ‚Globalisten‘ als Markierung eines Feindbilds ist vor allem im rechtsextremen und im verschwörungsideologischen Kontext antisemitisch konnotiert. ‚Globalisten‘ werden in diesem Zusammenhang als geheime Herrscherclique dargestellt, „die die angeblich natürlichen Unterschiede menschlicher Kollektive abschaffen und eine einheitliche, globalisierte Welt mit einheitlichen Menschen schaffen wolle, die besser zu kontrollieren sei.“¹²⁰ Die Artikulation von Verschwörungsmythen in vagen Andeutungen oder

117 AfD: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf (Zugriff am 05.09.2024).

118 Andreas Zick / Beate Küpper / Nico Mokros (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 2023. <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05af649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd> (Zugriff am 05.09.2024).

119 Alexander Gauland: Warum muss es Populismus sein? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.10.2018, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/alexander-gauland-warum-muss-es-populismus-sein-15823206.html> (Zugriff am 05.09.2024).

120 RIAS Bayern: „Das muss man auch mal ganz klar benennen dürfen“. Verschwörungdenken und Antisemitismus im Kontext von Corona. München 2021, S. 26. https://report-antisemitism.de/documents/RIAS_Bayern_Monitoring_Verschwoerungdenken_und_Antisemitismus_im_Kontext_von_Corona.pdf (Zugriff am 05.09.2024).

tradierten antisemitischen Chiffren ist dabei nicht bloß der (zunehmend bröckelnden) Tabuisierung von allzu offen geäußertem Antisemitismus in der öffentlichen Kommunikation geschuldet. Bereits 1946 wies Theodor W. Adorno darauf hin, dass solcher Rhetorik eine gemeinschaftsstiftende Funktion zukommt: „So werden die Zuhörer als eine In-Group behandelt, die schon alles weiß, was der Redner ihr sagen will, und die noch vor jeder Erklärung mit ihm übereinstimmt.“¹²¹ Nicht selten kommt es aber auch vor, dass ‚die Globalisten‘ in konkreten jüdischen Einzelpersonen personifiziert werden.

Auf dem Bundesparteitag der AfD 2023 in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) wurde die Liste für die anstehende EU-Wahl gewählt. In seiner Bewerbungsrede bediente der spätere Listenzweite Petr Bystron den verschwörungsmithischen Jargon, indem er von „Globalisten“ sprach, die „uns ja im Prinzip versklaven“ wollten, und benannte als Feindbilder die „Schwabs, Gates und Soros dieser Welt“.¹²²

Die Namensnennung des Schoa-Überlebenden George Soros ist im verschwörungsideologischen wie auch im rechtsextremen Spektrum eine der dominanten Chiffren antisemitischer Verschwörungserzählungen. Diese Strategie erlaubt es den Verschwörungsgläubigen, ihre Auslassungen als – prinzipiell denkbare – legitime Kritik an Soros erscheinen zu lassen und zugleich antisemitische Ressentiments zu aktivieren. Die Nennung jüdischer Namen, vorzugsweise von vermeintlich mächtigen und reichen Juden wie den ‚Rothschilds‘, ist ein altbewährtes Mittel, um ein antisemitisches Publikum anzusprechen und sich zugleich vom Vorwurf des Antisemitismus freizusprechen: Man habe lediglich Kritik an einer bloß zufällig jüdischen Einzelperson geübt. Diese Strategie ist jener aus dem antiisraelischen Aktivismus bekannten Vorgehensweise, israelbezogenen Antisemitismus zu ‚Israelkritik‘ zu rationalisieren, nicht unähnlich. Im Zusammenhang mit Verschwörungsmithen löst die Nennung von ‚Soros‘ als antisemitische Chiffre die von ‚Rothschild‘ tendenziell ab – ganz verzichtet wird auf die altbewährte ‚Rothschild‘-Chiffre allerdings nicht. Während einer Expertenanhörung am 24. Februar 2021 vor dem Bundestag zum Thema „Pro und Contra Sanktionen in deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen“ äußerte sich der damalige AfD-Abgeordnete Hansjörg Müller folgendermaßen:

121 Theodor W. Adorno: Antisemitismus und faschistische Propaganda. In: Ernst Simmel (Hrsg.): Antisemitismus. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 1993, S. 148–162, hier S. 159.

122 Maria Fiedler: Parteitag in Magdeburg: Welches Material die AfD dem Verfassungsschutz geliefert hat. In: Tagesspiegel, 31.07.2023, <https://www.tagesspiegel.de/politik/parteitag-in-magdeburg-welches-material-die-afd-dem-verfassungsschutz-geliefert-hat-10239913.html> (Zugriff am 05.09.2024).

„Jetzt möchte ich mal was zu diesen Werten sagen, wenn wir uns immer moralinsauer im Westen über die Russen stellen. Wo sind wir denn besser, bei uns sind es halt dann die großen Konzernführer, die auf den Herrn Rockefeller, den Herrn Rothschild oder den Herrn Soros hören, wenn's weltweit in den Konzernen geht [sic]. Da drüben ist halt alles eine Nummer kleiner, da sind es halt die Herrn, ich weiß es nicht, Abramowytsh oder Rothenberg, die dann auf den Herrn Putin hören.“¹²³

Das Beispiel zeigt, wie moderner Antisemitismus mit einer antiwestlichen Stoßrichtung zur Verharmlosung autoritärer Verhältnisse in Russland herangezogen werden kann.

In den verschwörungsideologischen Protesten gegen die Corona-Maßnahmen erkannte die AfD ein Potenzial, das sie für sich zu nutzen wusste. In ähnlicher Weise wie Gauland 2014 in Bezug auf Pegida erklärte sich der AfD-Landesverband Berlin im April 2021 zum „parlamentarische[n] Arm“ der von Verschwörungsmythen geprägten Proteste gegen die Corona-Maßnahmen.¹²⁴ Bereits zu diesem Zeitpunkt waren die Bezüge dieser Bewegungen zu QAnon, Reichsbürger_innen, Post-Schoa-Antisemitismus und antisemitischen Verschwörungsmythen offensichtlich. RIAS dokumentierte zahlreiche antisemitische Vorfälle auf diesen Versammlungen.¹²⁵ Als Beispiel seien Versammlungen am Wochenende um den 1. August 2020 in Berlin genannt: RIAS Berlin wurden 14 antisemitische Vorfälle bekannt, dazu kamen an Antisemitismus anschlussfähige Inhalte.¹²⁶ Am Wochenende vom 28. bis 30. August 2020 fanden in Berlin eine Reihe rechtsoffener Versammlungen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie statt: Auf sieben dieser Versammlungen dokumentierte RIAS Berlin zahlreiche antisemitische Vorkommnisse. Als ein Verbot der Versammlungen im Raum stand, wurde auf Telegram zu Widerstand aufgerufen; damit einher gingen Gewaltandrohungen und zum Teil gewaltvolle Umsturzfantasien. RIAS Berlin sowie andere zivilgesellschaftliche Akteure hatten im Vorfeld des Wochenendes auf das

123 Deutscher Bundestag, Mediathek: Pro und Contra in deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen (Video), Minute 1:30:20. <https://www.bundestag.de/mediathek?video-id=7503104&url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk=&mod=mediathek#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTAzMTA0JnVybD1MMjFsWkdsaGRHaGxhMjkyWlhKc1Y-az0mbW9kPW1lZGlhdGhlaw==&mod=mediathek> (Zugriff am 05.09.2024).

124 Unterstützung für Querdenker: Berliner AfD erklärt sich zum „parlamentarischen Arm“ der Anti-Corona-Proteste. In: Tagesspiegel, 30.04.2021, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-afd-erklart-sich-zum-parlamentarischen-arm-der-anti-corona-proteste-6858070.html> (Zugriff am 05.09.2024).

125 RIAS Berlin: Reichsfahnen, Antisemitismus und Umsturzfantasien. Das letzte Augustwochenende 2020 in Berlin. 18.09.2020. <https://report-antisemitism.de/monitoring/> (Zugriff am 05.09.2024).

126 RIAS Berlin: Verschwörungsmythen und Schoa-Bagatellisierung am „Tag der Freiheit“. 10.08.2020. <https://report-antisemitism.de/monitoring/> (Zugriff am 05.09.2024).

erhöhte Gewaltpotenzial hingewiesen.¹²⁷ Obwohl die Artikulation solcher Inhalte absehbar gewesen war, nahmen am 29. August über 35 Mitglieder der damaligen AfD-Bundestagsfraktion an der Versammlung teil, darunter auch die bereits erwähnte Birgit Malsack-Winkemann.¹²⁸

Um ihre selbsterklärte Rolle als parlamentarischer Arm der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen zu unterstützen, nutzte die Partei sogenannte 'alternative Medien', um ihre Narrative zu verbreiten und band diese in ihren Wahlkampf ein. Das Verhältnis zwischen Partei und dem Spektrum verschwörungsideologischer Medien war und ist dabei reziprok. Letztere betreiben ganz von sich aus Wahlwerbung für die AfD.¹²⁹ Immer wieder treten aber auch AfD-Funktionär_innen als Gäste bei größeren alternativen Medien auf. Dazu gehören das mittlerweile verbotene Compact-Magazin¹³⁰ und der österreichische TV-Sender Auf1: Zwei Medien, die sich dadurch auszeichnen, dass sie den in der Szene verbreiteten Verschwörungsmysmen eine explizit antisemitische Schlagseite gaben bzw. geben.

Antiamerikanismus

Die prussische Ausrichtung der Partei ist von einem ideologisch gefestigten Antiamerikanismus grundiert. Eine der Ursachen für diesen wiederum im bereits diskutierten Revanchismus der postnationalsozialistischen deutschen Gesellschaft zu finden. Die internationale Hegemonie der USA nach dem Zweiten Weltkrieg ist ebenso wie die Präsenz von US-Soldat_innen in Deutschland direkt mit der militärischen Niederschlagung des Nationalsozialismus verknüpft. Für die extreme Rechte verkörpert beides daher eine schmerzliche Kränkung. Die USA erinnern unmittelbar an die Schuld der nationalsozialistischen Deutschen und stehen damit einer ungebrochen positiven deutschen Identität im Weg. Bei ihrer Hinwendung zu Russland bezieht sich die AfD zudem auf die preußische Diplomatie und die Politik Bismarcks.¹³¹

127 RIAS Berlin: Reichsfahnen, Antisemitismus und Umsturzphantasien.

128 Simone Rafael: Diese AfD-Politiker*innen feierten auf der „Querdenken“-Demonstration. In: Belltower News, 11.09.2020, <https://www.belltower.news/dokumentation-diese-afd-politikerinnen-feierten-auf-der-querdenken-demonstration-103619/> (Zugriff am 05.09.2024).

129 CeMAS (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2021. Welche Rolle Verschwörungsideologien in der Demokratie spielen. Berlin 2021. <https://cemas.io/publikationen/die-bundestagswahl-2021-welche-rolle-verschwörungsideologien-in-der-demokratie-spielen/die-bundestagswahl-2021-welche-rolle-verschwörungsideologien-in-der-demokratie-spielen.pdf> (Zugriff am 05.09.2024).

130 Am 14. August 2024 hat das Bundesverwaltungsgericht das Verbot der Compact teilweise ausgesetzt. Das Compact-Magazin darf seitdem vorläufig wieder erscheinen. Siehe Bundesverwaltungsgericht, Pressemitteilung Nr. 39/2024. <https://www.bverwg.de/de/pm/2024/39> (Zugriff am 30.09.24).

131 Peter Carstens: AfD nimmt sich Bismarck zum Vorbild. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.09.2013, <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/aussenpolitisches-konzept-afd-nimmt-sich-bismarck-zum-vorbild-12569281.html> (Zugriff am 05.09.2024).

Der aktuelle Antiamerikanismus der extremen Rechten geht über den besagten Geschichtsrevisionismus hinaus. Marc Grimm und Bodo Kahmann stellten 2017 fest, dass die rechtsextremen Kräfte der AfD, die damals noch in der Patriotischen Plattform und in der völkischen Gruppierung Der Flügel zusammengefasst waren, durch einen radikalnationalistischen, antiliberalen und antiwestlichen Kurs gekennzeichnet seien. Der hieraus entspringende Antiamerikanismus und eine prorussische Grundhaltung stellten „gegenwärtig das entscheidende Bindeglied der relevanten rechtsextremen Strömungen in Europa“ dar.¹³² Die USA würden als Sinnbild der westlich-liberalen Demokratie verdammt. Auf dem Blog der Patriotischen Plattform erklärte deren damaliger Sprecher und heutiger stellvertretender Landesvorsitzender der AfD Sachsen-Anhalt, Hans-Thomas Tillschneider, die USA zur Hauptgefahr für die nationale Identität schlechthin:

„Die Vielfalt der Kulturen besteht nur in einer Welt aus gegeneinander abgegrenzten und in sich homogenen Völkern. Das Konzept einer multikulturellen Gesellschaft ist darüber hinaus eine US-amerikanische Erfindung [...]. Der Hauptfeind in unserer momentanen Lage ist der Globalismus und Kulturrelativismus, der unsere gesamte Welt einer öden Einheitskultur nach dem Bilde der USA unterwerfen will und dafür vor Kriegen nicht zurückschreckt.“¹³³

Die USA verkörpern in dieser antiamerikanischen Projektion Universalismus, Kosmopolitismus und militärische Aggression und bilden den negativen Referenzpunkt, der den eigenen identitär-völkischen Bestrebungen antagonistisch gegenübersteht. Antiamerikanische Ressentiments drückten sich bereits in den frühen Jahren der AfD aus, als man die USA als Urheberin für eine angebliche und für die nationale Identität als bedrohlich empfundene Vermischung von zu ‚Völkern‘ naturalisierten Gruppen von Menschen ausmachen zu können glaubte¹³⁴. Heute nun, seit der Eskalation der russischen Aggression gegen die Ukraine ab dem 24. Februar 2022, kommt dem in der Partei virulenten Antiamerikanismus eine besondere Bedeutung zu. Insbesondere ihre prorussische Ausrichtung stößt seither auf erhebliche mediale Resonanz.

War es der AfD bereits in Bezug auf die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen gelungen, sich als parlamentarische Vertreterin des verschwörungsideologischen Spektrums zu gerieren¹³⁵, so kann sie nun daran anknüpfen. Ihre prorussische

132 Grimm / Kahmann: AfD und Judenbild, S. 46. Eine wichtige Ausnahme stellt in diesem Zusammenhang aktuell die rechtsextreme italienische Partei Fratelli d'Italia dar.

133 Tillschneider 2016, zit. nach Grimm / Kahmann: AfD und Judenbild, S. 46 f.

134 Grimm / Kahmann: AfD und Judenbild, S. 46.

135 RIAS Bund: Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie. Berlin 2020. https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08_Rias-bund_Antisemitismus_im_Kontext_von_covid-19.pdf (Zugriff am 05.09.2024).

Parteinahme verkleidet sie dabei als Ruf nach Frieden. Nicht zuletzt der im verschwörungsideologischen Spektrum virulente Antiamerikanismus bietet der Partei Anknüpfungspunkte. Die Dynamik und die narrativen Verschiebungen im verschwörungsideologischen Spektrum¹³⁶ kommen der AfD dabei ebenso zugute wie der Umstand, dass sich wesentliche Akteur_innen des verschwörungsideologischen Spektrums bereits im Zuge der Montagsmahnwachen 2014 anlässlich der damaligen russischen Aggression gegen die Ukraine formiert hatten.¹³⁷ Wie die AfD selbst, konnten auch diese Akteur_innen an bereits eingeübte antiamerikanische Ressentiments anknüpfen.

Vor diesem Hintergrund werden deutsche Opfermythen, deren Fluchtpunkt traditionell der Zweite Weltkrieg ist, reaktiviert, während die russische Aggression als Verteidigung gegen die USA als vermeintlich wahren Aggressor inszeniert wird. Auf einer durch Akteur_innen des verschwörungsideologischen Spektrums organisierten Kundgebung am 26. Februar 2023 in Ramstein (Rheinland-Pfalz) sprach Christina Baum, Mitglied des AfD-Bundesvorstands.¹³⁸ Bereits zu Beginn ihrer Rede kam sie auf die Bombardierung Dresdens zu sprechen und artikuliert ein deutsches Opfernarrativ: „Diese Bombardierung [von Dresden] sollte uns alle ermahnen, dass wir uns darin einig sind: Es darf nie wieder Krieg auf deutschem Boden geben. Unsere Kinder und Enkel sollen leben und nicht Opfer durchgeknallter Politiker werden.“ Die Deutschen seien aber nach wie vor Opfer, sei Deutschland doch „seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen“, so die Rednerin. Nicht nur konstruiert und betrauert dieses revanchistische Narrativ die Deutschen als Opfer der Alliierten, sondern es bedient zugleich das Spektrum der Reichsbürger_innen. Denn auch diese beklagen eine angeblich fehlende Souveränität Deutschlands und betreiben damit eine Delegitimierung demokratischer Institutionen. Diese werden als Behörden in einer angeblich nach wie vor bestehenden Besatzungssituation betrachtet. Folglich sei heute, so geht Baums Rede weiter, die „wichtigste Forderung“ für die Deutschen: „Ami, go home.“¹³⁹

Aufgrund seiner oben beschriebenen Eigenschaften ist dem Antiamerikanismus eine Affinität zum Post-Schoa- sowie zum modernen Antisemitismus zu eigen, der auf ähnlichen Ressentiments beruht und sich in ähnlichen narrativen Mustern

136 Julius Gruber: „Alte Pläne – neue Verbrechen am deutschen Volk“. Zu Kontinuität und Aktualisierung von Opfernarrativen im verschwörungsideologischen Spektrum. In: Amadeu Antonio Stiftung, 04.07.2023, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/alte-plaene-neue-verbrechen-am-deutschen-volk-zu-kontinuitaet-und-aktualisierung-von-opfernarrativen-im-verschwuerungs-ideologischen-spektrum-101171/> (Zugriff am 05.09.2024).

137 Benjamin Steinitz / Paula Tell: Nicht zu unterschätzen. „Montagsmahnwachen für Frieden“. (Berliner Zustände. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Jahr 2014.) Berlin: 2015. https://report-antisemitism.de/documents/2015-05-31_rias-be_Artikel_Nicht-zu-Unterschaetzen.pdf (Zugriff am 05.09.2024).

138 YouTube-Kanal Herr aber: Live | #Ramstein Air Base | Demonstration: „Ami Go Home“, 26.02.2023. <https://www.youtube.com/watch?v=SSLfJmP-seE> (Zugriff am 05.09.2024).

139 YouTube-Kanal Herr aber: Live | #Ramstein Air Base | Demonstration.

artikuliert, zu eigen. Indem antiamerikanische Ressentiments und Opfermythen artikuliert werden, kann offen geäußert und somit in der Öffentlichkeit unerwünschter sowie sanktionierter Antisemitismus in der öffentlichen Kommunikation zurücktreten, während weiterhin dieselben Affekte bedient werden können. Bisweilen jedoch nimmt das antiamerikanische Ressentiment explizit antisemitische Gestalt an, etwa wenn die antisemitische Morgenthau-Legende reaktiviert wird. In einer Rede vor dem Deutschen Bundestag bezeichnete der finanzpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Kay Gottschalk, die Bundesregierung unter Beifall anderer AfD-Abgeordneter als „Verkörperung des Morgenthau-Plans“.¹⁴⁰ Der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) zufolge spielt der Morgenthau-Plan, den die nationalsozialistische Durchhaltepropaganda als „jüdische[n] Mordplan“ dargestellt hatte, bis heute eine Rolle in der rechtsextremen Publizistik.¹⁴¹ Die Morgenthau-Legende ist ein anschauliches Beispiel für die Verschränkung von Geschichtsrevisionismus und Antiamerikanismus und für deren Verbindung zum offenen Antisemitismus.

Instrumentelle Israelsolidarität und die Reise nach Damaskus

Obwohl das Verhältnis der AfD zum jüdischen Staat insgesamt als distanziert und ambivalent charakterisiert werden kann, äußern sich doch hochrangige AfD-Funktionär_innen immer wieder in proisraelischer Weise. Wie sind solche Solidaritätsbekundungen der AfD für Israel einzuordnen? Aus historischer Perspektive gehört der Antisemitismus auch in seiner antizionistischen Form zum ideologischen Grundbestand des deutschen Rechtsextremismus. Zwar existieren vermeintlich positive Aussagen zum Zionismus aus der deutschen pränazistischen extremen Rechten; diese zielten aber darauf ab, die Verschiedenartigkeit von Deutschen und Jüdinnen_Juden zu begründen sowie jüdische Emigration zu beschleunigen – und waren somit ihrerseits antisemitisch. In aller Regel wurde und wird Zionismus von der extremen Rechten aufgrund ihres Antisemitismus abgelehnt. Der Nationalsozialismus sah in einem jüdischen Projekt der Staatsgründung die Gefahr einer Art Schaltzentrale der ‚jüdischen Weltverschwörung‘. Für die postnationalsozialistische Rechte stellt Israel eine Projektionsfläche für ihre Schuldabwehr sowie für ihren traditionellen Antisemitismus dar. Belegt sind aber auch vereinzelte Äußerungen, die Israel als ‚Ausnahmejuden‘ aus der ‚jüdischen Weltverschwörung‘ herauslösen: im Sinne der projektiven Spaltung in gute und schlechte Juden. Oftmals geht dies mit projektiven „militaristischen und nationalistischen Träumen von heldenhaften deutschen Soldaten“ einher.¹⁴² Die positiven

140 Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 146. Sitzung, Plenarprotokoll 20/146. <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20146.pdf> (Zugriff am 05.09.2024).

141 Bundeszentrale für politische Bildung: Morgenthau-Plan. <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/504214/morgenthau-plan/> (Zugriff am 05.09.2024).

142 Nikolai Schreiter: Antisemitismus, Antizionismus und Ausnahmen: positive Bezüge auf Israel und Zionismus von rechts in historischer Perspektive. In: *Aschkenas* 32 (2), 2022, S. 233–277, S. 277.

Bezugnahmen der AfD auf Israel, die in der Partei stets umstritten waren,¹⁴³ haben aber auch und vor allem eine instrumentelle Dimension: Erstens dienen sie, öffentlich, der Versicherung, dass man als rechte Partei mit dem Antisemitismus abgeschlossen habe, zweitens geht es um die Parteinahme für Israel als imaginiertem Frontstaat gegen ‚den Islam‘. Mit Letzterem geht die Externalisierung des Antisemitismus einher, der nahezu ausschließlich bei muslimischen Migrant_innen thematisiert wird.

Im politischen Handeln der AfD zeigen sich vielfach Widersprüche zu ihrer vereinzelt vorgetragenen vermeintlichen Israelsolidarität. Wie ernst es der Partei damit tatsächlich ist, zeigten zwei Besuche von Mitgliedern der Partei beim Assad-Regime in Syrien. Das Assad-Regime wurde im syrischen Bürgerkrieg massiv durch iranische Militärberater der Revolutionsgarden sowie durch Hisbollah-Kämpfer unterstützt. Ein Grund hierfür ist die für den Iran und die Hisbollah wichtige Transitroute über den Irak und Syrien in den Libanon, über die der Iran Rüstungsgüter an die Hisbollah transportiert.¹⁴⁴ Im März 2018 reisten vier Bundestags- und zwei Landtagsabgeordnete der AfD laut eigenen Angaben ‚privat‘ nach Syrien. Dabei trafen sie sich mit dem Großmufti Syriens, Ahmed Badr al-Din Hassun.¹⁴⁵ Dieser hatte den syrischen Diktator Bashar Al-Assad im Kampf gegen die Opposition unterstützt, unter anderem indem er 2013 diesen Kampf durch eine Fatwa legitimiert hatte, in der „alle Mütter und Väter“ in Syrien aufgefordert worden waren, ihre Kinder in die syrische Armee zu schicken. Al Din Hassun zufolge geht es darum, eine „Verschwörung der ausländischen Feinde, der verräterischen Araber, Zionisten und Westler“ zu bekämpfen.¹⁴⁶ Im November 2019 reiste eine Delegation der AfD-Bundestagsfraktion mit fünf Abgeordneten nach Syrien.¹⁴⁷ Erneut fand ein Treffen mit Ahmed Badr al-Din Hassun statt. Daneben gab es eine Zusammenkunft mit dem Sprecher des Volksrates von Syrien Hammouda Youssef Sabbagh.¹⁴⁸ Dieser hatte im Januar 2018 auf dem Treffen der Parlamentarischen Union der Mitgliedstaaten der Organisation für Islamische

143 Siehe dazu den Beitrag von Botsch in der vorliegenden Broschüre. Siehe zur Rezeption des 7. Oktobers 2023 in der extremen Rechten außerdem den Beitrag von Duarte, Fuchs, Gruber und Henßler in der vorliegenden Broschüre.

144 Jonathan Schulenburg: „Feuerring“: Der Iran und sein Netzwerk an Verbündeten. In: BR24, 18.04.2024, <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/feuerring-der-iran-und-sein-netzwerk-an-verbuedeten,UAlFfgy> (Zugriff am 05.09.2024).

145 Website Dr. Christian Blex: Ankunft der AfD-Abgeordneten und Treffen mit syrischem Großmufti. 05.03.2018. <https://www.christian-blex.de/2018/03/ankunft-der-afd-abgeordneten-und-treffen-mit-syrischem-grossmufti-391/> (Zugriff am 05.09.2024).

146 Christoph Sydow: AfD-Politiker treffen Assads Großmufti. In: SPIEGEL ONLINE, 06.03.2018, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-afd-politiker-verbuedern-sich-mit-grossmufti-hassun-a-1196698.html> (Zugriff am 05.09.2024).

147 Syrien-Kontaktgruppe der AfD-Bundestagsfraktion: Bericht über die Delegationsreise vom 18. bis zum 25. November 2019 nach Syrien. https://afdbundestag.de/wp-content/uploads/2020/05/afd_btf_broschuere_delegationsreise_kg-syrien_2019_digitale_version.pdf (Zugriff am 05.09.2024).

148 YouTube-Kanal AfD-Fraktion Bundestag: „Willkommen in Syrien“ – Die Delegationsreise der AfD-Bundestagsfraktion! https://www.youtube.com/watch?v=v_4cYbf19k (Zugriff am 05.09.2024).

Zusammenarbeit in Teheran geäußert, „the cancerous tumor of Israel“ müsse entfernt werden.¹⁴⁹

Trotz des in der Partei vorhandenen Feindbildes ‚Islam‘ können solche Treffen nur auf den ersten Blick überraschen – bedenkt man etwa die politische Abhängigkeit des Assad-Regimes von Russland. Darüber hinaus sind solche Kontakte vor dem Hintergrund eines Gemeinschaftsneides zu sehen, den man mit Heribert Schiedel als „rechtsextremen Islamneid“ bezeichnen kann.¹⁵⁰ Der Begriff zielt auf Ähnlichkeiten in der Ideologie von Islamist_innen und Rechtsextremen. Was der rechtsextreme Deutsche am eigenen Kollektiv verloren wähnt, wie Gemeinschaft, Stärke und Männlichkeit, glaube er in ‚den Muslimen‘ (verstanden als Projektionsfläche) „als Menschen mit einheitlicher Identität“¹⁵¹ zu erkennen. Das Phänomen ist insbesondere in der Ideologie der Neuen Rechten anzutreffen. Das zeigte sich zuletzt anhand einer Diskussionsveranstaltung unter dem Titel *Islam – kooperieren oder bekämpfen?* mit Tim Krause und Maximilian Krahe.¹⁵² Letzterer plädierte für die Kooperation, da konservative Muslim_innen den deutschen Rechten näher stünden als deutsche Liberale. Zwar sei etwa der Iran ein „unsympathisches, repressives System“, aber: „Wer ist denn im Iran derjenige, wo wir sagen, fühlen wir uns zugehörig? Derjenige, der den Christopher Street Day nach Teheran bringen möchte? Oder doch eher derjenige konservative Bürger, der zwar seine korrupte Regierung nicht leiden kann, aber der auch keine Lust auf eine kulturelle Verwestlichung hat?“¹⁵³ In der Gesamtschau zeigt die AfD – nicht nur, aber auch – mit solchen Treffen, dass sie, sollte die politische Konstellation es erlauben, keine Bedenken haben wird, mit autoritären und antisemitischen Regimen zusammenzuarbeiten.

149 Muslims will keep alive resistance against Quds occupation: Syria. In: ParsToday, 17.01.2018, https://parstoday.ir/en/news/west_asia-173761-muslims_will_keep_alive_resistance_against_quds_occupation_syria (Zugriff am 05.09.2024).

150 Heribert Schiedel: Unheimliche Verbindungen. Über rechtsextremen Islamneid und die Ähnlichkeiten von Djihadismus und Counterdjihadismus. In: Judith Goetz / Joseph Maria Sedlacek / Alexander Winkler (Hrsg.): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen „Identitären“. Hamburg: Marta Press 2017, S. 285–308.

151 Schiedel: Unheimliche Verbindungen, S. 286.

152 YouTube-Kanal Kanal Schnellroda: „Islam – kooperieren oder bekämpfen?“ – ein Podium mit Maximilian Krahe und Tim Krause. <https://www.youtube.com/watch?v=EDN7psLb9h8> (Zugriff am 05.09.2024).

153 YouTube-Kanal Kanal Schnellroda: „Islam – kooperieren oder bekämpfen?“

Politik gegen Jüdinnen_Juden

Wie gleichgültig die Bedürfnisse von Jüdinnen_Juden in Deutschland der AfD sind, wenn sie sich nicht mit Ressentiments gegen Geflüchtete und Muslim_innen verbinden lassen, zeigt auch der Blick ins Landtagswahlprogramm 2024 der Partei für Sachsen. Lediglich ein Mal wird Bezug auf Antisemitismus genommen – um ihn gegen ‚den Islam‘ in Stellung zu bringen. Im Abschnitt „Muslimischen Antisemitismus erkennen und bekämpfen“ heißt es:

„Die romantisierende Verklärung von Zuwanderung verstellt oftmals den Blick auf den neu in Erscheinung tretenden Antisemitismus in Europa, der seine Wurzeln im Islam hat. Wir fordern daher eine gesellschaftliche Ächtung jeglicher Form von Antisemitismus – ausdrücklich auch, wenn die Urheber im linken oder muslimischen Milieu zu verorten sind.“¹⁵⁴

Zugleich wird im Wahlprogramm klargestellt: „Am generellen Verbot von Schächungen wird festgehalten. In Sachsen sollen keine Ausnahmegenehmigungen erteilt werden, auch nicht aus religiösen Gründen.“¹⁵⁵ Auch im Wahlprogramm für die EU-Wahl heißt es im Abschnitt „Tierschutz und Tierwohl“: „Die Schlachtung nach religiösen Ritualen ist nur nach ausreichender Betäubung zu gestatten. Die Dauer der Betäubung muss für den gesamten Schlachtvorgang gewährleistet sein. Der deutsche Standard für Schlachtbetriebe sollte auch bei Importware Anwendung finden.“¹⁵⁶ Ginge es nach dem Willen der AfD, so wäre eine freie Ausübung der Religion für religiöse Jüdinnen_Juden, die sich an die Kaschrut (jüdische Speisegesetze) halten, in Deutschland kaum möglich.

154 AfD Sachsen: Damit Sachsen Heimat bleibt! Wahlprogramm Landtagswahl Sachsen 2024. <https://afdsachsen.de/wp-content/uploads/afd-wahlprogramm-landtagswahl-sachsen-2024.pdf> (Zugriff am 05.09.2024).

155 AfD Sachsen: Damit Sachsen Heimat bleibt!

156 AfD: Europawahl Programm 2024. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/11/2023-11-16_-_AfD-Europawahlprogramm-2024_-_web.pdf (Zugriff am 05.09.2024).

Fazit

Antisemitismus ist – aktuell – kein Hauptmobilisierungsfaktor für die AfD, diese Funktion kommt anderen Ressentiments zu. Er ist für beträchtliche Teile der deutschen Bevölkerung aber auch kein Grund, die Partei nicht zu wählen. Dementsprechend veröffentlichten bereits 2017 etwa 40 jüdische Organisationen und Verbände eine gemeinsame Erklärung gegen die AfD. Darin wurden alle „demokratischen Kräfte innerhalb und außerhalb der jüdischen Gemeinschaft“ aufgerufen, sich „gemeinsam offen und sichtbar gegen jede Form von antidemokratischem, antisemitischem, rassistischem und völkischem Gedankengut zu engagieren.“¹⁵⁷ Auf diese Stellungnahme angesprochen, entgegnete der Parteivorsitzende Tino Chrupalla in Bezug auf den Zentralrat der Juden in Deutschland:

„Das ist eine absolute Minderheit, auch eine absolute Minderheitsmeinung.“¹⁵⁸

Das Erstarken einer Partei, deren Ideologie systematisch antisemitische Ressentiments evoziert, stellt nicht nur eine Gefahr für jüdisches Leben, sondern auch für demokratische Akteur_innen in Deutschland dar. Ein nationalkonservatives Geschichtsbild ist in der AfD programmatisch ebenso verankert wie eine regressive Elitenkritik. Während Ersteres die Grundlage für immer wieder geäußerten Geschichtsrevisionismus und Post-Schoa-Antisemitismus bildet, ist Letzteres ein wichtiger Ausgangspunkt für Verschwörungsmymen und modernen Antisemitismus. Antisemitische Inhalte finden sich in der AfD folglich nicht als vereinzelte Meinungen, sondern werden in der Partei und ihrem Umfeld regelmäßig zum Ausdruck gebracht. Zugleich geriert sich die Partei bisweilen als Verteidigerin von Jüdinnen_Juden gegen den Antisemitismus ‚der Linken‘ und ‚der Muslime‘ und übt sich in vermeintlicher Israelsolidarität. Es stellt sich die Frage, wie eine solche Inszenierung angesichts des in der Partei grassierenden Antisemitismus überhaupt gelingen kann. Ein Grund dafür mag darin bestehen, dass mit der instrumentalisierenden Thematisierung des Antisemitismus, wie er in linken und muslimischen Milieus zu finden ist, ein blinder Fleck in der demokratischen Auseinandersetzung getroffen wird – wie sich nach den Massakern der Hamas am 7. Oktober besonders deutlich zeigte.

157 Gemeinsame Erklärung gegen die AfD. https://www.zentralratderjuden.de/fileadmin/user_upload/pdfs/Wichtige_Dokumente/Gemeinsame_Erklaerung_gegen_die_AfD__6_.pdf (Zugriff am 05.09.2024).

158 YouTube-Kanal funk: Tino Chrupalla (AfD) im Kreuzverhör. <https://www.youtube.com/watch?v=peYmWlc8wfl> (Zugriff am 05.09.2024).

5. Der arabisch- israelische Konflikt in der rechten Publizistik

Mika Pérez Duarte, Dana Fuchs, Julius Gruber und Vera Henßler

Der Überfall palästinensischer Terroristen auf Israel am 7. Oktober 2023 und der anschließende Krieg in Gaza haben weltweit Reaktionen hervorgerufen. Der vorliegende Beitrag erschien im Juli 2024 als Kooperationsprojekt zwischen dem Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (Bundesverband RIAS) und dem antifaschistischen pressearchive und bildungszentrum berlin e. V. (apabiz) als Teil der apabiz-Publikationsreihe *Magazine*; für die vorliegende Publikation wurde er minimal stilistisch überarbeitet. Der Text untersucht, wie die deutsche extreme Rechte die Massaker und die darauffolgenden Entwicklungen darstellt. Hierfür wurden Periodika, Reden und Interviews ausgewertet. Wie wurde darüber berichtet? Wie bewerteten die Autor_innen extrem rechter Medien das Ereignis und die Rolle der beteiligten Akteur_innen? Wie wird die Auseinandersetzung in der extremen Rechten Deutschlands kommentiert? Und was hat aus deren Sicht der Konflikt überhaupt mit Deutschland und der extremen Rechten zu tun?

Am 7. Oktober 2023 überfielen Terroristen der Hamas und ihrer Verbündeten¹⁵⁹ israelisches Territorium, töteten auf grausame Weise 1.139 Menschen und entführten über 240 Menschen in den Gazastreifen. Etwa 5.000 Menschen wurden, zum Teil schwer, verletzt, es wurde massive sexualisierte Gewalt angewendet. Die israelische Regierung reagierte darauf mit Luftschlägen im Gazastreifen und einer Bodenoffensive. Weltweit kommt es seitdem zu einer Vielzahl an Reaktionen auf das Massaker, den Krieg mit zehntausenden Toten und die schwierige humanitäre Lage im Gazastreifen.

Der 7. Oktober markierte den Beginn einer globalen antisemitischen Mobilisierung.¹⁶⁰ 2023 dokumentierten die RIAS-Meldestellen in Deutschland 4.782 antisemitische Vorfälle, mehr als die Hälfte davon nach dem 7. Oktober, darunter

159 Der britischen BBC zufolge beteiligten sich neben der Hamas fünf weitere Terrororganisationen an den Massakern vom 7. Oktober: Die Abu-Ali-Mustafa-Brigaden, die Al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden, die Omar-Al-Kassam-Brigaden, der Palästinensische Islamische Dschihad und die Mudschahedin-Brigaden. Abdelali Ragad / Richard Irvine-Brown / Benedict Garman / Sean Seddon: How Hamas built a force to attack Israel on 7 October. In: BBC, 27.11.2023, <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-67480680> (Zugriff am 27.06.2024).

160 Die Proteste artikulieren sich auf der Straße, aber auch an Universitäten oder in Form von Störaktionen auf Veranstaltungen. Während auf den Demonstrationen regelmäßig israelbezogene antisemitische Ideologeme verbreitet werden, sind sie insbesondere für die palästinensische Bevölkerung gleichzeitig auch eine wichtige Möglichkeit, ihre Sorge und auch Trauer um die Toten in Gaza öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Dabei wird öffentlich darum gerungen, wo eine legitime Kritik am israelischen Regierungshandeln aufhört und antisemitische Agitation anfängt. In den ersten Wochen reagierten die Behörden in einigen Bundesländern mit Vorab-Verboten auf die Versammlungen. Einen Überblick über antisemitische Vorfälle auf Demonstrationen bietet RIAS in seinem Jahresbericht 2023: RIAS Bund: Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023. Berlin 2024. https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2023.pdf (Zugriff am 27.06.2024).

überproportional viele Gewaltvorfälle.¹⁶¹ Für Jüdinnen_Juden war der 7. Oktober eine tiefgreifende Zäsur. Die Gefährdung jüdischer Einrichtungen und als solcher erkennbarer Jüdinnen_Juden hat seitdem objektiv zugenommen. Jüdinnen_Juden nehmen ihr soziales Umfeld und gesellschaftliche Reaktionen als feindlich und empathielos wahr. Gleichzeitig sehen sich Muslim_innen zunehmend unter Generalverdacht gestellt, Terror zu unterstützen, und beklagen eine Zunahme von antimuslimischem Rassismus seit dem 7. Oktober.

Auch die extreme Rechte nutzt den 7. Oktober als Anlass, um ihren antisemitischen und rassistischen Ressentiments freien Lauf zu lassen. Seit jeher hat sie ein zwiespältiges Verhältnis zu Israel und zum arabisch-israelischen Konflikt. Die Erinnerung an die Schoa und die Auseinandersetzung mit den deutschen Verbrechen stehen einer positiven Identifikation mit Deutschland im Weg, weshalb diese kleingeredet oder relativiert werden. Bereits der NS-Antisemitismus war auch antizionistisch ausgerichtet – so kooperierten deutsche Neonazis mit palästinensischen Terrororganisationen, wie etwa Mitglieder der Wehrsportgruppe Hoffmann mit der Al Fatah zusammenarbeiteten, indem weiterhin Jüdinnen_Juden sowie dem Staat Israel vorgeworfen wird, die NS-Verbrechen für die eigenen Zwecke zu missbrauchen, betreibt die extreme Rechte nicht nur Schuldabwehr, sondern auch eine antisemitische Täter-Opfer-Umkehr. Auf der anderen Seite betrachten einzelne extrem rechte Akteur_innen Israel vorrangig als Bollwerk oder ‚abendländisch‘ geprägten Vorposten gegen die ‚Islamisierung‘. Nicht zuletzt gibt es jedoch auch Stimmen, die den Islam als Gegenmodell zur von Individualismus und Liberalismus geprägten verhassten europäischen Moderne begreifen.¹⁶² Viele dieser Narrative werden mit den aktuellen Entwicklungen aufgegriffen und aktualisiert, wobei in unterschiedlicher Schärfe und Auslegung auf gesellschaftliche Debatten Bezug genommen wird.

161 2023 dokumentierten die RIAS-Meldestellen insgesamt 4782 antisemitische Vorfälle, mehr als die Hälfte davon ereigneten sich nach dem 7. Oktober. Antisemitismus äußerte sich nach dem 7. Oktober häufiger gewaltvoll als vorher: Unter anderem wurden 71 Prozent aller Fälle extremer Gewalt, 63 Prozent aller Angriffe und 64 Prozent aller Bedrohungen aus dem Jahr 2023 nach dem 7. Oktober dokumentiert.

162 Siehe dazu: Kilian Behrens / Vera Henßler / Ulli Jentsch / Frank Metzger / Eike Sanders: Rechte Perspektiven auf Religion – Teil 2. In: apabiz: magazine 2, Oktober 2018. Berlin 2018. <https://www.apabiz.de/2018/rechte-perspektiven-auf-religion-teil-2/> (Zugriff am 30.07.2024).

Erste Reaktionen auf den 7. Oktober

Die monatlich erscheinende Deutsche Stimme (DS) aus dem Umfeld der NPD (inzwischen: Die Heimat) widmete im Dezember 2023 den Massakern und ihren Folgen eine Schwerpunktausgabe mit dem Titel *Nahost in Flammen. Droht der Dritte Weltkrieg?* Bereits die Beschreibungen der Geschehnisse am 7. Oktober lassen keine Zweifel daran, wo sich die Redaktion verortet. Im Vorwort bewertet Chefredakteur Peter Schreiber den terroristischen Überfall als Ereignis, bei dem „auch unschuldige Zivilisten ums Leben kamen [Hervorhebung im Original]“. Der einstige Funktionär der österreichischen Identitären und DS-Redaktionsmitglied Alexander Markovics schließt sich dieser Bewertung an und postuliert, der Angriff habe dem israelischen Militär gegolten. Tote Zivilist_innen würden „nachweislich zu einem großen Teil auf das Konto einer in den ersten Tagen des Krieges panisch agierenden Armee“ gehen. Diese Falschdarstellung beruht keineswegs auf fehlenden Informationen – das Heft erschien erst im Dezember, und es mangelte schon kurz nach dem Angriff nicht an Belegen, wer für die Massaker verantwortlich ist. Schließlich dokumentierten die Täter ihre Taten selbst und veröffentlichten diese teilweise im Internet. Auch der Duktus von Markovics' Beitrag kann ein gewisses Maß an Faszination bei gleichzeitiger Empathielosigkeit gegenüber den Opfern nicht verhehlen: „Es ist der Beginn der Operation ‚Al-Aqsa-Flut‘, der mit einem spektakulären Schlag palästinensischer Kräfte gegen Israel beginnt.“ Wenngleich andere Artikel den Überfall der Hamas anders bewerten, sehen die meisten Autor_innen des Heftes die Ursache für die Eskalation aufseiten Israels: Der vom „revisionistischen Zionismus beseelten Führung in Tel Aviv“ schwebte „schon lange ein Völkermord vor“, schreibt Markovics. Sascha A. Roßmüller nutzt in seinem Artikel mit den Worten „Endlösung“ und „Vernichtungskrieg“ offensichtlich Vokabular aus dem NS-Kontext, um die militärische Reaktion Israels mit dem Agieren des NS-Regimes gleichzusetzen. Michael Brück (einst Die Rechte, heute Freie Sachsen) mutmaßt, dass der israelischen Regierung die Angriffspläne bekannt waren. Für diese Überlegungen liefert er keine Belege. Auch lagen die Veröffentlichungen der New York Times von Anfang Dezember, in denen erstmals darüber berichtet wurde, dass der israelische Geheimdienst die Angriffspläne der Hamas gekannt, diese aber als nicht realisierbar bewertet hatte, zeitlich ziemlich wahrscheinlich hinter dem Redaktionsschluss der DS-Schwerpunktausgabe. Brück insinuiert mit seinem Text hingegen die bewusste Inkaufnahme des Angriffs zugunsten einer innenpolitischen Befriedung der israelischen Gesellschaft nach monatelangen Protesten gegen die Justizreform der Netanyahu-Regierung.

In der Compact lassen sich ähnliche Töne vernehmen: Israel brauche die Hamas als „einigenden Feind“ (Compact 12/2023). Auch hier wird das Massaker vom 7. Oktober zwar verurteilt, allerdings betonen die Autoren vehement, dass Israel selbst eine Mitschuld trage. Durch das jahrzehntelange aggressive Vorgehen gegenüber Palästina sei das „Terror-Risiko“ angeheizt worden. Israel wird in den

Beiträgen und Interviews der Compact als übermächtiger Gegner dämonisiert, dessen Interesse in der Ausbreitung der eigenen Macht liege, wobei alle Mittel, selbst die Vernichtung der Palästinenser_innen, als legitim erachtet würden. Eine Differenzierung beim Schreiben über Israel bleibt in aller Regel aus. Unter den Begriff Israel kann alles fallen: die Regierung, das Land, die Bewohner_innen, aber auch die jüdische Religion. Übliche antisemitische Chiffren und Codes werden in die neueren Entwicklungen eingefügt und wenig versteckt genutzt, sodass sie von den Leser_innen schnell entschlüsselt werden können. Chefredakteur Jürgen Elsässer, der für eine Vielzahl der zum Thema publizierten Artikel verantwortlich zeichnet, hält sich mit verschwörungsideologischen Mutmaßungen nicht zurück. Beispielsweise sei das Super Nova Festival erst kurz vor dem 7. Oktober von einem weiter entfernten Ort in die Nähe der Grenze verlegt worden: „So stolperten die Hamas-Leute nach ihrem Durchbruch durch die Grenze praktisch zwangsläufig über das Festivalgelände. [...] Man könnte glauben, die Menschen wurden der Hamas hier zum Fraß vorgeworfen.“ (Compact 1/2024) Dass der Angriff am 7. Oktober möglich war und sich die Hamas-Attentäter so lange unbemerkt hinter der Grenze bewegen konnten, wird als höchst unwahrscheinlich dargestellt. Hierfür beruft man sich auf Aussagen von IDF-Soldat_innen und Hamas-Attentätern. Hintergründe oder Personen zu diesen Aussagen werden allerdings nie konkret benannt. Ähnliche Behauptungen werden auch in der monatlich erscheinenden Zuerst! angestellt: Es sei rätselhaft, „warum die monatelangen Angriffsvorbereitungen den Militärs und Sicherheitsbehörden verborgen geblieben sind“. (Compact 12/2023)

Israel wird in den Beiträgen und Interviews der Compact als übermächtiger Gegner dämonisiert, dessen Interesse in der Ausbreitung der eigenen Macht liege, wobei alle Mittel, selbst die Vernichtung der Palästinenser_innen, als legitim erachtet würden.

Während die neonazistische und verschwörungsideologische Publizistik Israel als ‚Terrorstaat‘ markiert, nimmt die nationalkonservative Wochenzeitung Junge Freiheit (JF) eine andere Position ein und verweist auf die bedrohliche Lage, in der sich das Land seit jeher befindet. Chefredakteur Dieter Stein berichtet in seiner ersten Kolumne nach dem 7. Oktober von einer lange zurückliegenden Reportagereise:

„Mir wurde erst dort erschreckend klar, wie schmal und schwer zu verteidigen dieses Handtuch namens Israel ist. Wir besuchten auch den am stärksten von Raketenangriffen betroffenen Ort Sderot, der direkt am Gazastreifen liegt. Bürgermeister und Polizeichef schilderten, wie im Alarmfall lediglich 15 Sekunden bleiben, um Bunker zu erreichen. Die Polizeistation, wo wir uns trafen, wurde beim jetzigen Angriff der Hamas dem Erdboden gleichgemacht.“
(JF 42/2023)

Die deutsche Staatsräson im Sinne einer Unterstützung Israels seien leere Worte, so Stein weiter: „Keinen Pfifferling wert¹⁶³ sind diese Schwüre, denn der deutsche Staat ist militärisch noch nicht einmal in der Lage, die eigene Sicherheit ernsthaft zu garantieren. Die deutschen Grenzen sind offen, die Bundeswehr nicht einsatzbereit.“ (JF 42/2023) Der 7. Oktober wird hier zum Vehikel, um einmal mehr die vermeintliche Verteidigungsunfähigkeit Deutschlands und die Lage der Bundeswehr zu kritisieren. Zusammengefasst lassen sich die zahlreichen Beiträge in der JF, die seit dem 7. Oktober erschienen sind, meist zwei Kategorien zuordnen: Den eher nüchternen Berichten über tagesaktuelle Ereignisse in der Region selbst, die fast ausnahmslos von dem Nachwuchsautor Sandro Serafin verfasst werden¹⁶⁴ und den bisweilen anklagenden Beiträgen über die Situation in Deutschland und anderen westlichen Ländern, die mit rechten Narrativen über Migration, Erinnerungskultur und Cancel Culture gerahmt werden.

In den ersten Reden von AfD-Abgeordneten im Bundestag unmittelbar nach dem 7. Oktober wurden die Massaker einhellig verurteilt. Insbesondere die Reden von Alexander Gauland und Matthias Moosdorf am 12. Oktober standen noch unmittelbar unter dem Eindruck des 7. Oktobers und waren dem Ort und Zeitpunkt entsprechend rhetorisch staatstragend gehalten. Man bezog sich zunächst positiv auf die Sicherheit Israels als Teil der deutschen Staatsräson: Die Sicherheit Israels würde, so Moosdorf, „schon aus unserer gemeinsamen Geschichte heraus besondere Verantwortung“ erfordern.¹⁶⁵ Alexander Gauland zufolge sei mit dem Terrorangriff nicht nur Israel gemeint, sondern auch „wir, der gesamte Westen“.¹⁶⁶ Schon eine Woche darauf waren von dem AfD-Vorsitzenden Tino Chrupalla andere Töne zu vernehmen, als er im Bundestag die im Kontext des

163 Tatsächlich hat die Bundesregierung im Jahr 2023 Rüstungsexporte von insgesamt 326,5 Millionen Euro an Israel bewilligt, einen Großteil davon nach dem Massaker. Siehe: Dokumentation der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags: Deutsche Rüstungsexporte nach Israel, WD 5 - 3000 - 004/24. <https://www.bundestag.de/resource/blob/992664/3b8ffc5891cf570ba0404a444567f0fe/WD-5-004-24-pdf.pdf> (Zugriff am 30.07.2024). In Compact und Zuerst! wird diese Tatsache mit Empörung kommentiert: Deutsche Gelder sollten nicht in die Rüstung anderer Länder fließen, sondern für die Verteidigung Deutschlands verwendet werden.

164 Serafin ist zudem Autor des christlich-konservativen Medienportals Israelnetz.

165 Moosdorf, 128. Sitzung des Bundestags vom 12.10.2023.

166 Gauland, 128. Sitzung des Bundestags vom 12.10.2023.

Ukraine-Krieges eingeübte Friedensrhetorik als narrativen Referenzrahmen setzte. Neben der obligatorischen Verurteilung der Massaker und der Forderung nach Freilassung der Geiseln betonte Chrupalla, Israel müsse nun Verhältnismäßigkeit wahren, es dürfe keine humanitäre Katastrophe entstehen. Im Grunde verfolgt Chrupalla in seiner Rede jedoch ein anderes Ziel, nämlich „die deutschen Interessen in den Vordergrund“ zu stellen. Denn die von Chrupalla befürchtete humanitäre Katastrophe stellt für ihn vor allem deshalb ein Problem dar, weil diese eine „Migrationswelle nach Europa und Deutschland“ auslösen könne. Die Massaker in Israel, der Krieg und Antisemitismus in Deutschland sind in der Rhetorik der AfD bloßer Anlass für das Sprechen über Migration. Das zweite deutsche Interesse, das Chrupalla in diesem Zusammenhang benennt, ist „freie[r] und friedliche[r] Handel mit Öl und Gas“. Bemerkenswert ist, dass Chrupalla als Friedensmächte Russland und China für die Region darstellt, da diese in einer UN-Resolution einen humanitären Waffenstillstand gefordert hätten.

Auf dem Blog der Sezession bewertet Martin Lichtmesz (bürgerlich: Martin Semlitsch) das Massaker vom 7. Oktober recht kurz, aber deutlich: „Die Massaker, die die Hamas auf israelischem Staatsgebiet begangen hat, sind von einer bislang ungekannten Größenordnung und Grausamkeit, ja Barbarei.“ (sezession.de, 12.10.2023) Im Folgenden gehen weder er noch seine Mitkommentatoren – bis auf wenige Sätze – näher auf die Taten der Hamas oder die Toten, Verletzten und Geiseln ein. Schnell, fast schon als sei das Massaker für die Analyse störend, widmen sie sich der Interpretation. Sie spekulieren über die vermeintliche Erwünschtheit des Massakers für die israelische Regierung und werfen die verschwörungs-ideologische Frage nach dem Nutzen auf: welche Ziele, da Israel jetzt mit Gewalt antworten werde, eigentlich dahinterstünden. (sezession.de, 11.12.2023/Sezession 117/2023) Lichtmesz erweckt in seinen Beiträgen zum Thema den Eindruck, als verweigere er sich einer moralischen Wertung, die nur selten durchscheint. Seine Wortwahl ist mitunter jedoch entlarvend und entspringt antizionistischen Narrativen. So beschreibt er Gaza als „Freiluftgefängnis“ oder bezeichnet die Hamaskämpfer als „Partisanen“. (sezession.de, 12.10.2023) Mit der Reaktion auf das Massaker vom 7. Oktober verfolge Israel das Ziel, Gaza ethnisch zu säubern und die Vertreibung von 1948/49 abzuschließen: „Zugespitzt gesagt, ist das entscheidende, existenzielle Interesse Israels, so viele Araber wie möglich loszuwerden.“ (Sezession 117/2023)

Migration und der Antisemitismus der Anderen

Spektrrenübergreifend wurden die Ereignisse im Nahen Osten und die darauffolgenden Protestmobilisierungen aufgegriffen, um ein extrem rechtes Kernthema anzusprechen: die Migration. Während für das verschwörungsideologische und neonazistische Milieu der Antisemitismus im Nahen Osten selbst nur ein Ergebnis des Agierens Israels zu sein scheint, wird kaum eine Möglichkeit ausgelassen, sich über den ‚importierten Antisemitismus‘ hierzulande auszulassen und die aus rechter Sicht fehlgeleitete deutsche Migrationspolitik anzuprangern. Nicht nur stehe mit der zu befürchtenden Ausweitung des Konfliktes eine neue Migrationswelle bevor, vielmehr habe man durch eine jahrelange unkontrollierte Zuwanderung die Konflikte der Region bereits nach Deutschland geholt.

Antisemitische Ausschreitungen und Demonstrationen in Deutschland nach dem 7. Oktober seien das Resultat einer „heillos naiven Zuwanderungspolitik“, schreibt etwa Chefredakteur Andreas Karsten in der Zuerst!: „Die reflexhafte Empörungsserie, in die ‚Ampel‘-Politiker und CDU-Vertreter derzeit gleichermaßen einstimmen, kann man jedoch nur als Augenwischerei bezeichnen. Es bleibt festzuhalten: Sie haben Menschen, deren Grundeinstellung sie nun so bitterlich beklagen, über Jahre ohne nennenswerte Kontrollen ins Land gelassen.“ (Zuerst! 12/2023) In dramatischer Weise zählt er Gewaltstraftaten durch Migranten auf, nicht ohne zu behaupten, dass „Täter aus muslimisch geprägten Ländern, wie den Maghreb-Staaten, deutlich häufiger straffällig werden als etwa Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine“. Muslimische Geflüchtete werden so durch die pauschalisierende Interpretation von Statistiken als konstantes Sicherheitsrisiko für Deutschland dargestellt. Das Zuerst!-Autorentrio Hartmut Lieger, Christian Schöps und Ludwig Kranzler kommt in seinem Artikel zum arabisch-israelischen Konflikt zu dem abschließenden Ergebnis, dass es eine andere Migrationspolitik brauche: Es müsse „endlich die migrantensichere Festung Europa gebaut werden, [denn] Einigeln ist das Gebot des Selbstschutzes vor immer mehr fremden Konflikten“. (Zuerst! 12/2023)

In der Jungen Freiheit berichten zahlreiche Artikel über die Proteste sowie die Zusammenarbeit islamistischer Gruppen mit linken Akteur_innen, etwa am Beispiel Samidoun. Der Tenor: Antisemitismus ist ein Problem – und zwar von links sowie unter Muslim_innen. Michael Paulwitz, langjähriger JF-Autor, nutzt die Proteste in Deutschland einmal mehr dafür, die Migrationspolitik mit rassistischen Untertönen anzuprangern:

„ Hamas und ihre Handlanger haben ihre Stützpunkte mitten unter uns, und die Unterstützer des islamischen Terrors schwimmen im Milieu muslimischer Parallelgesellschaften in Deutschlands Städten wie der Fisch im Wasser. Ein Funke genügt, um ganze Bataillone kampfbereiter

junger Männer zu mobilisieren, die der überforderten deutschen Staatsmacht die Stirn bieten, angefeuert von bekopftuchten Frauen, über deren vermeintliche ‚Diskriminierung‘ Feuilletonisten und Sozialfunktionäre eben noch lamentiert hatten.“ (JF 44/2023)

Der defätistischen Bestandsaufnahme folgt der Appell, den öffentlichen Druck weiter aufrechtzuerhalten, um endlich eine Wende in der Migrationspolitik zu bewirken, wie auch die Zuerst! sie fordert: „Für Deutschland wird es zur Schicksalsfrage, ob der Warnschuß diesmal gehört wird und der öffentliche Druck so lange aufrechterhalten wird, bis den aufgeregten Worten auch wirksame Taten folgen.“ (JF 44/2023)

Etwas andere Akzente zur aktuellen Debatte um Antisemitismus sind von dem stellvertretenden Vorsitzenden der AfD-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt, Hans-Thomas Tillschneider, zu vernehmen. In einem am 13. und damit kurz nach dem 7. Oktober veröffentlichten Interview für das Freilich, ein im Milieu der österreichischen deutschnationalen Burschenschaften verankertes Magazin, wendet sich Tillschneider zwar obligatorisch gegen „Masseneinwanderung“, da sonst „Konflikte aus aller Welt importier[t]“ würden. Allerdings richtet er sich damit sowohl gegen antiisraelische als auch gegen „Pro-Israel-Demonstrationen“. Während Tillschneider die von der Hamas geführten Angriffe als „schändliche Kriegsverbrechen“ verurteilt, ist nach seiner Logik ein Gedenken an die Opfer der Massaker allerdings nichts, was deutsche Interessen betreffe, und daher ebenfalls Ausdruck eines importierten Konfliktes. In dem Interview plädiert Tillschneider daher für umfassendere Verbote sowohl von Demonstrationen als auch von Nationalfahnen, etwa auf Schulhöfen: „Wir brauchen auf unseren Schulhöfen weder Palästinaflaggen noch Israelflaggen!“ Der Antisemitismus auf deutschen Straßen wird so zu einem nichtdeutschen Problem, mit dem sich die deutsche Politik nicht auseinandersetzen solle. Tillschneider zufolge ist Neutralität diejenige Position, die der Ambivalenz deutscher Interessen entspreche: Neben dem guten Verhältnis zu Israel habe Deutschland ebenfalls ein Interesse an der Beziehung zur arabischen Welt und zum Iran aufgrund der dortigen Rohstoffvorkommen. In einem Artikel in der russischen Zeitung Wedemosti vom 16. November wird Tillschneider diesbezüglich noch deutlicher, indem er dafür plädiert, sich an der russischen Nahostpolitik zu orientieren. Aktuell sei dies jedoch nicht möglich, weil Deutschland unter Druck stehe: von „Migranten auf der einen, Israel und [den] USA auf der anderen Seite“. Ein Druckmittel sei, so fügt Tillschneider hinzu, das „alte Holocaust-Argument“. Den Antisemitismus der alten Rechten, der zur Schoa geführt hat, erklärt Tillschneider in der Neuen Rechten für historisch überwunden. Dennoch warnt er davor, die „Antisemitismuskeule exklusiv gegen Einwanderer aus dem islamischen Kulturraum“ zu schwingen: da ihr so nur mehr Gewicht gegeben werde, um sie dann „deutschen Patrioten entgegen[zu]schleudern“.

„Ersatznationalismus“ und Vergangenheitspolitik

Die Debatte um muslimisch geprägten Antisemitismus, die von nahezu allen hier untersuchten Publikationen geradezu dankenswert aufgegriffen wird, verbindet sich vielfach mit einem weiteren Narrativ. Ähnlich wie bereits in der Rezeption des Ukraine-Krieges¹⁶⁷ wird erneut über einen deutschen ‚Ersatznationalismus‘ geschrieben: Da den Deutschen das Nationalbewusstsein nach 1945 verwehrt worden sei, artikuliere sich dieses Bedürfnis in der Unterstützung anderer Nationen, so etwa der Ukraine oder eben Israels, bei gleichzeitiger Ignoranz eigener Interessen. ‚Nationalmasochismus‘, ‚Schuld-kultpatriotismus‘, ‚Israelbesoffenheit‘ oder eben ‚Ersatznationalismus‘ sind hierfür einige gängige Begriffe in der rechten Publizistik.

Der arabisch-israelische Konflikt habe in Deutschland eine „zivilreligiöse Dimension“ angenommen, beklagt Martin Sellner auf dem Blog der Sezession: „Denn die dogmatische Auslegung der Aufgabe, die Welt so einzurichten, ‚dass Auschwitz sich nicht wiederhole‘, ist der Identitätskern der Bundesrepublik.“ (sezession.de, 22.10.2023) Die Wahrung israelischer Staatsinteressen sei zum deutschen Staatsziel geworden. Die Schwäche Deutschlands sieht Sellner darin, dass es keinen „Identitätskern“ außer dem „Schuld-kult“ mehr habe. Mitunter wird dem deutschen Staatshandeln eine gewisse Paradoxität unterstellt, da der Antisemitismus unter Muslim_innen in Deutschland deutlich mache, wie wenig die deutsche Staatsräson mit Blick auf Israel mit der derzeitigen Einwanderungspolitik zu vereinbaren sei. „Diese Art von Einwanderer, die aus ihrer Israel-Feindlichkeit und ihren Hamas-Sympathien keinen Hehl macht, ist schon seit geraumer Zeit ein Schizo-Problem für das schuld-kultgespeiste herrschende Narrativ, das verlangt, sowohl den Juden als auch den Migranten anzubeten“, schreibt Lichtmesz auf dem Blog der Sezession. (sezession.de, 12.10.23) In der Zuerst! monieren Lieger, Schöps und Kranzler, dass Deutschland nicht die Interessen des eigenen Staates priorisiere, sondern „an das Schicksal eines anderen Staates koppel[t]“. Dies gehe so weit, dass Geflüchtete sich zum Existenzrecht Israels bekennen müssten, „um ein Asyl-Ticket für das deutsche Migranten-Mekka zu lösen“. (Zuerst! 12/2023)

167 Siehe dazu: apabiz: magazine 11, Juli 2023: Der Ukraine-Krieg in der rechten Publizistik. Berlin 2023. https://www.apabiz.de/wp-content/uploads/2023/07/magazine_11_web.pdf (Zugriff am 30.07.2024).

Auch Maximilian Kraus, zu diesem Zeitpunkt noch AfD-Bundesvorstandsmitglied und Spitzenkandidat für die EU-Wahl,¹⁶⁸ verknüpft in einer Rede über *Vergangenheitspolitik und politische Gegenwart* auf einer Tagung des Instituts für Staatspolitik (IfS)¹⁶⁹ im November 2023 in Schnellroda das Narrativ eines deutschen „Schuldskults“ mit dem Anti-Migrations-Diskurs. Das Bedürfnis nach historischer Entlastung artikuliert sich bereits zu Beginn von Kraus Rede: „Über die Vergangenheit zu sprechen ist schlimm genug, in Kombination mit Israel ist es nahezu unmöglich.“ Kraus führt unter Rückgriff auf das antijudaistische Stereotyp jüdischer Rachsucht weiter aus: „10 Auge [sic] für 1 Auge, nämlich eine Politik im Gazastreifen, die absehbar Flüchtlingsströme in Gang setzt, [...] wenn man da bereits fragt, ist das denn korrekt“, werde man „massiv angegriffen“. Das liege, so Kraus, an einem „Ersatznationalismus“, einer „Identifizierung mit Israel“ als „Ersatz für die fehlende Identifizierung mit dem eigenen Vaterland“. Kraus führt den vermeintlichen Ersatznationalismus auf „eine ganz eigenartige Vergangenheitsaufarbeitung“, auf deutsche „Nationalneurosen“ zurück. Ihm zufolge eröffnen sich angesichts des 7. Oktobers und seiner Folgen neue „Diskussionsfenster für die eigene Geschichtsaufarbeitung“: Wenn nun über Opfer in Gaza gesprochen werde, so solle das zum Anlass genommen werden, über „Dinge [zu sprechen], die bisher Tabu gewesen“ seien, nämlich „über deutsche Opfer“. Es ist Kraus selbst, der eine projektive Identifizierung des ‚Fremden‘ mit dem ‚Eigenen‘ vornimmt. Darin betrachtet er die Palästinenser_innen immer als Opfer Israels, um dieses Narrativ dann auf den deutschen Kontext anzuwenden. So werden die Deutschen während des Nationalsozialismus mit den Palästinenser_innen gleichgesetzt und als Opfer der Alliierten inszeniert: „Dresden war unzulässig und Gaza ist auch unzulässig.“ Die Opfer der nationalsozialistischen Deutschen hingegen werden damit wie nebenbei zu den Täter_innen von heute. Daher bestehe seitens Deutschlands gegenüber Israel auch „keine besondere Verantwortung“. Solche Äußerungen Kraus sind durchaus auch als Kritik an den eigenen

168 Um Kraus wurden im Mai 2024 diverse öffentliche Kontroversen geführt. Im Ergebnis schloss die rechte ID-Fraktion im Europäischen Parlament alle AfD-Vertreter_innen aus der Fraktion aus, und Kraus trat aus dem Bundesvorstand der AfD zurück. Zugleich verhängte die Partei für ihn ein Auftrittsverbot im laufenden Europa-Wahlkampf. Bereits einen Tag nach der Wahl im Juni 2024 beschlossen die neu gewählten Delegierten der Partei, dass Kraus nicht Teil der Europa-Delegation sein wird. Die Auseinandersetzung um Kraus im rechten Lager, die auch die Zusammenarbeit mit anderen Rechtsaußenparteien in Europa maßgeblich beeinflusst hat, ist exemplarisch für das Ringen zwischen den Machtstrateg_innen in der Partei und Akteur_innen wie dem einstigen IfS, die eine parteipolitische, strategische Abgrenzung innerhalb des eigenen Milieus als Anbiederung kritisieren. Kubitschek deutete die Auseinandersetzung um Kraus auf dem Blog der Sezession als Sieg der transatlantischen Rechten in Europa: „Es geht nicht um den Politikstil Kraus oder um geschichtspolitische Fragen. Es geht darum, daß sich in Europa ein mächtiger konservativer Ableger der US-amerikanischen Rechten gebildet hat, der das rechtskonservative Europa prägen will und wird – auf Kosten Deutschlands und unter Beteiligung deutscher konservativer Irrelevanz.“ (sezession.de, 26.05.2024)

169 Das IfS wurde im April 2024 aufgelöst. Die vom IfS herausgegebene Zeitschrift Sezession wird vom früheren Institutsleiter Erik Lehnert und seinem Unternehmen Metapolitik Verlags UG weitergeführt. Götz Kubitschek hatte bereits im Februar 2024 die Unternehmensgesellschaft Menschenpark Veranstaltungen UG gegründet, unter der weiterhin Akademien, Seminare, Tagungen und Messveranstaltungen angeboten werden sollen. In der Sezession begründete Kubitschek den Schritt mit einem möglicherweise drohenden Verbot des Vereins.

Parteimitgliedern zu verstehen, die am 12. Oktober, noch unter dem unmittelbaren Eindruck der Gräueltaten stehend, in ihren Reden ausführten, dass mit den von der Hamas geführten Massakern auch „wir, der gesamte Westen“ (Gauland) gemeint seien und gegenüber Israel „schon aus unserer gemeinsamen Geschichte heraus besondere Verantwortung“ bestehe (Moosdorf). Wenn Maximilian Krahl also von Diskussionsfenstern spricht, die es zu nutzen gelte, so ist damit auch die AfD selbst gemeint, innerhalb derer die Grenzen des Sagbaren im Sinne geschichtsrevisionistischer deutscher Opfernarrative verschoben werden sollen.

Wenn nun über Opfer in Gaza gesprochen werde, so solle das zum Anlass genommen werden, über „Dinge [zu sprechen], die bisher Tabu gewesen“ seien, nämlich „über deutsche Opfer“. Es ist Krahl selbst, der eine projektive Identifizierung des ‚Fremden‘ mit dem ‚Eigenen‘ vornimmt.

Auch in der Jungen Freiheit bedienen sich einzelne Autoren gängiger rechter Opfernarrative im Zusammenhang mit der Debatte um Antisemitismus und verknüpfen diese mit dem Narrativ der Cancel Culture. Referiert wird etwa auf Kontroversen, die im akademischen Milieu oder in der Kulturszene geführt werden, darunter die Absage der Kölner Universität an die US-Philosophin Nancy Fraser. Fraser hatte einen offenen Brief mit dem Titel *Philosophy for Palestine* unterzeichnet, der dem BDS-Kontext¹⁷⁰ zuzuordnen ist und antisemitische Stereotype bedient. In der JF verweist Florian Werner auf Immanuel Kant und die Aufklärung. Demnach müsse es möglich sein, sich öffentlich zu äußern, „und sei’s auch in der Form von Schmutz“. (JF 17/2024) Dass die freie Rede in Deutschland seit Langem bedroht sei, ist nicht nur in der Jungen Freiheit immer wieder zu lesen, sondern auch ein konstitutives Narrativ im extrem rechten Denken insgesamt. Entsprechend sei Fraser nicht ganz unschuldig, denn schließlich habe sie „als Intellektuelle an der Definition eines hegemonialen Diskurses mitgetan [...], aus der Andersdenkende immer schon herausgefallen sind“, womit Werner wohl auf das nationalkonservative Milieu der JF selbst anspielt. Einen ähnlichen Gedankengang verfolgt JF-Stammautor Thorsten Hinz in seinem Artikel über den jüdischen Pianisten Igor Levit, der sich gegenüber der Wochenzeitung ZEIT enttäuscht über die ausbleibende Solidarität mit Jüdinnen_Juden in Deutschland

170 Siehe dazu: RIAS Bund: Antisemitismus bei BDS. Akteure – Aktionsformen – Wirkungen. Berlin 2023. https://report-antisemitism.de/documents/2024-03-14_Antisemitismus-bei-BDS.pdf (Zugriff am 27.06.2024).

gezeigt hatte. Für Hinz ist dies die Konsequenz aus dem „bundesdeutschen Schuld kult“ und „faktischen Trauerverbot für die eigenen Opfer“ nach dem Zweiten Weltkrieg:

„Woher soll Empathie mit anderen – hier: mit Israel, mit jüdischen Betroffenen – denn kommen, wenn die Deutschen nicht einmal mit sich selbst empathisch sein können und ihnen die Fähigkeit dazu systematisch abtrainiert wurde? Aus diesem Grund bilden sie auch keine handlungsfähige Willensgemeinschaft mehr und können sich der Zerstörung des demokratischen Rechtsstaates und ihrer Lebenswelt überhaupt nicht entgegenstellen. [...] Die Erhaltung gegenüber der ‚dehumanisation‘ – der Entmenschlichung – der jüdischen Hamas-Opfer, die Levit beklagt, haben seine grünen Gesinnungsfreunde gegenüber deutschen Opfern seit jeher an den Tag gelegt.“ (JF 49/2023)

Insgesamt spiegeln die Beiträge in den unterschiedlichen Periodika eine durchaus ambivalente Haltung wider: Zum einen fürchtet man eine weitere militärische Eskalation bis hin zu einem Dritten Weltkrieg. Zum anderen hegt man die Hoffnung, dass der 7. Oktober und seine Folgen und die damit zusammenhängenden Debatten und Proteste neue Räume eröffnen, um tradierte rechte Forderungen, etwa nach einer restriktiven Migrationspolitik, mit mehr Nachdruck in die politische Debatte einzubringen. Die israelische Kriegsführung in Gaza wird als Ausgangspunkt einer Kritik der deutschen Staatsräson begriffen, in deren Anschluss der vermeintliche ‚Schuld kult‘ direkt mit entsorgt werden kann.

Historische Betrachtungen und „Großer Austausch“¹⁷¹

Einzelne Artikel streifen die Geschichte des arabisch-israelischen Konfliktes. Mitunter wird hier ein eindimensionales und unterkomplexes Bild gezeichnet, in dem Israel als jahrzehntelanger und alleiniger Aggressor dargestellt wird. In der Deutschen Stimme – in der bereits erwähnten Schwerpunktausgabe zum Thema – schreibt Moritz Altmann unter der Überschrift *Israel: Terror als Geburtshelfer der Staatsgründung*: „Was würde wohl geschehen, wenn alle Völker Anspruch auf das Land erheben würden, das ihre Vorfahren vor 2000 Jahren verlassen haben? Die Welt versänke in Krieg und Terror. Nur ein Volk kam mit dieser vermessenen Idee durch: die Juden mit der Gründung des Staates Israel am 14. Mai 1948.“ Entlarvend, wengleich wenig überraschend für ein neonazistisches Blatt ist die Tatsache, dass Altmann die Zusammenhänge zwischen dem Vernichtungsantisemitismus in Europa, der Schoa und jüdischer Einwanderung nach Palästina ebenso wenig erwähnt wie die Tatsache, dass Jüdinnen_Juden schon immer in dem Gebiet gelebt haben. Während er ausführlich auf die Vertreibung der Palästinenser_innen im Zuge des Unabhängigkeitskrieges von 1948 eingeht, wird die Verfolgung von Jüdinnen_Juden in Europa nahezu auf einen Satz reduziert: „Während des Zweiten Weltkrieges erlebte Palästina eine jüdische Masseneinwanderung.“ Obgleich die Deutsche Stimme in ihrer Schwerpunktausgabe zum arabisch-israelischen Konflikt mehr als ein Dutzend Beiträge versammelt, kommt das Wort Antisemitismus nur ein Mal vor: als Bildunterschrift zu einer Buchbesprechung von Theodor Herzls Buch *Der Judenstaat*. Neben einzelnen vergleichsweise nüchternen Artikeln bleiben viele Beiträge der neonazistischen Tradition eines mehr oder weniger offenen Antisemitismus treu. Mit Blick auf die Berichterstattung zum 7. Oktober lässt Nick Griffin, einstiger Vorsitzender der neonazistischen British National Party verlauten, die Mainstream-Medien seien „überwiegend im Besitz und unter der Kontrolle der gleichen Leute“. In den sozialen Netzwerken gebe es hingegen eine rege Diskussion über „die unverhältnismäßige Beteiligung von ‚denen, die nicht genannt werden sollen‘ an Entwicklungen vom Kulturmarxismus bis zum Feminismus, von Online-Pornos bis zur Trans-Agenda und von Pfizer bis zum globalen Blutsauger-Bankensystem“. Griffin bemüht hier ganz offen tradierte antisemitische Ideologeme.

In der Sezession macht Martin Lichtmesz hingegen einigermaßen deutlich, dass die jüdischen Einwanderungswellen in einem Zusammenhang stehen mit antisemitischen Pogromen, dem Vernichtungsantisemitismus der Nationalsozialisten und der Schoa. Beim Thema Israel ersetzt die Diskussion demografischer

171 Der Begriff ‚Großer Austausch‘ dient der extremen Rechten als verschwörungsideologischer, antisemitischer Kampfbegriff: Demnach solle die weiße Bevölkerung in Europa durch Migrant_innen ersetzt werden; dieser vermeintliche Prozess werde durch eine kleine Elite gesteuert.

Entwicklungen die sonst oft ausufernden geopolitischen Ausführungen der Neuen Rechten. Die Überlegungen zum demografischen „Kampf“ führt Lichtmesz mit Bezug auf Gunnar Heinsohns Buch *Söhne und Weltmacht* aus, dessen These vom „youth bulge“ bereits von Thilo Sarrazin aufgegriffen worden war. Demnach seien Gesellschaften mit einer sehr hohen Anzahl an jungen Menschen, insbesondere jungen Männern, prädestiniert für Gewalt und Konflikte. „Israels Existenz steht und fällt nach wie vor mit der demographischen Frage.“ (Sezession 117/2023) Sowohl die kinderreichen Palästinenser_innen als auch der israelische Staat mit seiner Bevorzugung der kinderreichen Siedler_innen erwägen diese als demografische Waffe, so Lichtmesz. Es ist wenig überraschend, dass sich die extreme Rechte mit Demografie, Bevölkerungswandel und Identität befasst, fürchtet sie doch den ‚Großen Austausch‘. Dieser habe in Israel schon stattgefunden:

„Die Situation ist seitenverkehrt: Israel ist ein Staat, der von Einwanderern und Flüchtlingen im Zuge eines ‚großen Austausches‘ auf Kosten der ansässigen Bevölkerung errichtet wurde, die sich jedoch nicht geschlagen gibt und danach strebt, auf ihrem angestammten Gebiet wieder die Mehrheit zu stellen, womit der sie beherrschende Staat zunehmend in ein ‚südafrikanisches‘ Dilemma gerät.“ (Sezession 117/2023)


Neben ähnlichen historischen Ausführungen thematisiert die Compact ‚religiösen Fundamentalismus‘. Hierbei fokussiert das Blatt auf die jüdische Orthodoxie, während dem islamischen Fundamentalismus, der in dem Konflikt ja nicht nur eine untergeordnete Rolle spielt (siehe die Konfliktparteien: Hamas, Islamischer Dschihad, Hisbollah, das iranische Mullah-Regime etc.), weniger Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Gründe für den Krieg und Israels aktuelles Vorgehen werden dabei in antisemitischer Weise im Kontext eines Weltherrschaftsanspruches gesehen, der dem orthodoxen Judentum immanent sei. Demnach würden „[e]ndzeitliche Juden“ innerhalb ihrer „Endzeitsekte“ eine letzte Schlacht herbeisehnen, um ihre Vormachtstellung zu manifestieren. (Compact 12/2023) Der Krieg in Gaza wird so zu einer historisch-religiös begründeten Schlacht eines jüdischen Fanatismus. Im Gegensatz dazu stehen einige Artikel, die sich mit den Öl- und Gasvorkommen in der Region beschäftigen und diese als Grundlage für die Eskalation sehen. Ob es um geopolitische Interessen geht oder der Charakter der jüdischen Orthodoxie als ausschlaggebend ausgemacht wird, am Ende teilen die Autoren die Vermutung, dass es Israel um einen finalen großen Sieg gehe und diplomatische Lösungen daher nicht mehr möglich seien.

Rechte Positionierungen


In der Gesamtbetrachtung wird deutlich, dass die Bewertung und das Schreiben über den 7. Oktober und den Krieg in Gaza in der rechten Publizistik vielfach auf den zentralen politischen Themen der extremen Rechten aufbauen. Insbesondere die Migrations- und Vergangenheitspolitik sowie die Frage, inwieweit der Umgang mit dem Konflikt Auswirkungen auf die extreme Rechte selbst hat (Stichworte ‚Meinungsfreiheit‘ und ‚Antisemitismuskeule‘), spiegeln sich in den Beiträgen der rechten Publizistik wider. Vielen Autor_innen dienen die aktuellen Ereignisse als Anlass, ihren antisemitischen Ressentiments neuen Raum zu geben oder Antisemitismus zu externalisieren. Dabei wird die Debatte um muslimischen Antisemitismus einerseits instrumentalisiert, um die deutsche Migrationspolitik anzuprangern. Andererseits befürchtet man, dass sich der Vorwurf des Antisemitismus, etwa anlässlich vergangenheitspolitischer Äußerungen, auch gegen das eigene Milieu wenden könne, oder man sieht sich darin bestätigt, dass ihm schon immer jegliche Grundlage gefehlt habe. Schließlich macht man sich Hoffnung, dass das militärische Vorgehen Israels in Gaza den Vorwurf des Antisemitismus zukünftig zu entkräften vermag. Hierzu resümiert Torsten Hinz in der Jungen Freiheit:

„Für die Deutschen war es wegen des Holocausts stets Gewissenspflicht gewesen, sich unverrückbar an die Seite Israels zu stellen und einen Quasi-Philosemitismus zu pflegen. Wie lange aber wird die Pflicht noch empfunden, wenn täglich Horrorbilder aus Gaza über den Bildschirm flimmern? [...] Der [Antisemitismusdiskurs] ist brüchig geworden und steht international vor der Verabschiedung. Dieser Diskurs ist in der Vergangenheit immer wieder gegen Rechte und Konservative gewendet worden. Es wäre ein Treppenwitz, wenn die sich nun als seine letzten Verteidiger betätigten.“ (JF 15/2024)

Mit Blick auf die Schoa und den Zweiten Weltkrieg wird seit jeher ein bundesdeutscher ‚Schuldskult‘ beklagt, dessen man sich entledigen möchte und der in unmittelbarem Zusammenhang steht mit dem bundesdeutschen Verhältnis zu Israel. Die harsche und bisweilen offen antisemitische Positionierung gegenüber Israel in der neonazistischen und verschwörungsideologisch geprägten Publizistik liegt nicht zuletzt hierin begründet. Hingegen sorgt der weitverbreitete anti-muslimische Rassismus auch dafür, dass Solidarität mit den Palästinenser_innen ausbleibt. Ganz besonders deutlich wird das in einem Streitgespräch in der Deutschen Stimme. Während sich der Neonaziaktivist Sven Skoda dafür ausspricht, „für Palästina Flagge zu zeigen“ und sich „klar gegen Israel und seine Mord- und Vertreibungspolitik“ zu positionieren, kommt Chefredakteur Peter Schreiber zu dem Ergebnis: „Ich will diese Leute hier nicht haben, also hänge ich auch nicht ihre Flagge aus dem Fenster.“ (DS 12/2023)



Das Beispiel verdeutlicht einmal mehr, dass es in den extrem rechten Beiträgen zum arabisch-israelischen Konflikt zuerst darum geht, Situation und Debatte auf den deutschen Kontext und das eigene Milieu zu übertragen. Im Kern werden vor allem Identitätsfragen und tradierte extrem rechte Opfernarrative verhandelt.



In der Sezession betonen Martin Sellner und Götz Kubitschek, dass sich die rechte Szene am Thema nicht spalten, sondern vielmehr Allianzen schaffen solle. Es gehe darum, sich auf ‚das Eigene‘ zu fokussieren. Historische Entwicklungen werden von Martin Lichtmesz mit der Methode der freien Assoziation neu zusammengesetzt: „Wir Rechten sind nun in der unerquicklichen Lage, wie die Zionisten der Gründergeneration über möglichst friedliche und freiwillige ‚Transfers‘ (wir nennen es: ‚Remigration‘) nachdenken zu müssen, ohne ein Äquivalent der zionistischen Weltorganisation hinter uns zu haben.“ Aus den Ausführungen lässt sich ein gewisser Neid des Autors auf die zionistische Bewegung herauslesen, auf welche er eine enorme Macht projiziert. Zugleich vergleicht Lichtmesz die Lage der Deutschen mit der historischen Situation der arabischen Palästinenser_innen, „denn auch unserem Volk könnte eines Tages eine ‚Nakba‘, eine ethnische Säuberung, bevorstehen, mindestens aber der Status als Minderheit im eigenen Land.“ (Sezession 117/2023) Hier beweist Lichtmesz eine erstaunliche Übertragungsleistung, indem er die Situation der Rechten in Deutschland mit der Lage sowohl der frühen Zionist_innen als auch der Palästinenser_innen vergleicht, wobei Letztere, und damit dann auch die Deutschen, wiederum zu Opfern Ersterer werden. In wenigen Worten dramatisiert Lichtmesz so die Lage der extremen Rechten bzw. des deutschen „Volk[s]“ und verklausuliert die verschwörungsideologische Idee der Gefahr eines vermeintlichen Bevölkerungsaustausches in Deutschland und Österreich. Vor dem Hintergrund der großen politischen Bedeutung, die der Begriff ‚Nakba‘ (arabisch, zu Deutsch: ‚Katastrophe‘) für die Beschreibung der Folgen der israelischen Staatsgründung für Palästinenser_innen hat, kann dessen Verwendung für den deutschen Kontext auch als Trivialisierung der Situation der Palästinenser_innen verstanden werden.

Das Beispiel verdeutlicht einmal mehr, dass es in den extrem rechten Beiträgen zum arabisch-israelischen Konflikt zuerst darum geht, Situation und Debatte auf den deutschen Kontext und das eigene Milieu zu übertragen. Im Kern werden vor allem Identitätsfragen und tradierte extrem rechte Opfernarrative verhandelt. Die Autor_innen haben so letztlich vor allem eines im Sinn: sich selbst.

6. Fazit

Die vorliegende Broschüre hat den Antisemitismus in der extremen Rechten in Deutschland zum Inhalt. Gezeigt wurde, welche zentrale Bedeutung der Antisemitismus für die extreme Rechte hat, aber auch, wie bedeutsam umgekehrt der Rechtsextremismus für den Antisemitismus in Deutschland ist. Gideon Botsch stellt den Wandel des rechtsextremen Antisemitismus im historischen Rückblick dar. Dabei ist vor allem der Geschichtsrevisionismus und die Abwehr der Erinnerung an die Schoa besonders zentral. Ab den 1980er Jahren erlangten Rassismus in der extremen Rechten höheren Stellenwert, wobei aber antisemitische Narrative dazu genutzt wurden, um junge Rechtsextreme weiter zu radikalisieren. Zudem beschreibt Gideon Botsch die Konsolidierungsprozesse der NPD in den 1990er Jahren und wie es ihr gelungen ist, verschiedene Kleinstgruppen hinter sich zu vereinen. Zu guter Letzt werden die vier Segmente dargestellt, die den aktuellen Rechtsextremismus in Deutschland wesentlich kennzeichnen: Gewalt, Straßenaktionen, Medien und Parteipolitik. Der Antisemitismus dient in der extremen Rechten als gemeinsamer Nenner, um verschiedene Elemente der rechtsextremen Weltanschauung zu integrieren. Antisemitismus wird genutzt, um konkrete Feindbilder zu schaffen und zu markieren, was zu einer Radikalisierung und zur Rechtfertigung von Gewalt führt.


Die von Daniel Poensgen analysierten Vorfalldaten des Bundesverbands RIAS zeigen, dass von 2019 bis 2023 mit 2.284 Vorfällen die meisten antisemitischen Vorfälle dem politischen Spektrum Rechtsextremismus zugeordnet wurden. Dabei ist eine gewisse Konstanz der Vorfalldaten im Jahresvergleich zu beobachten. Während der relative Anteil gegenüber anderen politischen Hintergründen sank, blieb die Anzahl rechtsextremer Vorfälle gleich hoch.

Bei Vorfällen mit rechtsextremem Hintergrund tritt häufig eine Gleichzeitigkeit von Schoa-Leugnung und -Affirmation auf: Zum einen wird die Erinnerung an die Schoa abgewehrt, zum anderen werden Jüdinnen_Juden sowie politische Gegner_innen antisemitisch bedroht, wobei die Schoa verherrlicht wird. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Grenze zwischen dem verschwörungsideologischen und dem rechtsextremen Spektrum nicht immer einfach zu ziehen ist.

Die Abwehr der Erinnerung an die Schoa und verschwörungsideologisches Denken finden sich auch in der von Julius Gruber eingehend analysierten AfD. Zwar ist Antisemitismus für die AfD zurzeit nicht das Hauptmobilisierungsthema für ihre Wählerschaft, aber Geschichtsrevisionismus und auch eine regressive Elitenkritik, welche die Grundlage für Verschwörungsmymen bildet, gehören zur Programmatik der Partei. Dies zeigen unter anderem die dokumentierten antisemitischen Äußerungen aus den Reihen der AfD.

Mika Pérez Duarte, Dana Fuchs, Julius Gruber und Vera Henßler legen schließlich dar, dass die extreme Rechte in Deutschland im Sprechen und Schreiben über den 7. Oktober und über dessen Folgen vor allem über sich selbst spricht und schreibt. Auch hier sind die klassischen rechten Themenfelder – Migrations- und Vergangenheitspolitik – die zentralen Topoi. In rechtsextremen Verlautbarungen seit dem 7. Oktober wird dieser dazu benutzt, Antisemitismus auf muslimische Migrant_innen zu externalisieren – in der Hoffnung, Debatten um eine restriktivere Migrationspolitik anzustoßen und zu beeinflussen. Gleichzeitig sorgt man sich jedoch, dass dieses Narrativ, mit dem der Antisemitismus der Anderen – der sogenannte importierte Antisemitismus – skandalisiert wird, sich alsbald gegen das eigene Milieu richten könnte, vor allem in vergangenheitspolitischen Fragen. Darüber hinaus wird das Sprechen über den 7. Oktober und über den arabisch-israelischen Konflikt zur Erinnerungsabwehr der Schoa genutzt, indem die Haltung der Bundesregierung in diesem Konflikt als Ausdruck eines angeblichen Schuld-kults interpretiert wird.

Der Antisemitismus der extremen Rechten dreht sich folglich vor allem um Geschichtsrevisionismus und die Abwehr der Erinnerung an die Schoa. Aus diesen antisemitischen Einstellungen folgen konkrete Handlungen und antisemitische Vorfälle, die reale Konsequenzen für Betroffene haben. Unter den Fällen antisemitischer extremer Gewalt, die der Bundesverband RIAS in den Jahren 2019 bis 2023 dokumentierte, kamen solche aus dem rechtsextremen Spektrum am häufigsten vor. Für Betroffene von Antisemitismus geht demnach von der extremen Rechten eine besondere Gefahr für Leib und Leben aus. Aber auch weniger gewaltvolle antisemitische Vorfälle wirken bedrohlich auf das Lebensgefühl Betroffener. Antisemitismus mit rechtsextremem Hintergrund hat für Jüdinnen_Juden alltagsprägenden Charakter: Zum einen erleben sie ihn in ganz alltäglichen Situationen, zum anderen sehen sie sich genötigt, ihren Alltag auf mögliche antisemitische Vorfälle auszurichten.



Der Antisemitismus der extremen Rechten dreht sich folglich vor allem um Geschichtsrevisionismus und die Abwehr der Erinnerung an die Schoa. Aus diesen antisemitischen Einstellungen folgen konkrete Handlungen und antisemitische Vorfälle, die reale Konsequenzen für Betroffene haben.

Literaturverzeichnis

- „Възраждане“ води депутати от „Алтернатива за Германия“ на Шипка. In: Mediapool, 03.03.2024, <https://www.mediapool.bg/vazrazhdane-vodi-deputati-ot-alternativa-za-germaniya-na-shipka-news356769.html> (Zugriff am 05.09.2024).
- 19 февраля 2024 г. <http://web.archive.org/web/20240219170954/http://www.dipacademy.ru/press/o-vizite-delegacii-deputatov-nacionalnogo-sobraniya-respubliki-bolgarii/> (Zugriff am 05.09.2024).
- A Mi Hazánk Mozgalom kabinetjeinek listája. <https://mihazank.hu/kabinetek/> (Zugriff am 05.09.2024).
- Adorno, Theodor W.: Antisemitismus und faschistische Propaganda. In: Ernst Simmel (Hrsg.): Antisemitismus. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag 1993, S. 148–162.
- AfD Sachsen: Damit Sachsen Heimat bleibt! Wahlprogramm Landtagswahl Sachsen 2024. <https://afdsachsen.de/wp-content/uploads/afd-wahlprogramm-landtagswahl-sachsen-2024.pdf> (Zugriff am 05.09.2024).
- AfD Sachsen: Wahlprogramm 2014. Langfassung. <https://kritisches-netzwerk.de/sites/default/files/AfD%20-%20Alternative%20fuer%20Deutschland%20-%20Wahlprogramm%20AfD%20Sachsen%202014%20-%20Langfassung.pdf> (Zugriff am 05.09.2024).
- AfD TV: Bundesparteitag 2023 – Grußwort Kostadin Kostadinov. <https://www.afd.tv/video/bundesparteitag-2023-grusswort-kostadin-kostadinov> (Zugriff am 05.09.2024).
- AfD-Fraktion im Bundestag: Wertekonferenz im Deutschen Bundestag. <https://afdbundestag.de/wertekonferenz-im-deutschen-bundestag/> (Zugriff am 05.09.2024).
- AfD: Europawahl Programm 2024. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/11/2023-11-16-_AfD-Europawahlprogramm-2024-_web.pdf (Zugriff am 05.09.2024).
- AfD: Grundsatzprogramm für Deutschland. <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/> (Zugriff am 05.09.2024).
- AfD: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf (Zugriff am 05.09.2024).
- Amtsblatt der Europäischen Union. Entscheidung der Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen vom 30. September 2024 über die Eintragung von Europa der Souveränen Nationen als europäische politische Partei. https://www.appf.europa.eu/cmsdata/289785/OJ_C_202406005_DE_TXT.pdf (Zugriff am 04.11.2024).
- Antragsbuch zum 15. Bundesparteitag – AfD. Berlin 2024. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2024/06/2024-06-14_Antragsbuch_BPT_Essen_anonymisiert.pdf (Zugriff am 05.09.2024).
- apabiz: magazine 11, Juli 2023: Der Ukraine-Krieg in der rechten Publizistik. Berlin 2023. https://www.apabiz.de/wp-content/uploads/2023/07/magazine_11_web.pdf (Zugriff am 30.07.2024).

- **Armbrust, N. / Barthel, J. / Khamis, S. / Meyer-Fünffinger, A. / Nabert, A. / Nierle, V. / Streule, J. / Zierer, M.: AfD im Bundestag beschäftigt mehr als 100 Rechtsextreme.** In: tagesschau, 12.03.2024, <https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/afd-bundestag-rechtsextreme-mitarbeiter-100.html> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Armbrust, Nadja / Streule, Josef: Die AfD im Bundestag und der Rechtsextremismus.** In: report München, 12.03.2014, <https://www.br.de/fernsehen/das-erste/sendungen/report-muenchen/afd-rechtsextremismus-bundestag100.html> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Bayerischer Landtag: Plenarprotokoll 19/23 vom 18.06.2024.** https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP19/Protokolle/19%20Wahlperiode%20Kopie/19%20WP%20Plenum%20Kopie/023%20PL%20180624%20ges%20endg%20Kopie.pdf (Zugriff am 06.09.2024).
- **Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen.** Europe of Sovereign Nations. Declaration of Membership. https://www.appf.europa.eu/cmsdata/289046/Declarations%20of%20party%20Membership_ESN_Redacted_print.pdf (Zugriff am 04.11.2024).
- **Behörde für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen.** Europe of Sovereign Nations. Liste der Mitglieder des Vorstands. <https://www.appf.europa.eu/cmsdata/289077/ESN%20Governing%20Body%202024-09-30.pdf> (Zugriff am 04.11.2024).
- **Behrens, Kilian / Henßler, Vera / Jentsch, Ulli / Metzger, Frank / Sanders, Eike: Rechte Perspektiven auf Religion – Teil 2.** In: apabiz: magazine 2, Oktober 2018. Berlin 2018. <https://www.apabiz.de/2018/rechte-perspektiven-auf-religion-teil-2/> (Zugriff am 30.07.2024).
- **Bergmann, Werner / Erb, Rainer: Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland.** In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 38 (1986), S. 209 – 222.
- **BKA: Bundesweite Fallzahlen 2023. Politisch motivierte Kriminalität, 21.05.2024.** https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2024/pmk2023-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (Zugriff am 30.07.2024).
- **Blex, Christian: Ankunft der AfD-Abgeordneten und Treffen mit syrischem Großmufti.** 05.03.2018. <https://www.christian-blex.de/2018/03/ankunft-der-afd-abgeordneten-und-treffen-mit-syrischem-grossmufti-391/> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Botsch, Gideon: Von der Judenfeindschaft zum Antisemitismus. Ein historischer Überblick.** In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 28 – 30/2014, S. 10 – 17.
- **Breuer, Stefan: Ordnungen der Ungleichheit. Die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen, 1871 – 1945.** Darmstadt: WBG 2001.
- **Bundesverwaltungsgericht, Pressemitteilung Nr. 39/2024.** <https://www.bverwg.de/de/pm/2024/39> (Zugriff am 30.09.24).
- **Bundeszentrale für politische Bildung: Morgenthau-Plan.** <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/504214/morgenthau-plan/> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Bürger-Union Ratingen: Strafanzeige gegen Bernd Ulrich, Vorsitzender der AfD Fraktion im Rat der Stadt.** https://www.buerger-union-ratingen.de/Strafanzeige-gegen-Bernd-Ulrich--Vorsitzender-der-AfD-Fraktion-im-Rat-der-Stadt-_5738.aspx (Zugriff am 05.09.2024).
- **Carstens, Peter: AfD nimmt sich Bismarck zum Vorbild.** In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.09.2013, <https://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/aussenpolitisches-konzept-afd-nimmt-sich-bismarck-zum-vorbild-12569281.html> (Zugriff am 05.09.2024).
- **CeMAS (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2021. Welche Rolle Verschwörungsideologien in der Demokratie spielen.** Berlin 2021. <https://cemas.io/publikationen/die-bundestagswahl-2021-welche-rolle-verschwuerungsideologien-in-der-demokratie-spielen/die-bundestagswahl-2021-welche-rolle-verschwuerungsideologien-in-der-demokratie-spielen.pdf> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Chernivsky, Marina / Lorenz-Sinai, Friederike: Der 7. Oktober als Zäsur für jüdische Communities.** In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 25 – 26/2024 (Hefthema: Antisemitismus), S. 19 – 22.
- **Cubitt, Geoffrey: „Conspiracy Myths and Conspiracy Theories“.** In: Journal of the Anthropological Society of Oxford, Nr. 20 (1989), S. 13 – 17.
- **Daiber, Nathalie / Duwe, Silvio / Röder, Marie: „Links, radikal, antisemitisch – Woher kommt der Judenhass?“, Kontraste Reporter (Berlin, 15. Mai 2024),** <https://www.rbb-online.de/doku/kontraste-die-reporter/links-radikal-antisemitisch-woher-kommt-der-judenhass.html>.

- **Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar: Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014.** Leipzig 2014.
- **Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Heller, Aylene / Schuler, Julia / Brähler, Elmar: Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf.** In: Oliver Decker / Johannes Kiess / Aylene Heller / Elmar Brähler (Hrsg.): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?* Gießen: Psychosozial-Verlag 2022, S. 31 – 90.
- **Decker, Oliver/ Brähler, Elmar / Geißler, Norman: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland.** Berlin 2006, S. 32 – 34.
- **Der Flügel: Die „Erfurter Resolution“ – Wortlaut und Erstunterzeichner.** <https://web.archive.org/web/20160105210808/https://www.derfluegel.de/2015/03/14/die-erfurter-resolution-wortlaut-und-erstunterzeichner/> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Drucksache 19/19156, 13.05.2020.** <https://dserver.bundestag.de/btd/19/191/1919156.pdf> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Deutscher Bundestag, Mediathek: Pro und Contra in deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen** (Video), Minute 1:30:20. <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7503104&url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk=&mod=mediathek#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTAzMTA0J-nVybD1MMjFsWkdsGRHaGxhMjkyWlhKc1lYaz0mbW9kPW1lZGlhdGhlaW==&mod=mediathek> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 123. Sitzung, Plenarprotokoll 19/123.** <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19123.pdf> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Deutscher Bundestag, Stenografischer Bericht, 146. Sitzung, Plenarprotokoll 20/146.** <https://dserver.bundestag.de/btp/20/20146.pdf> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: Alte Motive, neue Medien: Antisemit zu Gast im österreichischen Parlament.** <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/oktober-2023/alte-motive-neue-medien-antisemit-zu-gast-im-oesterreichischen-parlament> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: Info-DIREKT.** <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/info-direkt/personalia> (Zugriff am 05.09.2024).
- **ESN-Party. Impressum.** <https://esn-party.eu/impressum-%2F-contact> (Zugriff am 04.11.2024).
- **ESN-Party. Member Parties.** <https://esn-party.eu/member-parties> (Zugriff am 04.11.2024).
- **European Parliament: Rada LAYKOVA.** https://www.europarl.europa.eu/meps/en/257262/RADA_LAYKOVA/home (Zugriff am 05.09.2024).
- **Fiedler, Maria: Parteitag in Magdeburg: Welches Material die AfD dem Verfassungsschutz geliefert hat.** In: *Tagesspiegel*, 31.07.2023, <https://www.tagesspiegel.de/politik/parteitag-in-magdeburg-welches-material-die-afd-dem-verfassungsschutz-geliefert-hat-10239913.html> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Forum for Democracy International: The Sofia Declaration, 12.04.2014.** <https://fvdinternational.com/article/the-sofia-declaration> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Frey, Nadine / Nachtwey, Oliver: Quellen des „Querdenkertums“. Eine politische Soziologie der Corona-Protteste in Baden-Württemberg. 2021.** https://www.boell-bw.de/sites/default/files/2022-01/Quellen%20des%20Querdenkertums_Frei_Nachtwey.pdf (Zugriff am 29.08.2024).
- **Gauland, Alexander: 128. Sitzung des Bundestags vom 12.10.2023.**
- **Gauland, Alexander: Warum muss es Populismus sein?** In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 06.10.2018, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/alexander-gauland-warum-muss-es-populismus-sein-15823206.html> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Gemeinsame Erklärung gegen die AfD.** https://www.zentralratderjuden.de/fileadmin/user_upload/pdfs/Wichtige_Dokumente/Gemeinsame_Erklarung_gegen_die_AfD_6_.pdf (Zugriff am 05.09.2024).
- **Generalbundesanwalt des Bundesgerichtshofs: Festnahmen von 25 mutmaßlichen Mitgliedern und Unterstützern einer terroristischen Vereinigung sowie Durchsuchungsmaßnahmen in elf Bundesländern bei insgesamt 52 Beschuldigten.** 2023. <https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2022/Pressemitteilung-vom-07-12-2022.html> (Zugriff am 05.09.2024).

- **Geopolitics & Empire: Thierry Baudet:** We Must Develop More Courage to Counter Globalism. <https://open.spotify.com/episode/4W1Oza88cljt88lx83DKSh?si=a468a1f4496341f5> (Zugriff am 04.11.2024).
- **Grimm, Marc / Kahmann, Bodo:** AFD und Judenbild. Eine Partei im Spannungsfeld von Antisemitismus, Schuldabwehr und instrumenteller Israelsolidarität. In: Grigat: AFD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden: Nomos 2017, S. 41 – 60.
- **Gruber, Julius / Loy, Bianca / Poensgen, Daniel:** Antisemitische Vorfälle nach den Massakern der Hamas am 7. Oktober. Die Rolle von Gelegenheitsstrukturen für das antisemitische Vorfalleschehen in Deutschland. Berlin 2023. https://report-antisemitism.de/documents/2024-05-17_Working-Paper-01-23_Antisemitische-Vorfaelle-nach-den-Massakern-der-Hamas-am-7-Oktober.pdf.
- **Gruber, Julius:** „Alte Pläne – neue Verbrechen am deutschen Volk“. Zu Kontinuität und Aktualisierung von Opfernarrativen im verschwörungsideologischen Spektrum. In: Amadeu Antonio Stiftung, 04.07.2023, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/alte-plaene-neue-verbrechen-am-deutschen-volk-zu-kontinuitaet-und-aktualisierung-von-opfernarrativen-im-verschwuerungsideologischen-spektrum-101171/> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Haury, Thomas:** Antisemitismus von Links. Kommunistische Ideologie, Nationalsozialismus und Antizionismus in der frühen DDR. Hamburg: Hamburger Edition 2002.
- **Höcke-Rede im Wortlaut: „Gemütszustand eines total besiegten Volkes“.** In: Tagesspiegel, 19.01.2017, <https://www.tagesspiegel.de/politik/gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes-5488489.html> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Hommerich, Luisa:** So wollte der Kreml-Sender RT die deutschen Debatten beeinflussen. In: ZEIT ONLINE, 07.06.2024, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-06/russische-propaganda-rt-de-russland-afd-deutsche-parteien> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Hungary far-right would lay claim to neighbouring region if Ukraine loses war.** In: Reuters, 28.01.2024, <https://www.reuters.com/world/europe/hungary-far-right-would-lay-claim-neighbouring-region-if-ukraine-loses-war-2024-01-28/> (Zugriff am 05.09.2024).
- **International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA): Arbeitsdefinition von Antisemitismus.** <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus> (Zugriff am 20.02.2024).
- **Jansen, Frank:** Pegida in Dresden: Tausende demonstrieren – und Gauland schaut zu. In: Tagesspiegel, 16.12.2024, <https://www.tagesspiegel.de/politik/tausende-demonstrieren-und-gauland-schaut-zu-6008620.html> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Jeder achte Deutsche ein Antisemit.** In: Der Spiegel Nr. 4 v. 19.01.1992, online unter: <https://www.spiegel.de/politik/jeder-achte-deutsche-ein-antisemit-a-0f8f835c-0002-0001-0000-000013679493> (Zugriff am 19.09.2024).
- **Juhász, Attila / Győri, Lóránt / Zgut, Edit / Dezső, András:** „The Truth Today Is What Putin Says It Is“. The Activity of Pro-Russian Extremist Groups in Hungary. Budapest 2017, S. 7, 13, 40 f. https://politicalcapital.hu/pc-admin/source/documents/PC_NED_country_study_HU_20170428.pdf (Zugriff am 05.09.2024).
- **Kellersohn, Helmut:** Die Partei und ihr Vorfeld. Das Konzept der Mosaik-Rechten. In: Diss-Journal 44 (2022), S. 11 – 15.
- **Kirkova, Mina:** Bulgaria: Concerns over a spike in antisemitic incidents. In: Deutsche Welle, 28.06.2023, <https://www.dw.com/en/bulgaria-concerns-over-a-spike-in-antisemitic-incidents/a-66041664> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Kleinert, Hubert:** Die AfD und ihre Mitglieder. Eine Analyse mit Auswertung einer exemplarischen Mitgliederbefragung hessischer Kreisverbände. Wiesbaden: Springer VS 2018.
- **Kolter, Max:** „So will die Ampel die Einbürgerung von Antisemiten verhindern“, In: Legal Tribune Online, 24.1.2024, <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/antisemitismus-antisemitisch-staatsangehoerigkeit-einbuengerung-ampel-straftat-bekanntnis-israel> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Kopytok, Vitovt/ Komin, Mikhail/ Smolyakov, Andrey:** Pro-Russian MEPs not to vote for this weekend. In: euobserver, 07.06.2024, <https://euobserver.com/eu-and-the-world/arc868637b> (Zugriff am 05.09.2024).

- **Kumór, Waldemar: To zdjęcie jest haniebne. Dla antyszczepionkowców nie ma żadnych świętości.** In: Newsweek, 16.12.2021, <https://www.newsweek.pl/opinie/konfederacja-transparent-szczepienie-czyni-wolnym/ve74xfc> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Lamberty, Pia / Frühwirth, Lea: Ein Jahr russischer Angriffskrieg: Die Rolle von Desinformation in Deutschland.** 2023. https://cemas.io/publikationen/desinformation-und-angriffskrieg/2023-02-24_EinJahrRussischerAngriffskriegDesinformationInDeutschland.pdf (Zugriff am 05.09.2024).
- **Landeswahlleiter Brandenburg: Vorläufiges amtliches Ergebnis der Wahl zum 8. Landtag Brandenburg. Potsdam 2024.** https://wahlen.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/PM_31_%202024%20Vorl%C3%A4ufiges%20amtliches%20Ergebnis%20LTW%202024.4512340.pdf (Zugriff am 23.09.2024).
- **László, Toroczka: Ha Ukrajna elbukik, mi igényt tartunk Kárpátaljára.** In: index, 27.01.2024, <https://index.hu/belfold/2024/01/27/toroczka-laszlo-mi-hazank-mozgalom-evertelkeles-beszed/> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Leister, Annika: Brisante Partner an Bord.** In: t-online, 10.07.2024, https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100445878/afd-gruendet-neue-fraktion-europa-souveraener-nationen-sammelbecken-fuer-radikale-putin-freunde.html (Zugriff am 05.09.2024).
- **Lucke wendet sich ab.** In: tagesschau, 05.07.2015, <https://www.tagesschau.de/inland/afd-partei-tag-119.html> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Majerčínová, Adriána Belej: Klusa Sulík nekomentuje. Spolupráca so Sme rodinou? Kollára si už ako šéfa NR SR predstaviť neviem.** In: Pravda, 09.07.2023, <https://spravy.pravda.sk/parlamentne-volby-2023/clanok/673992-klusa-sulik-nekomentuje-spolupraca-so-sme-rodinou-kollara-si-uz-ako-sefa-nr-sr-predstavit-neviem/> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Markus Lanz vom 4. September 2024.** <https://www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-4-september-2024-100.html> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Meisner, Matthias: Update Aufmarsch am 13. Februar 2010 in Dresden: Bjorn Hocke Seit' an Seit' mit Neonazis.** In: Tagesspiegel, 14.02.2017, <https://www.tagesspiegel.de/politik/bjorn-hocke-seit-an-seit-mit-neonazis-6878413.html> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Mesežnikov, Grigorij / Bránik, Radovan: Hatred, violence and comprehensive military training. vThe violent radicalisation and Kremlin connections of Slovak paramilitary, extremist and neo-Nazi groups.** Budapest 2017. https://politicalcapital.hu/pc-admin/source/documents/PC_NED_country_study_SK_20170428.pdf (Zugriff am 05.09.2024).
- **Moosdorf, Matthias: 128. Sitzung des Bundestags vom 12.10.2023.**
- **Muslims will keep alive resistance against Quds occupation: Syria.** In: ParsToday, 17.01.2018, https://parstoday.ir/en/news/west_asia-i73761-muslims_will_keep_alive_resistance_against_quds_occupation_syria (Zugriff am 05.09.2024).
- **Nemečková, Nikoleta: Setting on an East-Bound Course? Slovak Political Parties' Views on China and Russia. Prag 2023.** https://www.amo.cz/wp-content/uploads/2023/09/AMO_Mapinfluence_Setting-on-an-East-Bound-Course_Slovak-Political-Parties-Views-on-China-and-Russia.pdf (Zugriff am 05.09.2024).
- **Neubert, Kjeld: German AfD launches third far-right group „Europe of Sovereign Nations“.** In: Euractiv, 10.07.2024, <https://www.euractiv.com/section/politics/news/german-afd-launches-third-far-right-group-europe-of-sovereign-nations/> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Neumann, Franz L.: Angst und Politik.** In: Ders.: Demokratischer und autoritärer Staat. Frankfurt am Main: Fischer Wissenschaft 1986.
- **Niehaus, B.: 14. Februar 2009 Dresden Neonazi-Aufmarsch.** <https://www.flickr.com/photos/bniehaus/albums/72157623109663371/with/4284857348> (Zugriff am 09.09.2024).
- **Nowa Nadzieja: Władze Nowej Nadziei.** <https://wolnosc.pl/wladze-nowej-nadziei/> (Zugriff am 05.09.2024).
- **OFEK: Beratung im Krisenmodus: Update zur Beratungsstatistik von OFEK e. V. im 1. Halbjahr nach dem 7. Oktober 2023.** 2024, S. 1. <https://ofek-beratung.de/wp-content/uploads/2024/04/240417-OFEK-sechs-Monate-nach-7-Oktober-%E2%80%93-Auswertung.pdf> (Zugriff am 30.07.2023).

- **Pascal Bülow, Florian:** „Bis an die Zähne bewaffnet mit Schlagzeug und E- Gitarren ...“ **Der Wandel rechter Musik in der Bundesrepublik Deutschland.** In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur (Special Issue: Music and Radicalism), 4 (2014), S. 179 – 328.
- **Peitz, Dirk:** „Der Berliner Weg, den Antisemitismus in der Kunst zu beseitigen“. Zeit Online, 7. Januar 2024, <https://www.zeit.de/kultur/2024-01/antisemitismus-klausel-kulturfoerderung-berlin-joe-chialo-offener-brief> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Pfahl-Traugher, Armin:** **Die AfD ist (mittlerweile) eine rechtsextremistische Partei. Eine Einschätzung aus demokratietheoretischer Sicht.** In: Sozial Extra 44 (2020) (Thema: Durchblick: Rechtsnationaler Autoritarismus und Soziale Arbeit), S. 87 – 91.
- **Pfahl-Traugher, Armin:** **Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive.** Wiesbaden: Springer VS 2019, S. 23 ff.
- **Rafael, Simone:** **Diese AfD-Politiker*innen feierten auf der „Querdenken“-Demonstration.** In: Belltower News, 11.09.2020, <https://www.belltower.news/dokumentation-diese-afd-politikerinnen-feierten-auf-der-querdenken-demonstration-103619/> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Ragad, Abdelali / Irvine-Brown, Richard / Garman , Benedict / Seddon, Sean:** **How Hamas built a force to attack Israel on 7 October.** In: BBC, 27.11.2023, <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-67480680> (Zugriff am 27.06.2024).
- **Rathje, Jan:** **Das Verhältnis der AfD zu „Reichsbürgern“: Zwischen verbaler Distanzierung und Kooperation.** Berlin 2024. https://cemas.io/publikationen/das-verhaeltnis-der-afd-zu-reichsbuergern/2024-08_AfD_und_Reichsbuerger.pdf (Zugriff am 05.09.2024).
- **Recherche Nord: 13.02.2010: Neonaziaufmarsch in Dresden.** <https://www.recherche-nord.com/gallery/2010.02.13.html> (Bild 32) (Zugriff am 05.09.2024).
- **Rensmann, Lars:** **Die Mobilisierung des Ressentiments. Zur Analyse des Antisemitismus in der AfD.** Berlin 2021. https://ajcgermany.org/system/files/document/AJC_AfD-Broschuere_final_digital.pdf (Zugriff am 05.09.2024).
- **RIAS Bayern:** „Das muss man auch mal ganz klar benennen dürfen“. **Verschwürungsdenken und Antisemitismus im Kontext von Corona.** München 2021. https://report-antisemitism.de/documents/RIAS_Bayern_Monitoring_Verschwoerungsdenken_und_Antisemitismus_im_Kontext_von_Corona.pdf (Zugriff am 05.09.2024).
- **RIAS Berlin:** **Reichsfahnen, Antisemitismus und Umsturzfantasien.** Das letzte Augustwochenende 2020 in Berlin. 18.09.2020. <https://report-antisemitism.de/monitoring/> (Zugriff am 05.09.2024).
- **RIAS Berlin:** **Verschwürungsmythen und Schoa-Bagatellisierung am „Tag der Freiheit“.** 10.08.2020. <https://report-antisemitism.de/monitoring/> (Zugriff am 05.09.2024).
- **RIAS-Bundesverband:** **Antisemitische Verschwürungsmythen in Zeiten der Coronapandemie. Das Beispiel Qanon.** AJC Berlin Lawrence and Lee Ramer Institute (Hrsg). Berlin 2021. <https://ajcgermany.org/system/files/document/Antisemitische%20Verschwoerungsmythen%20in%20Zeiten%20der%20Coronapandemie.pdf> (Zugriff am 05.09.2024).
- **RIAS-Bundesverband:** **Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2023.** Berlin 2024. https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2023.pdf (Zugriff am 17.07.2024).
- **RIAS-Bundesverband:** **Antisemitismus bei BDS. Akteure – Aktionsformen – Wirkungen.** Berlin 2023. https://report-antisemitism.de/documents/2024-03-14_Antisemitismus-bei-BDS.pdf (Zugriff am 27.06.2024).
- **RIAS-Bundesverband:** **Antisemitismus im Kontext der Covid-19-Pandemie.** Berlin 2020. https://report-antisemitism.de/documents/2020-09-08_Rias-bund_Antisemitismus_im_Kontext_von_covid-19.pdf (Zugriff am 05.09.2024).
- **RIAS-Bundesverband:** **Handbuch zur praktischen Anwendung der IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus.** Berlin 2020. https://report-antisemitism.de/documents/IHRA-Definition_Handbuch.pdf (Zugriff am 08.04.2024).
- **RIAS-Bundesverband:** **Jahresbericht: Antisemitische Vorfälle in Deutschland im Jahr 2023.** Berlin 2024. https://report-antisemitism.de/documents/25-06-24_RIAS_Bund_Jahresbericht_2023.pdf (Zugriff am 30.07.2024).

- **Riesser, Gabriel: Jüdische Briefe. Zur Abwehr und zur Verständigung (1838).** In: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 4. Hildesheim: Olms 2001, S. 59 – 61.
- **Roepert, Leo: Die globalistische Elite gegen das Volk. Antisemitismus und rechtspopulistisches Elitenbild.** In: Aschkenas 32 (2), 2022, S. 279 – 301.
- **Salzborn, Samuel: Antisemitismus in der „Alternative für Deutschland“.** In: Ders. (Hrsg.): Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen. Baden-Baden: Nomos 2019, S. 197 – 216.
- **Salzborn, Samuel: Von der offenen zur geschlossenen Gesellschaft. Die AfD und die Renaissance des deutschen Opfermythos im rechten Diskurs.** In: Stephan Grigat (Hrsg.): AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden: Nomos 2017, S. 29 – 40.
- **Schiedel, Heribert: Unheimliche Verbindungen. Über rechtsextremen Islamneid und die Ähnlichkeiten von Djihadismus und Counterjihadismus.** In: Judith Goetz / Joseph Maria Sedlacek / Alexander Winkler (Hrsg.): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechts-extremen „Identitären“. Hamburg: Marta Press 2017, S. 285 – 308.
- **Schmidt, Martin: AfD will Rauswurf aus ID-Partei zuvorkommen.** In: tagesschau, 24.06.2024, <https://www.tagesschau.de/inland/afd-europaparlament-id-partei-100.html> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Schreiter, Nikolai: Antisemitismus, Antizionismus und Ausnahmen: positive Bezüge auf Israel und Zionismus von rechts in historischer Perspektive.** In: Aschkenas 32 (2), 2022, S. 233 – 277.
- **Schulenburg, Jonathan: „Feuerring“: Der Iran und sein Netzwerk an Verbündeten.** In: BR24, 18.04.2024, <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/feuerring-der-iran-und-sein-netzwerk-an-verbuendeten,UAlFfgy> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Schulterschluss mit Rechtsextremen: die neue Strategie der AfD.** In: Monitor, 06.09.2018, <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/afd-208.html> (Zugriff am 05.09.2024)
- **Schwartz, Yaakov: Hungary’s most radical nationalist party since WWII just won 7 seats in parliament.** In: The Times of Israel, 06.04.2022, <https://www.timesofisrael.com/hungarys-most-radical-nationalist-party-since-wwii-just-won-7-seats-in-parliament/> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Speit, Andreas: Braune Vergangenheit.** In: taz, 21.02.2024, <https://taz.de/Fotos-von-AfDlern-bei-Nazi-Aufmarsch!/5990484/> (Zugriff am 09.09.2024).
- **Steinitz, Benjamin / Poensgen, Daniel: Die AfD im Spannungsfeld zwischen Relativierung und Instrumentalisierung des Antisemitismus.** Berlin 2017. https://report-antisemitism.de/documents/2017-11-30_rias-be_Artikel_AfD-im-Spannungsfeld.pdf (Zugriff am 05.09.2024).
- **Steinitz, Benjamin / Tell, Paula: Nicht zu unterschätzen. „Montagsmahnwachen für Frieden“.** (Berliner Zustände. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus im Jahr 2014.) Berlin: 2015. https://report-antisemitism.de/documents/2015-05-31_rias-be_Artikel_Nicht-zu-Unterschaetzen.pdf (Zugriff am 05.09.2024).
- **Sydow, Christoph: AfD-Politiker treffen Assads Großmufti.** In: SPIEGEL ONLINE, 06.03.2018, <https://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-afd-politiker-verbuedern-sich-mit-grossmufti-hassun-a-1196698.html> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Syrien-Kontaktgruppe der AfD-Bundestagsfraktion: Bericht über die Delegationsreise vom 18. bis zum 25. November 2019 nach Syrien.** https://afdbundestag.de/wp-content/uploads/2020/05/afd_btf_broschuere_delegationsreise_kg-syrien_2019_digitale_version.pdf (Zugriff am 05.09.2024).
- **Taterová, Eva: Increase of Antisemitism in the Czech Republic in Response to the Covid-19 Pandemic: Present Issues Explained on the Bases of Traditional Historical Stereotypes and Prejudice.** In: Security Theory and Practice 3/2022. <https://veda.polac.cz/wp-content/uploads/2022/10/Increase-of-Antisemitism-in-the-Czech-Republic-in-Response-to-the-Covid-19-Pandemic.pdf> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Thaidigsmann, Michael: „Juden sind wegen der Pogrome so mächtig“.** In: Jüdische Allgemeine, 09.09.2024, <https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/juden-sind-wegen-der-pogrome-so-maechtig/> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Unterstützung für Querdenker: Berliner AfD erklärt sich zum „parlamentarischen Arm“ der Anti-Corona-Proteste.** In: Tagesspiegel, 30.04.2021, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-afd-erklart-sich-zum-parlamentarischen-arm-der-anti-corona-proteste-6858070.html> (Zugriff am 05.09.2024).

- **Vazrazhdane Will Raise at EU Level Issue of Referendum on Keeping Bulgarian Lev – MEP Rada Laykova.** In: Bulgarian News Agency, 17.07.2024, <https://www.bta.bg/en/news/world/710385-vazrazhdane-will-raise-at-eu-level-issue-of-referendum-on-keeping-bulgarian-lev> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Vazrazhdane:** Делегация на „Възраждане“ посети Руската Федерация за участие в Международен форум. <https://vazrazhdane.bg/делегация-на-възраждане-посети-руска/> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Vejvodová, Petra / Janda, Jakub / Víchová, Veronika: The Russian connections of far-right and paramilitary organizations in the Czech Republic.** Budapest 2017. https://politicalcapital.hu/pc-admin/source/documents/PC_NED_country_study_CZ_20170428.pdf (Zugriff am 05.09.2024).
- **Weiß, Volker: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes.** Bonn: Klett-Cotta 2017.
- **Wenerski, Łukasz / Kacewicz, Michal: Russian soft power in Poland. The Kremlin and pro-Russian organizations.** 2017 https://politicalcapital.hu/pc-admin/source/documents/PC_NED_country_study_PL_20170428.pdf (Zugriff am 05.09.2024).
- **Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags: Deutsche Rüstungsexporte nach Israel, WD 5 - 3000 - 004/24.** <https://www.bundestag.de/resource/blob/992664/3b8ffc5891cf570ba0404a444567f0fe/WD-5-004-24-pdf.pdf> (Zugriff am 30.07.2024).
- **Zachová, Aneta: Tschechische Rechte räumt Misserfolg bei Europawahlen ein.** In: Euractiv, 12.06.2024, <https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/tschechische-rechte-raeumt-misserfolg-bei-europawahlen-ein/> (Zugriff am 05.09.2024).
- **Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico (Hrsg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23.** Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 2023. <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabda3e0fd> (Zugriff am 05.09.2024).

Melden Sie antisemitische Vorfälle telefonisch:

Bayern	089 122 23 40 60
Berlin	030 81 79 85 821
Hessen	0151 24 00 36 97 0151 18 52 27 41
Mecklenburg-Vorpommern	0381 12 87 85 28
Niedersachsen	0159 06 43 21 44
Nordrhein-Westfalen	0211 822 660 333
Saarland	06851 80 82 791
Sachsen	0155 66 21 58 18 0155 66 21 58 19
Sachsen-Anhalt	0345 13 18 30 31 0345 13 18 30 36
Schleswig-Holstein	0431 301 40 37 99 montags 10–12 und donnerstags 18–20 Uhr
Thüringen	03641 271 75 73 0176 71 21 30 04
In anderen Bundesländern (gebührenfrei)	0800 0 32 32 63 montags bis freitags 10–17 Uhr



Bundesverband RIAS e.V.
Bundesverband der Recherche- und
Informationsstellen Antisemitismus

Jederzeit können Sie Ihre Erfahrungen und
Beobachtungen antisemitischer Vorfälle über
www.report-antisemitism.de mitteilen.

Bundesverband RIAS im Internet:

www.report-antisemitism.de

twitter.com/Report_Antisem

facebook.com/BundesverbandRIAS

youtube.com/@riasbundesverband

instagram.com/riasbundesverband

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**